



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SOLINGEN

**MACHT HEUTE
ZUKUNFT
FÜR SOLINGEN!
FÜR KLIMA, VIELFALT
UND ZUSAMMENHALT.**

Kommunalwahlprogramm 2025



Vorwort

Liebe Solinger*innen,

am 14. September 2025 wählen wir in Solingen den Stadtrat, die Bezirksvertretungen und die/den Oberbürgermeister*in. Doch diese Wahl entscheidet über weit mehr als politische Ämter – sie entscheidet die Zukunft von Solingen.

2020 haben wir unser Kommunalwahlprogramm als „Aufbruch in die Zukunft der Klingenstadt“ betitelt. Unser Angebot als GRÜNE lautete dabei: Weitsichtige Zukunftspolitik anstelle von kurzfristigem Denken. Also endlich anders und nicht mehr weiter so wie bisher!

Dieser Aufbruch ist uns GRÜNEN gelungen: Die letzten zehn Jahre, in denen wir GRÜNE Verantwortung in Solingen übernommen haben, waren geprägt von einem neuen Denken: Weg von Flickschusterei und Stillstand – hin zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die alle Generationen im Blick hat und Solingen langfristig lebenswert macht.

Wir GRÜNE haben Solingen nicht nur verwaltet, sondern gestaltet – mit Mut, Haltung und einem klaren Kompass. Und wir haben einen Unterschied gemacht. Fünf Beispiele, auf die wir besonders stolz sind:

1. Wir haben einen klaren Fahrplan zur Bekämpfung der Klimakrise in Solingen auf den Weg gebracht – mit dem **Zielkonzept „Klimaneutrales Solingen 2040“** und dem energiepolitischen Arbeitsprogramm.
2. Wir haben unser Versprechen gehalten, ein **integriertes Mobilitätskonzept mit echter Bürger*innenbeteiligung** zu entwickeln und einen Nahverkehrsplan beschloss, der eine 2,5-fache Ausweitung des Busangebots vorsieht.
3. Mit dem Masterplan „Arbeit und Wirtschaft“ haben wir **erfolgreiches Wirtschaften und ökologische Verantwortung in Einklang** gebracht. Als



Modellstadt für Digitalisierung investieren wir in ein bürgernahes, digitales Solingen.

4. Der **Rückkauf der Eissporthalle** war nicht nur ein GRÜNES Projekt für den Sport, sondern auch ein starkes Signal für Jugendliche und das Gemeinwohl.
5. Die **Gründung der Solinger Armutskonferenz** war ein zentrales Projekt von uns GRÜNEN, um gemeinsam mit starken Partnern schneller und wirksamer Wege aus der Armut zu schaffen.

Mit Ihrer und Eurer Stimme können wir diesen erfolgreichen Weg weitergehen.

Denn die Herausforderungen sind größer denn je. Die drei zentralen Krisen der letzten Jahre: Klima, Corona, Kriege bzw. Konflikte mit ihren direkten Folgen auf die Sicherheit und Planbarkeit unseres Lebens, haben uns Solingerinnen und Solinger natürlich verunsichert. Wir sehen unsere Aufgabe als GRÜNE darin, Zukunft zu ermöglichen. Wir wollen Sicherheit, Planbarkeit und Offenheit für kommende Generationen erhalten. Und wir glauben: Es macht einen Unterschied, wer regiert. Auch auf kommunaler Ebene können wir gestalten, verbessern und vorsorgen – wenn wir den Mut zu Veränderung haben.

Wir wissen: Viele Eltern und Großeltern geben bei der Kommunalwahl ihre Stimme auch für die Zukunft ihrer Kinder und Enkel.

Wir entscheiden über ein klimaneutrales Solingen und damit auch über unsere und eine enkeltaugliche Zukunft in Solingen und darüber hinaus! Die Klimakrise ist keine abstrakte Zukunftsfrage – sie fordert uns jetzt. Gleichzeitig spüren viele Menschen ganz real die Zumutungen unserer Gegenwart: wirtschaftliche Unsicherheit, steigende Preise, eine überforderte Verwaltung, zunehmende soziale Spaltung. Ein gefährlicher Cocktail aus Sorge um die Zukunft unserer Kinder, verbunden mit den Schwierigkeiten unseres heutigen Zusammenlebens, der unsere liberale Gesellschaft und unser friedliches Zusammenleben bedroht.

Nun könnte unsere Antwort als Politik darauf sein: „Wir machen einen Staat, der den Bürger:innen die Zumutungen der Zukunft, solange es noch geht, irgendwie vom Hals hält. Ganz nach dem Motto: Klimaschutz und Nachhaltigkeit? Sind doch nur lästiges Beiwerk in Krisenzeiten“. In dieser Situation gewinnen derartig einfache Antworten an Reiz – auch hier bei uns in Solingen. Menschenverachtende und demokratiefeindliche Kräfte versuchen,



Ängste auszunutzen. Doch unsere Welt ist zu komplex für Populismus. Schwarz-Weiß-Denken wird den Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht.

Nein: Eine in Vielfalt nachhaltig lebende Gesellschaft bedeutet keinen Verlust, sondern einen herausragenden Mehrwert: Weil wir im Sinne nachfolgender Generationen langfristig Stabilität, Sicherheit, Planbarkeit des Familien- und Arbeitslebens sowie eine lebenswerte Stadt sichern. Wer Ressourcen schützt, schützt unsere Stadt. Und nur wer bereit ist, Veränderungen zu schaffen, schafft Sicherheit und damit auch Freiheit für unsere Kinder und Enkelkinder. So urteilte 2021 auch das Bundesverfassungsgericht und forderte uns, „die Politik“, explizit auf, Freiheitseinbußen durch beschleunigten Klimaschutz zu verhindern.

Jetzt ist es wichtig, den Menschen verständlich zu machen, warum die anstehenden Veränderungen notwendig sind – und welche langfristigen Vorteile sie mit sich bringen.

Wir wollen, dass die klimagerechte Transformation einen ganz konkreten Nutzen für jede und jeden Einzelnen hat. Die energetische Sanierung von Gebäuden senkt Energiekosten und schützt vor Preissprüngen. Ein sozial gerechtes Miteinander und ein bezahlbares Leben werden auf Dauer nur möglich sein, wenn wir schnellstmöglich unabhängig von fossilen Brennstoffen werden. Auch die Verkehrswende bedeutet Freiheit – wenn alle Menschen tatsächlich die Wahl haben, wie sie sicher, bequem und klimafreundlich unterwegs sein wollen. Und: Der Schutz unserer Natur und Artenvielfalt sichert saubere Luft, gesunde Lebensmittel und Lebensqualität.

Veränderung ist notwendig – aber sie muss fair und solidarisch gestaltet werden. Dafür setzen wir uns ein. Wir glauben an eine Stadt, in der wirtschaftliche Stärke, ökologische Verantwortung und sozialer Zusammenhalt gemeinsam gedacht werden. Eine Stadt, in der alle mitentscheiden können, in der Teilhabe möglich ist – und die sich auf den Wandel vorbereitet.

Wir machen uns ehrlich: Viele Veränderungen, die wir für dringend notwendig halten, stehen unter dem Vorbehalt finanzieller Machbarkeit. Solingen gehört seit Jahrzehnten zu den strukturell unterfinanzierten Kommunen in



Deutschland und zählt zu den Städten mit den schwerwiegendsten Haushaltsproblemen bundesweit. Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren konsequent auf Landes- und Bundesebene für bessere Rahmenbedingungen ein – etwa für eine überfällige Altschuldenregelung, die von der NRW-Landesregierung auf den Weg gebracht wurde. Doch das reicht nicht: Es braucht endlich eine echte Kommunalfinanzreform, die allen Städten und Gemeinden erlaubt, ihre Aufgaben auch verlässlich zu erfüllen.

Gleichzeitig nutzen wir alle Handlungsspielräume vor Ort, um Prioritäten neu zu setzen und trotzdem voranzukommen. Zum Abschluss dieses Programms widmen wir uns deshalb auch ausführlich der Frage, wie Solingen mit eigener Kraft handlungsfähig bleiben und zugleich Druck für bessere Finanzierungsbedingungen aufbauen kann.

Dieses Programm zeigt: **Wir GRÜNE verbinden Vision mit Umsetzung.** Viele unserer Vorschläge lassen sich bereits ohne zusätzliche Ausgaben durch andere Schwerpunktsetzungen realisieren und knüpfen an längst beschlossene Konzepte an. Andere Maßnahmen erfordern wiederum gezielte Investitionen – in unsere Stadt, in unsere Lebensqualität, in unsere Zukunft.

Ganz konkrete Projekte, mit denen wir Zukunft für Solingen machen wollen, sind:

1. Für eine Zukunft: Nachhaltige Politik heute

- Schaffung eines städtischen **Nachhaltigkeitszentrums**, welches die Aktivitäten der Solinger Zivilgesellschaft bündelt, zwischen engagierten Bürger*innen, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft vermittelt und die Menschen an der klimagerechten Transformation teilhaben lässt.

2. Für eine starke Wirtschaft: Sozial, ökologisch und innovativ

- **Entwicklung von Gewerbebrachen** wie dem Change.Campus, Omega-, Grossmann-, Kronprinz-Gelände sowie dem Hansa-Quartier wieder zu zukunftstauglichen, erfolgreichen Gewerbegebieten
- Gründung eines Bergischen **Beratungspools für Start-Ups.**



3. Für den Geldbeutel: Bezahlbare, klimagerechte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik

- Gründung einer **Wohnungsbaugesellschaft** für Solingen zur Herstellung von bezahlbarem Wohnraum
- **Ausbau der Fernwärme** und **Errichtung neuer Wärmenetze** zur Versorgung mit günstiger, klimaschonender Wärme
- Photovoltaik-Anlagen auf allen Dächern der Stadt Solingen installieren

4. Für das Morgen: Starke Kinder und Jugendliche

- Die Ressourcen und Kompetenzen von Jugendstadtrat und Bezirksschüler*innenvertretung stärken.
- Sicherung und möglichst Ausbau von Freizeittorten wie Jugendhäusern, Sportstätten und der Stadtbibliothek.

5. Für Euch: Mitgestalten statt nur Zuschauen

- Weiterentwicklung des Beirat für Bürgerbeteiligung zu einem **Bürgerforum**

6. Für uns alle: Umwelt, Klima und Natur schützen

- Bessere Pflege für unsere Biotope und mehr Personal für den Naturschutz
- Erhalt des Solinger **Grüngürtels** und Sicherung von Versickerungsflächen sowie Trinkwasserqualität

7. Für Wahlfreiheit: Mehr Mobilität für alle

- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit dichteren Takten, 5-Minutentakt auf den Hauptlinien 681 und 682
- Umsetzung des Radhauptnetzes, angefangen mit dem Bau der Veloroute 2
- Verkehrssichere Umgestaltung von 20 Kreuzungen und Querungsstellen pro Jahr

8. Für Selbstbestimmung: Gleichgestellt, queer, vielfältig, und inklusiv

- **Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen** und der gesamten öffentlichen Infrastruktur
- Aufstellung eines kommunalen **Inklusionsplans** zur Umsetzung inklusiver Bildung
- Förderung von Diversität und Teilhabe durch **Beratungsangebote für queere Menschen**



9. Für ein gutes Leben im Alter: Ein Leben lang dazugehören!

- Verbesserung von Pflegestandards in städtischen Einrichtungen
- Lebendige Quartiersangebote für Senior*innen, um auch im Alter miteinander zu sprechen, zu lernen oder Sport zu treiben

10. Für Sicherheit: Zusammenhalt stärken

- Verhinderung von Armut, Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit und psychischen Erkrankungen – auch als wesentliche Auslöser von Unsicherheit – durch **quartiersbezogene Sozialarbeit** und **mehr Personal etwa im Sozialpsychiatrischen Dienst**, der Schulsozialarbeit oder in Notunterkünften
- Ausbau oder zu mindestens **Sicherung der Kapazitäten im Frauenhaus** zum Schutz vor partnerschaftlicher Gewalt
- Verbesserung des Sicherheitsgefühls bei Großveranstaltungen durch **Prävention und Schutz (z. B. „Luisa ist hier“)**, auch vor sexualisierter Gewalt, sowie einer **24/7 besetzten Gemeinsamen Anlaufstelle** im Kerstinghaus
- Verbesserung des vor- und nachsorgenden **Katastrophenschutzes**, insbesondere bei Starkregenereignissen

11. Für Teilhabe: In Sprache, Arbeit und Gesellschaft

- **Interkulturelle Öffnung** städtischer Institutionen - für Teilhabe in Alltag und Arbeitsleben
- Sprachförderung verstärken und **mehr Integrations- und Sprachkurse** unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten

12. Für Körper und Geist: Auf dem Weg zur Sportstadt Solingen

- **Schwimmeinrichtungen erhalten und ausbauen** sowie die von uns eingeführten Schwimmassistenzen sichern – jedes Kind lernt schwimmen!
- **Sporthallen sanieren und erhalten** sowie weitere Outdoor-Sportanlagen errichten
- **Vereine unterstützen** und durch die Verwaltung sowie digitale Vernetzung stärken

13. Für Herz und Kopf: Kultur stärken



- Alle Museen und Spielstätten finanziell absichern – eine lebendige Kultur erhalten.
- Ein Theater- und Konzerthaus für Solingen absichern, dass weiterhin für ein breites Theaterangebot und große Konzerte geeignet ist
- Ein lebendiges Nachtleben voranbringen, auch durch eine Solinger Nachtbürgermeisterei, die sich in der Verwaltung für Clubs und Jugendkultur stark macht.

14. Für eine Stadt, die funktioniert: Digitale Transformation

- Ein echtes **digitales Bürgerbüro** für Solingen, zur Erledigung möglichst aller Behördengänge, mit barrierefreien digitalen Angeboten und analogen Alternativen.
- Eine sichere und offene Infrastruktur mit **flächendeckendem Glasfaseranschluss**, öffentlichem WLAN, Open Source und Open Data.
- Steigerung von Medienkompetenz und digitaler Souveränität durch **Workshops und Bildung an Schulen**.

15. Für eine handlungsfähige Kommune: Finanzen und Verwaltung

- Einführung eines transparenteren, wirkungsorientierten kommunalen Haushalts
- Erhalt der Handlungsfähigkeit Solingen durch ein Ende von Privatisierungen, der Sicherung von Grundstücken im Eigentum der Stadt (u. a. durch Erbbaurecht) sowie attraktiveren Bedingungen zur Anwerbung von Fachkräften.



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	1
INHALTSVERZEICHNIS	8
1. FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT: NACHHALTIGE POLITIK HEUTE	10
1.1. Stab „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ erhalten, Projekte verstetigen	11
1.2. Beteiligung der Menschen bei der klimagerechten Transformation stärken	12
2. FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT: SOZIAL, ÖKOLOGISCH UND INNOVATIV	13
2.1. Resilienz – Wirtschaft krisenfest machen	14
2.2. Wirtschaft ökologisch gestalten	15
3. FÜR DEN GELDBEUTEL: BEZAHLBARE, KLIMAGERECHTE WOHNUNGS- UND STADTENTWICKLUNGSPOLITIK	19
3.1 Für eine aktive städtische Wohnungspolitik	19
3.2 Für eine ressourcenschonende Bodenpolitik	21
3.3 Für ein nachhaltiges, ganzheitliches Bauen	22
3.4 Für den energetischen Wandel in Solingen	24
3.5 Für lebenswerte Nachbarschaften	30
4. FÜR DAS MORGEN: STARKE KINDER UND JUGENDLICHE	33
4.1 Orte zum Leben, Lernen und Begegnen schaffen	34
4.2. Für Selbstwirksamkeit junger Menschen	35
4.3 Für starke Kinder – von Anfang an	36
4.4 Für eine gerechte Bildung für alle	38
4.5 Für Kinder und Jugendliche, die in ihrer Vielfalt gesehen und ernst genommen werden	40
4.6 Für Jugend in Bewegung	41
4.7 Für Mobilität junger Menschen	42
4.8 Für gesunde Kinder und Jugendliche	42
4.9 Für eine starke Jugendkultur	44
5. FÜR EUCH: MITGESTALTEN STATT NUR ZUSCHAUEN	45
5.1. Bürgerbeteiligung muss von Verwaltung gelebt werden	45
5.2. Beiräte und Bezirksvertretungen stärken	47
6. FÜR UNS ALLE: UMWELT, KLIMA UND NATUR SCHÜTZEN	49
6.1 Naturschutz und Artenvielfalt	50
6.2 Für den Schutz von Wäldern, Straßenbäumen und Baumalleen	52
6.3 Für einen sorgsamen Umgang mit der Ressource Wasser	54
6.4 Für konsequenten Klimaschutz	56
6.5 Für verbesserte Luftqualität	58



6.6 Flächenverbrauch stoppen	60
6.7 Vermeiden, Vermindern, Verwerten	62
6.8 Landwirtschaft und Ernährung	64
6.9 Für Solingen als tierfreundliche Stadt	69
7. FÜR ECHE WAHLFREIHEIT: MEHR MOBILITÄT FÜR ALLE	71
7.1 Klimagerechte Mobilität: Für alle ermöglichen	71
7.2 Eine Verkehrsplanung, die den Menschen dient: Das IMKS umsetzen!	75
7.3 Nahverkehr von morgen: Verlässlich, schnell und attraktiv	78
7.4 Von Solingen in die Welt: Zukunftsfähig angebunden	81
7.5 Mobil im Alter: Barrierefrei, verständlich, mitgenommen	82
7.6 Das Fußwegenetz sicher machen!	82
7.7 Alltagstauglich statt abenteuerlich: So geht Radverkehr	84
7.8 Straßenbau: Wettbewerbsfähigkeit durch Erhalt statt Neubau	86
8. FÜR SELBSTBESTIMMUNG: GLEICHGESTELLT, QUEER, VIELFÄLTIG UND INKLUSIV	88
8.1 Für echte Gleichstellung: feministisch, gerecht und strukturell	89
8.2 Für eine queere, vielfältige Stadt – ohne Diskriminierung, mit gleichen Rechten für alle	90
8.3 Für selbstverständliche Inklusion	92
9. FÜR EIN GUTES LEBEN IM ALTER: EIN LEBEN LANG DAZUGEHÖREN!	94
10. FÜR SICHERHEIT: ZUSAMMENHALT STÄRKEN	100
10.1 Sicherheit durch Zusammenhalt im Viertel	100
10.2 Sicherheit durch klare Kante gegen menschenverachtenden Extremismus	102
10.3 Sicherheit durch Ausbau der Beschäftigungsförderung	104
10.4 Sicherheit durch Bekämpfung von Armut	105
10.5 Sicherheit durch: Verhinderung von Wohnungslosigkeit	105
10.6 Sicherheit durch eine umfassende Gesundheitsversorgung	105
10.7 Sicherheit durch Straßenverkehr mit Augenmaß	107
10.8 Sicherheit durch zukunftsfähigen Katastrophenschutz	107
10.9 Sicherheit durch Stärkung der psychischen Gesundheit	108
10.10 Sicherheit durch Bekämpfung von Gewalt im Nahbereich	109
10.11 Sicherheit durch Nulltoleranz gegenüber sexualisierter Gewalt	110
10.12 Sicherheit durch Präsenz und Prävention	111
11. FÜR TEILHABE: IN SPRACHE, ARBEIT UND GESELLSCHAFT	113
12. FÜR KÖRPER UND GEIST: AUF DEM WEG ZUR SPORTSTADT SOLINGEN	121
12.1. Sportstätten erhalten und entwickeln	121
12.2. Die Arbeit von Vereinen sichern und fördern	124
13. FÜR HERZ UND KOPF: KULTUR STÄRKEN	126
14. FÜR EINE STADT, DIE FUNKTIONIERT: DIGITALE TRANSFORMATION	133
15. FÜR EINE HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNE: FINANZEN UND VERWALTUNG	139



1. Für eine lebenswerte Zukunft: Nachhaltige Politik heute

Wir GRÜNE wollen Solingen zukunftsfest machen – mit einer Politik, die heutige Probleme mutig anpackt, soziale Gerechtigkeit stärkt und konsequent auf Nachhaltigkeit setzt. Nachhaltigkeit heißt für uns: Wir gestalten die Zukunft so, dass auch kommende Generationen ein gutes Leben führen können. Nachhaltige Politik schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen, sorgt für sozialen Ausgleich und schafft wirtschaftliche Stabilität – nicht gegeneinander, sondern gemeinsam gedacht.

Mit jedem Schritt zu einem sorgsameren Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sichern wir das Solinger Naturvermögen: Wälder, Grünflächen, Wasser, gesunde Böden und die Artenvielfalt – samt ihrer unverzichtbaren Leistungen wie Bestäubung, saubere Luft und Trinkwasser. Gleichzeitig senken wir dabei unsere Treibhausgasemissionen und leisten unseren Beitrag zur Abmilderung der Klimakrise.

Auch wenn der Stadtrat von Solingen die Klimakrise bereits als globale Bedrohung anerkannt hat, ist der Klimanotstand längst erreicht. Das 1,5°-Ziel aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015? Ehrlicherweise kaum noch zu erreichen. Aber: **Jedes Zehntel Grad weniger zählt.** Jedes Zehntel bedeutet mehr Zukunft, mehr Leben, mehr Hoffnung. Deshalb muss sich alles kommunalpolitische Handeln in Solingen an einem Ziel messen lassen: Dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

Eine nachhaltige Politik ist dabei auch ökonomisch sinnvoll: Sie vermeidet hohe Gesundheits- und Umweltfolgekosten, schafft neue Arbeitsplätze in einer klimafreundlichen Wirtschaft und setzt auf langfristige Investitionen statt kurzfristiger Reparaturen. Dafür wollen wir GRÜNE gesellschaftliche Strukturen, in denen sich die Menschen untereinander frei und gleich begegnen und Lösungen aushandeln können. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, demokratische Mitbestimmung, Teilhabegerechtigkeit und sozialen Ausgleich konsequent mitzudenken.



1.1. Stab „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ erhalten, Projekte verstetigen

Veränderung beginnt nicht irgendwo – sie beginnt bei uns, in Solingen. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben mit der einstimmig beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie bereits gemeinsam gute Grundlagen geschaffen.

Mit dem **Zielkonzept „Klimaneutrales Solingen 2040“**, der kommunalen Wärmeplanung und dem energiepolitischen Arbeitsprogramm liegen konkrete Weiterentwicklungen vor. Doch insgesamt war das konkrete, das politische Handeln hier in Solingen bisher nicht entschlossen genug.

Mit dem **Stab „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“** besteht in der Verwaltungsorganisation ein sehr guter Ansatz, um quer zu den Verwaltungshierarchien Nachhaltigkeits- und Klimaschutzprojekte mit den unterschiedlichsten Stadtdiensten und innerhalb des Konzerns Stadt anzustoßen, gemeinsam zu entwickeln, zu steuern und umzusetzen. Diesen wollen wir stärken – mit mehr Ressourcen für wirkungsvolle Nachhaltigkeitspolitik.

Konkret heißt das:

- Wir fordern den **Erhalt des Stabs „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“** als zentrale, beim Oberbürgermeister angesiedelte Koordination zur Umsetzung der Solinger Nachhaltigkeitsziele (in allen sechs Themenfeldern: Gesellschaftliche Teilhabe – Natürliche Ressourcen und Umwelt – Klima und Energie – Mobilität – Arbeit und Wirtschaft – Globale Verantwortung und Eine Welt).
- Dazu gehört u. a. auch die Fortsetzung von bisher geförderten Personalstellen
 - zur Nachhaltigkeits- und Klimaschutzbildung sowie
 - zur fairen Beschaffung, fairem Handel und kommunaler Entwicklungspolitik
 - sowie ein deutlicher Ausbau des im Stab verankerten Fördermittelmanagements.



- **Personelle Verstärkung**, um z. B. innovative Wirtschaftsprozesse, die Klimaschutz und Klimaanpassung in der Wirtschaft fokussieren, wie etwa Vorhaben zur Kreislaufwirtschaft, voranzubringen.
- **Aufstockung der bisherigen gut 40%igen Verwaltungsstelle**, um die Projektstellen von den Finanz- und Verwaltungsaufgaben zu entbinden.
- **Nachhaltigkeits- und Klimaschutzverantwortliche** in allen Stadtdiensten und Konzerntöchtern einführen und sie entsprechend qualifizieren. Diese sollen Vorschläge erarbeiten, wie ihre Stadtdienste und Konzerntöchter zum Klimaschutz in Solingen beitragen können.
- **Eine nachhaltige Planung von Projekten**, was bedeutet, dass es bei Projekten der Stadt eine verpflichtende öffentliche Einschätzung zu Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie bereits in der Planungsphase geben soll, nicht erst bei Projektfertigstellung.
- **Genügend Investitionsmittel** für die konkrete Umsetzung der Projekte aus der Nachhaltigkeitsstrategie bzw. den Maßnahmen aus dem energiepolitischen Arbeitsprogramm, der Wärmeplanung sowie aus Projekten, die sich aus dem Zielkonzept „Klimaneutrales Solingen“ heraus entwickeln.
- **Mehr konsumtive Mittel**, um weiterhin Projekte und Öffentlichkeitsarbeit (z. B. erfolgreiche Maßnahmen wie KliSoPar, Bergisch.Länd, Stadtradeln, Pflanzung von Straßenbäumen) durchführen sowie Förderprogramme (z. B. Photovoltaik-Förderprogramm) umsetzen zu können.

1.2 Beteiligung der Menschen bei der klimagerechten Transformation stärken

In Solingen engagieren sich seit Jahren viele Verbände und Bürger*innen aus der Zivilgesellschaft für Nachhaltigkeit – quer durch alle Bereiche. Dieses Engagement wird von der Stadt ausdrücklich begrüßt. Um Anfragen und Beteiligungswünsche sinnvoll zu bündeln und zu unterstützen, braucht es jedoch eine personell besser ausgestattete Verwaltung.

Ein möglicher Ansatz: die **Einrichtung eines Nachhaltigkeitszentrums** – eine Idee, die bereits im Arbeitskreis für nachhaltige Entwicklung diskutiert wurde. Dort könnten aktive Gruppen gezielt Unterstützung erhalten: etwa bei Raumbedarfen, Beteiligungsmöglichkeiten, Vernetzung oder neuen



Aktionsformaten. Ein geeigneter Ort dafür ist bereits vorhanden: Die Gläserne Werkstatt. Wir sprechen uns deshalb für ihre konzeptionelle Weiterentwicklung aus, damit sie diese Aufgaben künftig übernehmen kann.

Konkret heißt das:

- **Verstärkung von Entwicklungsprozessen und Vorhaben**, die die soziale Teilhabe an Klimaschutz und der ökologischen Transformation voranbringen (gemeinsam mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, allen Akteur*innen der Solinger Armutskonferenz)
- Möglichst eine **dauerhafte Etablierung der Gläsernen Werkstatt** als Nachhaltigkeitszentrum, welches die Aktivitäten der Solinger Zivilgesellschaft bündelt, zwischen engagierten Bürger*innen, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft vermittelt und Formate zur Vernetzung sowie Unterstützung für innovative Ideen bietet.
- Dazu braucht es eine weitere Qualifizierung und den Ausbau der entsprechenden Markkerne der Gläsernen Werkstatt (Verkauf von nachhaltigen, regionalen Produkten; DIY-Angebote; zivilgesellschaftliches Engagement und (Beratungs-)Zentrum für Bürger*innen etc.).

2. Für eine starke Wirtschaft: Sozial, ökologisch und innovativ

Der wirtschaftliche Ressourcenverbrauch muss sich an den planetaren Grenzen orientieren. Statt maximaler Ausbeutung braucht es ein **Gleichgewicht zwischen Natur und menschlichem Wirtschaften**, das den Klimawandel nicht weiter anheizt.

Auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene – etwa mit der Solinger Nachhaltigkeitsstrategie und deren Aktualisierung durch das Zielkonzept „Klimaneutrales Solingen 2040“ – wurden dafür bereits Leitlinien und Maßnahmen entwickelt, die den möglichen Pfad zur sozialen und ökologischen Wende aufzeigen. Es liegt an uns, diesen Weg in Solingen konsequent zu beschreiten.

Solingen steckt mitten in einem tiefgreifenden Wandel: von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, vom linearen zum **kreislauforientierten Wirtschaften**. Die Gesundheitswirtschaft gilt laut Masterplan Arbeit und



Wirtschaft als Zukunftssektor, ebenso wie Umwelttechnologien und moderne Dienstleistungen. Diese Entwicklungen und der zunehmende KI-Einsatz verändern auch den Flächenbedarf für ein modern aufgestelltes Gewerbe in der Stadt.

Gleichzeitig wirken externe Krisen wie der Klimawandel, geopolitische Spannungen und steigende Energiekosten direkt auf unsere Wirtschaft.

GRÜNE Wirtschaftspolitik antwortet darauf mit klaren Forderungen: Innenentwicklung vor Außenentwicklung, ökologische Transformation von Wirtschaftstätigkeit und bestehender Gewerbeflächen, Fachkräftesicherung und gezielte Förderung zukunftsträchtiger Dienstleistungen durch eine transformativ ausgerichtete Wirtschaftsförderung.

2.1. Resilienz – Wirtschaft krisenfest machen

Kommunale Wirtschaftspolitik ist komplexer geworden. Fläche auf der grünen Wiese = Wirtschaftswachstum und blühende Landschaften gilt nicht mehr. Es braucht einen ganzen Strauß von Maßnahmen zur Unterstützung unserer heimischen Betriebe.

Konkret heißt das:

- Wir müssen **unsere Aus- und Fortbildungslandschaft stärken** und immer wieder an den zukünftigen Bedarfen der Unternehmen orientieren.
- Wir **fördern die Zusammenarbeit** von Unternehmen mit Berufsschulen, CBS International Business School, der Bergischen Universität, unserer Zentralfachschule der Deutschen Süßwarenwirtschaft und der Stadt selbst.
- Wir bauen Projekte und Angebote zur Ausbildungsförderung junger Migrant*innen aus.
- Wir fördern das Kompetenznetzwerk Frau & Beruf.
- Die Stadt bleibt ein wichtiger Ausbilder in mehr als 35 Berufen und stärkt diesen Standortvorteil weiter.
- Wir beginnen bei den Kleinen – mit **Check-Solingen**, dem Schülerforschungszentrum bei der Solinger Wirtschaftsförderung.
- Wir konzentrieren uns auf die bedarfsgerechte Weiterbildung von Facharbeiter*innen.



- Wir **unterstützen die Handwerksausbildung** in Zusammenarbeit mit dem Industrieverband Schneidwaren – um das typische Handwerk der Klingenstadt Solingen für die Zukunft fit zu machen.
- Wir setzen uns für die **Ansiedlung von Unternehmen aus den Zukunftsbranchen** IT, Nanotechnologie, Biomedizin etc. ein.
- Wir setzen auf **Bergische Kooperation** z. B mit Blick auf Versorgungsketten in Bereichen, die für die Wirtschaft essenziell sind.

Start-Ups – eine Säule von Solingens Zukunft

Konkret heißt das:

- Wir setzen uns dafür ein, dass **lokale Startups und Kleinstunternehmen faire Chancen bei städtischen Vergaben** erhalten – etwa durch kleinere, sinnvoll strukturierte Lose oder Innovationspartnerschaften. Dabei achten wir auf einen guten Ausgleich zwischen Zugänglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Projektgeschwindigkeit.
- Wir **schaffen gute Rahmenbedingungen** durch Verwaltungslotsen, Netzwerkunterstützung und Coworking Spaces.
- Wir wollen gemeinsam mit Wirtschaftsförderung, IHK und den drei bergischen Städten einen **Beraterpool für Start-Ups** aufbauen, um über Fördermöglichkeiten, Unterstützung bei Ausbildungsbefähigung etc. zu informieren. Dieser soll insbesondere Frauen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte zielgruppenorientiert fördern.

2.2. Wirtschaft ökologisch gestalten

Wir setzen auf eine Wirtschaft, die ökologisch verträglich, ressourcenschonend und zukunftsfähig ist. Dafür wollen wir bestehende Ansätze der Kreislaufwirtschaft in Solingen stärken, neue Impulse setzen und den Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Stadt und Zivilgesellschaft intensivieren.

Unser Ziel ist es, **wirtschaftliches Handeln mit Umwelt- und Klimaschutz wirksam zu verbinden**. Zwischen Wirtschaft und Klimaschutz steht kein „Oder“!

Konkret heißt das:



- Stärkung und Verstetigung von Projekten des **nachhaltigen Wirtschaftens**
- **Dialog, Austausch und Vernetzung der lokalen Wirtschaft** mit Akteur*innen aus Wissenschaft, Stadt und Zivilgesellschaft zum Thema zirkulärer Wirtschaft
- Unterstützung bereits bestehender Ansätze von **Kreislaufwirtschaft in Solingen**
- Austausch und ggf. Zusammenarbeit mit der Wuppertaler Initiative Circular Valley
- **Ökologische Aufwertung** möglichst aller bedeutenden bestehenden Wirtschaftsflächen

Zukünftige Gewerbebauten folgen den Grundsätzen einer ökologischen Gewerbegebietsbebauung. Dazu gehört u. a.

- die Anbindung an ÖPNV und Radverkehrsnetz,
 - die konsequente Entsiegelung und Begrünung von Firmenparkplätzen,
 - ressourcenschonender Einsatz von Wasser und Energie,
 - eine Reduzierung von Abfall- und Verpackungsmengen bzw. die Steigerung ihrer Recyclingquote.
-
- Die Stadt als Wirtschaftsakteurin wird ihren städtischen Fuhrpark so umbauen, dass ein besseres **gesamtstädtisches Carsharing System** in Solingen etabliert werden kann.
 - Projekte wie **Ökoprofit** und vergleichbare Formate zur Beratung von Unternehmen im Bereich klima- und ressourcenschonendes sowie zirkuläres Wirtschaften werden weitergeführt bzw. etabliert.

Flächen sind kostbar: Kluge Nutzung, Schutz der Natur

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik braucht eine vorausschauende Flächenstrategie. Wir setzen uns für eine effiziente, flächensparende Nutzung bestehender Gewerbeareale ein – mit klarer Priorität auf Innenentwicklung. Gleichzeitig schützen wir wertvolle Grün- und Agrarflächen und fordern intelligente Verkehrslösungen für eine bessere Anbindung der Gewerbegebiete.



Konkret heißt das:

- Wir brauchen **lösungsorientierte Strategien**, die die unterschiedlichen Nutzungen von Flächen berücksichtigen, sie sorgfältig abwägt und die wirtschaftliche Nutzung von verfügbaren Flächen optimieren. Wir wollen die Wirtschaft durch konsequente Wiedernutzung von Gewerbebrachen fördern.
- Wir wollen Gewerbeflächen, die eine gesunde Balance zwischen gesellschaftlicher, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung bilden.
- Es gilt: **Innennutzung vor Außennutzung** mit dem Ziel einer Netto-Null-Flächeninanspruchnahme ab spätestens 2030 – wie in der Nachhaltigkeitsstrategie einstimmig beschlossen.
- Bauten sollen die **Fläche effektiv nutzen**, beispielsweise durch mehrstöckige Gewerbebauweise und Parkpaletten.
- Wir wollen erreichen, dass der **Lastenverkehr** die Viehbachtalstraße nutzt, anstatt durch die Stadt zu fahren. Wir suchen Wege, die Gewerbegebiete entlang der „Vieh“ an diese anzuschließen. Anderswo sind solche Lösungen bewährt, bei uns standen bisher Formalia im Wege.

Raum für Zukunft – ohne neue Naturzerstörung

Solingens Wirtschaft braucht Gewerbeflächen – und diese wollen wir gezielt für unsere heimische Wirtschaft sowie willkommene Neuansiedlungen ermöglichen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns seit Jahren für die Umwandlung von Flächen in moderne, nachhaltige Arbeits- und Produktionsstätten ein – stets mit dem Ziel, wertvolle Naturflächen zu schonen und keine neuen zu versiegeln. Gewerbebrachen wie der „Change.Campus“ (ehemaliges Gewerbegebiet Rassepe), das Kronprinz-, Grossmann- und Omega-Gelände wollen wir GRÜNE weiterhin strategisch für Gewerbe entwickeln. Es waren wir GRÜNE, die sich für das Hansa-Quartier als zukünftiges nachhaltiges Gewerbegebiet eingesetzt haben. Auch dort werden wir Gewerbeentwicklung mit Vorbildcharakter betreiben.



Für uns GRÜNE gilt: Der Grüngürtel bleibt unangetastet. Neue Gewerbegebiete im Naturraum lehnen wir ab. Die Naturräume Buschfeld, Keusenhof, Fürkeltrath II, Piepersberg-West sowie die landwirtschaftliche Fläche Schrodberg wollen wir dauerhaft erhalten.

So schaffen wir Raum für wirtschaftliche Entwicklung und sichern zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Stadt.

Wirtschaften der Zukunft – im Bewusstsein unserer Geschichte

Solingen soll ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben – mit seinen starken traditionellen Branchen, zukunftsorientierten Unternehmen und lebendigen Stadtteilzentren. Wir setzen auf nachhaltige Entwicklung, die Handwerk und Industrie fördert, Gewerbebranchen sinnvoll nutzt und den Tourismus stärkt.

Dabei denken wir Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Lebensqualität gemeinsam – regional vernetzt und mit Blick auf kommende Generationen.

Konkret heißt das:

- Wir wollen Klingenstadt bleiben und das **traditionelle Handwerk im Bereich Schneidwaren und Metallindustrie stärken**, indem wir ökologische Arbeitsprozesse, umweltfreundliche Produktion und den Einsatz moderner Technologien im Bereich Abfall/Entsorgung sowie beim Marketing unterstützen.
- Wir wollen eine **qualifizierte Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Solingen**. Dazu gehört ein deutlicher Ausbau des bislang unterrepräsentierten Dienstleistungssektors. Wir werden die Ansiedlung von Unternehmen fördern, die zu einer Stärkung der lokalen und regionalen Wertschöpfung beitragen und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.
- Wir werden **die Neunutzung der Lukas-Klinik** mit der Entwicklung eines Konzeptes im Rahmen der Solinger Gesundheitswirtschaft vorantreiben.
- Wir wollen im Rahmen unserer haushälterischen Möglichkeiten **Gewerbebranchen ankaufen und eigenständig entwickeln** – immer nach dem Grundsatz: Gewerbe folgt Gewerbe.



- Wir **stärken die Geschäfte und das Flair unserer Stadtteile-** und Ortszentren, indem Geschäfte und Supermärkte sich in den Zentren ansiedeln sollen. Neue Märkte außerhalb der Zentren wird es mit uns nicht mehr geben. Denn die Attraktivierung unserer Ortsteile ist ein wesentlicher Standortfaktor.
- Wir werden den **sanften Tourismus fördern** durch den Ausbau von Rad- und Wanderwegen, die Anbindung von klassischen Start- und Endpunkten an den ÖPNV, durch einheitliche Beschilderung und Förderung von kulturellen Highlights in Solingen.
- Wir werden im Austausch mit den drei bergischen Städten Möglichkeiten einer **Tourismuskoooperation** im Rahmen der Bundesgartenschau diskutieren, die 2031 in Wuppertal stattfindet.

3. Für den Geldbeutel: Bezahlbare, klimagerechte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik

Jeder Mensch braucht ein Dach über dem Kopf, ein Zuhause, einen persönlichen Rückzugsort. Heute ist das nicht mehr selbstverständlich: Die Mieten sind auch in Solingen gestiegen, kleine und große Wohnungen sind auf dem Markt kaum noch zu finden. Sukzessive fallen immer mehr Wohnungen aus der sozialen Bindung, die Schaffung von neuen geförderten Wohnungen gelingt nicht schnell genug. Daher muss das 30%-Ziel aus dem Handlungskonzept Wohnen im Hinblick auf den Ausbau öffentlich geförderten Wohnraums konsequent eingehalten werden.

Im Zuge der Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels ist der Anspruch an eine energetische Sanierung von Gebäuden und Energiewende genauso gestiegen, wie an Hitze abweisende Begrünung von Straßenräumen, attraktive ÖPNV-Anbindungen und kurze Versorgungswege. Denn Wohnen ist mehr als nur das Dach über dem Kopf: Wohnen findet im Quartier statt, in einem Nahraum, der lebenswert ist, in einer Stadtgesellschaft, die Möglichkeiten zur Naherholung, zur Arbeit und des Miteinanders schafft.

3.1 Für eine aktive städtische Wohnungspolitik

Der Wohnungsmarkt in Solingen ist schwierig, auch wenn nicht vergleichbar mit dem in den Ballungsräumen an der Rheinschiene. Trotzdem wollen wir



schon jetzt dafür sorgen, dass die Stadt Instrumente für eine aktiv gestaltende Wohnungspolitik erhält.

Aufbau einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft

Gegen unser Votum wurde der städtische Wohnungsbesitz in den 1980er Jahren größtenteils verkauft. Heute zeigt sich, dass dies vor dem Hintergrund der Entwicklung des Wohnungsmarktes eine Fehleinschätzung war. Wohnraum, der sachfremd umgenutzt oder aus anderen Gründen ungenutzt ist bzw. leer steht, sollte für Wohnen zugänglich gemacht werden.

Konkret heißt das:

- Wir wollen den **Aufbau einer kommunalen Wohnungsgesellschaft** vorantreiben, die als Akteurin auf dem Wohnungsmarkt soziale und ökologische Standards setzt und in der Lage ist, einen Wohnungsbestand in städtischer Hand aufzubauen, der den dringenden Bedarf an gefördertem Wohnraum zu decken hilft oder sogar in der Lage ist und dabei sozial gemischte Quartiere sichert und entwickelt.
- Wir wollen den noch vorhandenen **kommunalen Wohnungsbestand energetisch sanieren** und den weiteren Verkauf städtischer Immobilien stoppen.
- Wir wollen die **30%+X-Quote von Sozialwohnungen bei Neubauten** - soweit sinnvoll und sozialräumlich verträglich.
- Sollte die Quote nicht erfüllt werden, sollte alternativ soziale Infrastruktur geschaffen werden.
- Wir begrüßen, dass die Stadt-Sparkasse Solingen bei ihrem Neubauprojekt an der Kölner Straße die 30%-Quote plant einzuhalten, sich für zusätzliche sozial gemischte Quartiere engagiert und sich für kommunalen Wohnungsbau einsetzt.
- Wir werden die **Einführung einer Zweckentfremdungssatzung** oder einer Mitwohnungsschutzsatzung prüfen lassen, um Wohnraum zu erhalten bzw. wieder zu nutzen.

Mehr öffentlich geförderter Wohnraum



Die Schaffung von **mindestens 30% Sozialwohnungen** für alle größeren Wohnungsbauprojekte ist per Ratsbeschluss festgeschrieben. 30% für jeden neuen Bebauungsplan wäre ein weiterer Schritt, damit das Ziel bezahlbares Wohnen in jedem Wohnungssegment noch effizienter erreicht werden kann. Um bezahlbaren Wohnraum für alle in unserer Stadt zu sichern, braucht es einen langen Atem, klare Haltung und den politischen Willen, soziale Gerechtigkeit gegen Widerstände durchzusetzen – dieser Herausforderung stellen wir uns mit voller Überzeugung.

Konkret heißt das:

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kosten der Unterkunft so ausgestaltet werden, dass Hilfeempfänger*innen keine Mietanteile aus den Regelsätzen zum Lebensunterhalt zahlen müssen, entsprechen diese doch dem Existenzminimum.
- Wir werden auch zukünftig versuchen, die Unterbringung von Menschen in Sammel- oder Container-Unterkünften zu verhindern. Stattdessen setzen wir uns für die Vermittlung in eigene städtisch finanzierte Wohnungen mit intensiver sozialarbeiterischer Begleitung ein.
- Angesichts steigender Zahlen von Wohnungslosen und Geflüchteten muss die Stadt die Anzahl städtischer bzw. angemieteter Wohnungen erhöhen. Unser Ziel ist der Aufbau einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.
- Über die bisherige Regelung hinaus halten wir es für dringend notwendig, die Möglichkeit der Schaffung öffentlich geförderter Wohnraums auch in allen neu zu erstellenden Bebauungsplänen mitzudenken.

3.2 Für eine ressourcenschonende Bodenpolitik

Grund und Boden lässt sich nicht vermehren. Er ist Grundlage allen Lebens – im wahrsten Sinne des Wortes. Aber der Nutzungsdruck ist ebenso hoch wie vielfältig. Grüne Planungspolitik ist daher immer dem Prinzip des Flächensparens verpflichtet. Das gilt auch für den Wohnungsbau.

Wir setzen auf Erbbaurechte, um wertvollen städtischen Boden für kommende Generationen zu sichern, bezahlbares Wohnen zu fördern und die Zukunft unserer Stadt selbstbestimmt zu gestalten.



Konkret heißt das:

- Wir wollen
 - das Instrument der „Sozialgerechten Bodennutzung“ bzw. der „Gemeinwohlorientierten Baulandmobilisierung“ prüfen lassen,
 - eine „Strategische Bodenreserve“ entwickeln,
 - die Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechtes konsequent prüfen.
- Wir wollen, dass die Stadt Solingen und ihre Konzerntöchter in ihrem Eigentum befindliche Grundstücke Privaten in der Regel in Form der Erbpacht zur Verfügung stellen. Begründete Ausnahmen vom Regelfall sind in der jeweiligen Beschlussvorlage nachvollziehbar darzulegen.
- Die Verwaltung soll mindestens einmal jährlich im Finanzausschuss über Grundstücksverkäufe unterhalb der Zustimmungsgrenzen berichten,
- Planungen verstärkt über städtebauliche Verträge und die Nutzung der Konzeptvergabe strukturieren und akzentuieren und
- den Einsatz von Milieuschutzsatzungen oder anderen geeigneten Mitteln für Teilbereiche der Stadt prüfen, um unerwünschte Veränderungen zu vermeiden und Gentrifizierung zu verhindern.
- In allen Bebauungsplänen ist flächensparende mehrgeschossige Bebauung auszuweisen.

3.3 Für ein nachhaltiges, ganzheitliches Bauen

Wer baut, muss Vorschriften beachten. Die wollen wir mit noch mehr ökologischen Zielen versehen. Nicht nur das Verbot von Steingärten (das es bereits gibt), sondern auch **ökologische Baustandards** definieren, die eine Antwort auf den Klimawandel geben. Das bezieht Regeln zur Verkehrswende mit ein.

Einführung einer kommunalen Stellplatzsatzung

Wir wollen eine kommunale Stellplatzsatzung einführen, mit dem Ziel, den Wohnungsbau privater und öffentlicher Hand zu erleichtern, indem die Herstellungspflichten für Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrräder auf ein sinnvolles Maß festgelegt werden. Damit sollen Anreize gesetzt und Maßnahmen festgelegt werden, die es Bauvorhabenträger*innen ermöglichen, Kfz-Stellplätze bei der Planung von Neubauvorhaben oder



Nutzungsänderungen von Gebäuden zu Gunsten des Ausbaus von Dach- oder Kellergeschossen bzw. der Aufstockung von Gebäuden zu reduzieren, was der intensiveren Schaffung von Wohnraum dienlich und im Sinne einer flächenschonenden Bebauung ist.

Ebenso sollen im Rahmen der Stellplatzsatzung **Baupflichten für Kfz-Stellplätze reduziert** werden dürfen, wenn im Gegenzug Baulücken im Sinne der Nachverdichtung geschlossen werden. Zudem soll, solange und soweit nachgewiesen wird, dass der Kraftfahrzeug-Stellplatzbedarf durch besondere Maßnahmen der Bauherrschaft nachhaltig verringert wird, eine teilweise Aussetzung der Kfz-Stellplatzbaupflicht gewährt werden.

Zum Beispiel sollen Kfz-Stellplätze reduziert werden können zugunsten

- der Schaffung qualitativ besonders hochwertiger Fahrradparkanlagen,
- der Errichtung von Duschen und Umkleiden für Radfahrende an Arbeitsstandorten,
- der Bereitstellung von Carsharing-Fahrzeugen, Sharing-Fahrrädern oder -Lastenfahrrädern,
- der Bereitstellung vergünstigter ÖPNV-Tickets für die Gebäudenutzenden bzw. Beschäftigten,
- von Kfz-Stellplätzen, die sich in zumutbarer Entfernung zum Grundstück befinden und deren Benutzung öffentlich-rechtlich gesichert wird,
- weiterer Formen des Mobilitätsmanagements.

Einführung einer kommunalen Gestaltungssatzung

Für Neu- und Umbaumaßnahmen von Gebäuden ist eine Gestaltungssatzung mit dem Schwerpunkt sicheres und klimaresilientes Wohnen ein sehr wirksames, jedoch bisher ungenutztes Instrument, das der Stadt Solingen im Sinne des § 89 Landesbauordnung NRW zur Verfügung stünde. Bevor in vielen einzelnen Verfahren die jeweiligen Bebauungspläne dem Zeitalter der Klimaerwärmung angepasst werden, ist das Entwickeln einer einheitlichen Gestaltungssatzung für das gesamte Stadtgebiet weitaus effektiver, da mit **weniger Verwaltungsaufwand und Kosten** verbunden.



Eine Satzung unterstützt unsere bisherigen Bemühungen für klimaresilientes Wohnen, gibt Planungssicherheit für Bauvorhabenträger*innen und entlastet die Verwaltung bei der Umsetzung des kommunalen Klima- und Umweltschutzes. Das Resultat ist eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes für die Bürger*innen in unserer Stadt, einhergehend mit einem Beitrag zum Hochwasserschutz durch Retentionsflächen sowie einem attraktiveren Stadtbild.

Konkret heißt das:

- Kommunale Stellplatzsatzung beschließen: Günstigen Wohnraum mit nachhaltiger Mobilität und Flächensparsamkeit bestmöglich verbinden.
- Grünraum- und Gestaltungssatzung entwickeln: Wir machen Vorgaben zur klimaresilienten und familienfreundlichen Quartiersentwicklung.
- Wir werden die von Fridays For Future mit erkämpfte und vom Rat beschlossene Maßnahme zur Etablierung eines verbindlichen Kriterienkatalogs für ökologische Bauleitplanung aus dem energiepolitischen Arbeitsprogramms umsetzen.

Baustoffe ohne Sondermüll: Wir GRÜNE streben mehr Einsatz von umweltschonenden Baustoffen anstatt Beton an, auch bei privaten Bauvorhaben. Ökologische Baustoffe sind oft wesentlich unproblematischer zu entsorgen als viele übliche Dämmmaterialien beispielsweise aus Styropor. Hierzu stärken wir die Beratung und sorgen dafür, dass die Gesellschaften der Stadt Solingen Vorbild sind.

Wiederverwendbare Baustoffe: Wir berücksichtigen schon vor der Umsetzung von Neubauten die Prinzipien des “zirkulären Bauens”. Das bedeutet, dass nicht trennbare Verbundstoffe vermieden und möglichst viele der verwendeten Materialien später umgenutzt, wiedergenutzt oder recycelt werden können. Dieses berücksichtigen wir schon bei der Erstellung von Bebauungsplänen und bei Genehmigungen. Damit brauchen wir in Zukunft weniger neue Baustoffe, die schon heute knapper und teurer werden.

3.4 Für den energetischen Wandel in Solingen

Endlich wird unser Energiesystem auf erneuerbare Energien umgestellt. Auch in Solingen! Das ist zwingend notwendig, um dem Klimawandel wirkungsvoll



zu begegnen und für bezahlbare Energie zu sorgen. 2024 haben wir mit dem „Zielkonzept Klimaneutrales Solingen“ beschlossen, bis 2040 treibhausgasneutral zu werden. In verschiedenen Konzepten haben wir die Maßnahmen aufgezeigt, die es für den Weg dorthin braucht. Die Energieversorgung hat dabei den größten Anteil zu stemmen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Energievermeidung und zum sparsamen, effizienten Umgang mit Energie und Wasser.

Wir GRÜNE fordern eine **pragmatische und zügige Modernisierung unserer Energiequellen**. Energieverschwendung muss vermieden werden, egal ob Strom, Wärme oder Kälte. Ansonsten wachsen uns die Kosten über den Kopf. Aber nicht nur das: der Klimawandel wirkt sich, ebenso wie Versiegelung durch Bebauung, auf den Wasserhaushalt aus. Dürreperioden lassen den Grundwasserspiegel sinken, die Auswirkungen auf Landwirtschaft und Waldbestände sind deutlich sichtbar.

Für eine gut organisierte und zukunftsfähige Wärmeversorgung Solingen hat mittlerweile eine kommunale Wärmeplanung, die Planungssicherheit bei Bürger*innen und Investor*innen schafft und als kontinuierlich anzupassendes Konzept die notwendige Wärmewende steuern wird.

Konkret heißt das:

- Die geplante Koordinierungsstelle muss rasch eingerichtet werden. Sie fungiert als zentrale Schnittstelle zwischen Stadt und städtischen Betrieben, externen Investoren, der Wohnungswirtschaft und der Politik. Sie bietet Entscheidungshilfen für bezahlbare Lösungen hin zur klimaschonenden Wärmeversorgung.
- Wir unterstützen die Vernetzung aller beteiligten Akteure: Handwerksbetriebe, Stadtwerke und Verbraucher*innen.
- Wir fordern die Prüfung technisch wie wirtschaftlich umsetzbarer Potentiale von Wärmequellen für die Solinger Quartiere – etwa durch Nutzung von Abwasserwärme oder von Großwärmepumpen.
- Wir wollen das Müllheizkraftwerk zu einem modernen Werkstoff- und Recyclinghof weiterentwickeln, der auch als Wärmelieferant für das



innerstädtische Wärmenetz fungiert. Dazu gehört auch die Prüfung des Einsatzes von Batterie- und Wärmespeicherlösungen auf dem Gelände des MHKW.

- Wir setzen uns dafür ein, die organisatorischen Zuständigkeiten bei Wärmeversorgung und Wärmenetzen zu bündeln. Ob bei den Stadtwerken, muss geprüft werden.

Für Unterstützung bei Sanierung und Neubauten

Die konkrete Umstellung der Wärmeversorgung in Gebäuden stellt Eigentümer*innen von Immobilien vor viele Fragen und Herausforderungen. Dabei dürfen sie nicht allein gelassen werden, denn nur gemeinsam wird uns die Wärmewende gelingen.



Konkret heißt das:

- Wir stärken die Beratungsangebote zur konkreten Umsetzung der Gebäudesanierung. Ziel sollte eine passgenaue Beratung zu Finanzierung(sförderung) und Umsetzung der passenden Maßnahmen sein, um die Sanierungsquote in Solingen auch im privaten Gebäudesegment zu erhöhen.
- Auf privater und städtischer Ebene wollen wir dazu beitragen, Sanierungen mit umweltschonenden Baustoffen zu fördern. Entsprechend fachkundige Beratungsmöglichkeiten sollen etabliert werden. Die Stadt Solingen und ihre Betriebe sollen hier Vorbildfunktion übernehmen.
- Wir streben an, dass die Verbraucherzentrale als unabhängige Einrichtung Beratungsleistungen übernimmt. Daneben sollen auch andere lokale Akteure wie ENERSOL (eine Kooperation von Stadtparkasse und Stadtwerken) in die Beratung eingebunden werden.
- Wir wollen den Umbau sozialverträglich gestalten und daher den Klimabonus für Sozialhilfeempfängerinnen fortführen. Dieser erlaubt den Mieterinnen das Wohnen in sanierten Wohnungen ohne finanzielle Zusatzbelastung.
- Wir setzen uns für mehr ökologischen Kälteschutz und sommerlichen Wärmeschutz bei Neubauten ein. Rechtzeitig geplant, vermeidet das kostenschonend übermäßigen Bedarf an Heizwärme oder energieintensiven Klimaanlageanlagen.

Für eine Stadt mit Vorbildcharakter

Die klimagerechte Gestaltung einer Stadt ist eine Herkulesaufgabe. Sie betrifft alle Lebensbereiche und kann nur erfolgreich sein, wenn sie als Querschnittsaufgabe begriffen wird. Private Haushalte, Unternehmen und die Stadt sind als Akteur*innen gleichermaßen gefragt. Wir GRÜNE wollen dazu beitragen, dass die Stadt hier eine Vorbildfunktion sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Klimaanpassung übernimmt.

Konkret heißt das:



- Wir wollen der allgemeinen Lichtverschmutzung entgegenwirken und jegliche Beleuchtung im Innen- und Außenbereich auf energiesparendere und insektenfreundliche Leuchtmittel umstellen.
- Der Einsatz sogenannter smarter Thermostate in Solinger Schulen hat gezeigt, dass damit über ein Drittel der Heizenergie gespart werden kann. Daher wollen wir sukzessive alle Gebäude in städtischem Besitz damit ausstatten. Das spart Energie und Geld und schont Klima und Umwelt.
- Wir wollen den Energieverbrauch beim Konzern Stadt Solingen über einen jährlich vorzulegenden Energiebericht nachvollziehen können, um Einsparpotentiale und – wo nötig – Maßnahmen zur Steuerung erkennen und umsetzen zu können.
- Wir setzen uns für eine kontinuierliche Fortschreibung des Solarkatasters ein, das es den Bürger*innen ermöglicht, PV-Potentiale konkret für jedes Gebäude zu erkennen.
- Das Freiflächensolarkonzept muss fortgeschrieben und der Gesamtenergieverbrauch im Stadtgebiet muss regelmäßig dokumentiert werden. Nur so können unsere Energienetze passend und unter Berücksichtigung der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende weiterentwickelt werden.
- Wir wollen Elektromobilität in Solingen durch den kontinuierlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur fördern – s. Kapitel 7.
- Wir unterstützen die Stadt und ihr Gebäudemanagement in ihrem Bemühen eine Strategie zu entwickeln, wie im Rahmen von Bauwettbewerben, Ausschreibungen und Vergaben die Nutzung ökologischer Baumaterialien und energieeffizienter Bauweisen berücksichtigt werden kann.

Für Versorgungssicherheit den Netzausbau vorantreiben

Auch in Solingen steigt der Anteil der dezentral ins Netz eingespeisten Energie aus regenerativen Energiequellen. Und auch hier muss das Netz stetig ausgebaut werden, um die verlässliche Versorgung sicherzustellen.

Konkret heißt das:



- Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass unser Stadtwerk und unser Stromnetz zeitgemäß, zügig und mit Blick auf das Ziel Klimaneutralität bis 2040 ausgebaut werden.
- Wir wollen die selbst erzeugte Energie aus erneuerbaren Energieträgern durch unsere Stadtwerke in den kommenden Jahren verdoppeln. Eine Energieerzeugung vor Ort stärkt die Resilienz der Stadt (unserer Robustheit gegenüber Krisen und Katastrophen).
- Wir wollen unseren Stadtwerken die notwendigen Investitionen ermöglichen, um sich neue, zukunftssichere Geschäftsfelder im Bereich regenerativer Energien zu erschließen. Dafür wollen wir den Stadtwerken mehr Investitionsmittel ermöglichen, indem wir die Gewinnausschüttungen moderat halten oder senken.

Wir GRÜNE unterstützen den **Ausbau von PV-Anlagen auf Solingens Dächern, Parkplätzen und bebauten Flächen** und einen naturschutzförderlichen Ausbau von Freiflächen-PV. Sollten sich neue Möglichkeiten zur naturverträglichen Energieerzeugung ergeben, begrüßen wir das. Wir achten auf Wirtschaftlichkeit. Die eigenen Flächen des Konzerns Stadt Solingen gehen mit gutem Beispiel voran.

Um das Ziel zu erreichen, unseren Energiebedarf zu 100% durch erneuerbare Energien zu decken, wollen wir auch eingekaufte klimaneutrale Energie aus anderen Regionen nutzen. Dazu sind **weitere Kooperationsprojekte** mit anderen Stadtwerken und zivilgesellschaftlichen Akteuren notwendig.

- Wir befürworten eine Beteiligung der BürgerEnergie Solingen e.G. an den Solinger Stadtwerken.
- Wir unterstützen die Bemühungen der Stadtwerke zur Einführung eines bürger*innenfreundlichen flexiblen Stromtarifs, um die lokalen Netze und Kapazitäten effektiver zu nutzen. Sogenanntes netzdienliches Verhalten muss sich angemessen auszahlen, denn es spart der Gemeinschaft Geld und stabilisiert unser Stromnetz.
- Innerhalb der städtischen Gesellschaften streben wir einen Ausbau des Geschäfts mit Speichertechnologien an, beispielsweise durch die Weiternutzung (sogenanntes Second Life) der gebrauchten Batterien der Batterie-Oberleitungsbusse als Batteriespeicher.



3.5 Für lebenswerte Nachbarschaften

Stellen wir uns Solingen im Jahr 2035 vor: Eine Stadt der kurzen Wege mit lebendigen Quartieren und grünen Oasen. Auf breiten Bürgersteigen flanieren Menschen an geschäftigen Ladenzentren vorbei, Kinder spielen sicher auf begrünten Straßen und Plätze laden mit Cafés zum Verweilen ein. In jedem Viertel kennen die Menschen ihre Bäckerin und ihren Nachbarn; alle fühlen sich geborgen und kommen auch abends sicher nach Hause. Kurzum: Solingen ist eine Stadt, in der man gerne lebt – dieses Bild leitet unsere Politik.

Quartiere stark machen

Lebenswerte Quartiere sind das Rückgrat unserer Stadt. Wir GRÜNE setzen auf **starke Nachbarschaften** mit einer Stadt der kurzen Wege: In jedem Stadtteil sollen zentrale Orte mit Einkaufsmöglichkeiten, Kultur und Begegnung entstehen, damit alles Wichtige nah erreichbar ist. Lebendige Viertel bedeuten auch Vielfalt vor Ort – vom kleinen Laden bis zum Nachbarschaftscafé. Wir fördern diese Vielfalt und unterstützen die Menschen dabei, ihr Quartier aktiv mitzugestalten.

Konkret heißt das:

- **Nahversorgung wohnortnah ausbauen:** In allen Stadtteilen sollen zentrale Versorgungsbereiche entstehen und kleinere, ins Wohngebiet integrierte Nahversorgungs-Standorte gefördert werden. In großen Wohnsiedlungen unterstützen wir die Entwicklung neuer Quartierszentren als Treffpunkte und Versorgungsstandorte.
- **Integrierter Einzelhandel statt grüner Wiese:** Wir setzen auf wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten statt weiterer Discounter am Stadtrand. Neue Supermärkte und Einkaufszentren außerhalb gewachsener Zentren lehnen wir ab – stattdessen stärken wir den lokalen Handel im Quartier.
- **Zwischennutzungen fördern:** Wo Flächen oder Ladenlokale leer stehen, unterstützen wir kreative Lösungen. Jugend- und Kulturinitiativen können Brachflächen beleben, und wir erleichtern die künstlerische Nutzung von Leerständen, um neue Impulse in vernachlässigte Viertel zu bringen.



- **Gewerbe und Wohnen verbinden:** Wir fördern Mischquartiere, in denen Wohnen und passendes, nicht störendes Gewerbe nebeneinander bestehen können. So entstehen kurze Wege und lebendige Straßenzüge.
- **Quartiersversorgung sichern:** In Vierteln ohne Einkaufsmöglichkeit vor Ort unterstützen wir Initiativen für lokale Läden wie den beroma-Genossenschaftsladen in der Hasseldelle. Durch Beschäftigungsförderung und soziale Unternehmen wollen wir Nahversorgung in solchen Quartieren wiederherstellen und sichern.
- **Quartiersmanagement ausbauen:** Dort, wo Nachbarschaften besondere Unterstützung brauchen, setzen wir uns für Quartiersmanagement ein. Quartiersmanager*innen vernetzen die Angebote vor Ort, fördern Nachbarschaftshilfe und holen Fördermittel ins Viertel – das stärkt den Zusammenhalt im Quartier (s. dazu Kapitel 10).

Lebendige Stadtzentren schaffen

Unsere Stadtzentren – von der Solinger Innenstadt bis zu den Zentren in Ohligs, Wald und Co. – sollen zu **lebendigen Aufenthaltsorten** werden. Attraktive Plätze, sichere Fußgängerzonen und ein vielfältiges Angebot machen Solingen lebenswert für alle Generationen. Wir GRÜNE wollen den Menschen den Vorrang vor Autos geben und die Aufenthaltsqualität deutlich erhöhen. Solingens öffentliche Räume wandeln wir so zu Orten, an denen man gerne Zeit verbringt, sich begegnet und das Stadtleben genießt.

Konkret heißt das:

- **Mehr Fußgänger- und Flanierbereiche:** Wir wollen mehr autofreie Zonen in unseren Stadtteilzentren schaffen, damit Menschen sicher flanieren und einkaufen können.
- **Außergastronomie statt Parkplätze:** Eine lebendige Innenstadt braucht Orte zum Verweilen. Wir setzen darauf, dass Außergastronomie und Straßencafés mehr Raum bekommen – auch wenn dafür Parkplätze weichen müssen.
- **Kurze Wege für alle:** Durch viele direkte Verbindungen im Quartier fördern wir den Fuß- und Radverkehr.
- **Straßen als Spiel- und Aufenthaltsraum:** Wo immer möglich, machen wir Straßen zu Orten der Begegnung. Temporäre Spielstraßen und



„beSPIELbare“ Straßen laden Kinder zum Spielen ein, während genügend Bänke und Sitzgelegenheiten – eine „beSITZbare Stadt“ – älteren Menschen Pausen und Gespräche ermöglichen.

- **Sicheres Ambiente durch gutes Licht:** Wir sorgen für ein durchdachtes Lichtkonzept in der Stadt, das öffentliche Plätze und Wege gut ausleuchtet.
- **Begegnungsorte schaffen, Flächen entsiegeln:** Wir möchten Innenhöfe und brachliegende Flächen in den Zentren zu Plätzen der Begegnung umgestalten. Wo immer möglich werden unnötig versiegelte Flächen aufgebrochen und in Grünflächen, Spielorte oder Aufenthaltsräume verwandelt.
- **Mehr Wasserspender:** An zentralen Orten sollen Wasserspender aufgestellt werden.
- **Klimaschutzgerechtes Wohnen vorantreiben:** Wir fördern die Schaffung von klimagerechten Wohnvierteln – entweder mit Maßnahmen in bestehenden Quartieren oder bei neuen Bauvorhaben.
- **Innenentwicklung vor Außenentwicklung:** Neue Bauprojekte sollen vorrangig auf bereits erschlossenen Flächen stattfinden. Mehrgeschossiges, flächenschonendes Bauen wird zum neuen Standard.
- **Mit den Bürger*innen planen:** Wir bauen auf die Beteiligung aller Solingerinnen – von Anfang an, in jedem Stadtteil, mit dem Ziel, gemeinsam gute Lösungen zu finden.

Die Begrünung unserer Stadt

Solingen soll Grünstadt bleiben – und im Rahmen der Anpassung an die Klimaveränderungen noch grüner werden. Wir GRÜNE setzen auf eine Stadtentwicklung, die die Menschen bestmöglich vor klimabedingten Extremwetterereignissen schützt, die Natur und Stadt verbindet, damit überall kleine Oasen entstehen. Grünflächen vor jeder Haustür ermöglichen Erholung in Wohnungsnähe. Bereits heute ist Solingen dank engagierter Bürger*innen eine vergleichsweise grüne Stadt. Damit das so bleibt und wir den Herausforderungen der Klimakrise begegnen können, bleibt noch einiges zu tun. Unser **Leitbild ist eine klimaresiliente Stadt im Einklang mit der Natur.**

Konkret heißt das:



- **Bäume in die Stadt!** Wir wollen deutlich mehr Bäume in unseren Straßen und auf Plätzen pflanzen.
- **Fassaden- und Dachbegrünung fördern:** Wir nutzen jede Gelegenheit, um graue Wände und Dächer grün zu machen.
- **Städtische Grünflächen erhalten und ausbauen:** Vorhandene Parks, Wälder und Gärten gilt es zu schützen. Neue Wildblumenwiesen und Artenräume werten die Stadtnatur zusätzlich auf. Wir wollen die Neuschaffung innerstädtischer Grünflächen, Parkanlagen und Tiny Forests, wo immer dies möglich ist.
- **Insektenfreundliche Vorgärten statt Schotter:** Wir werben und setzen uns dafür ein, dass Vorgärten nur noch grün und lebendig gestaltet werden – mit Pflanzen statt Kies.
- **Stadt kühler machen:** Angesichts heißerer Sommer setzen wir auf mehr Grünflächen, Schatten spendende Bäume, begrünte Friedhöfe und Projekte wie „MehrArtenRäume“, die das Mikroklima verbessern.
- Die Pflanzung von mindestens weiteren 1000 neuen Straßenbäumen in den nächsten fünf Jahren.
- Unterstützung und Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement für Pflege, Erhalt und Neupflanzung von Bäumen und Grünflächen.
- Ausweitung der Regenwassernutzung z. B. durch private Zisternen und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur zum Schutz vor Starkregenereignissen.

4. Für das Morgen: Starke Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind nicht nur unsere Zukunft – sie haben ein Recht auf eine gute Gegenwart. Wir GRÜNE machen uns stark für junge Menschen in Solingen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Hintergrund oder ihrem familiären Umfeld.

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen die besten Chancen bieten, sich selbstbestimmt zu entwickeln, gehört zu werden und ihre Potenziale zu entfalten. Dazu gehören neben Freizeitangeboten, Beteiligungsmöglichkeiten und guter Gesundheitsversorgung vor allem gerechte Bildungschancen und gute Schulen.



4.1 Orte zum Leben, Lernen und Begegnen schaffen

Ein gerechter und lebendiger öffentlicher Raum ist das Rückgrat für ein soziales Solingen. Insbesondere Kinder, Jugendliche und Familien brauchen wohnortnahe Orte, an denen sie sich sicher aufhalten, entfalten, begegnen und erholen können – unabhängig vom Geldbeutel. Unser Ziel ist es, Quartiere so zu gestalten, dass sie **vielfältige, gepflegte und inklusive Räume für alle Generationen** bieten – mit besonderem Blick auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen.

Konkret heißt das:

- **Pflege statt Prestige:** Für Schulen, Kitas, öffentliche Gebäude, Sportanlagen sowie Spiel- und Bolzplätze soll jährlich eine feste Erhaltungspauschale im Haushalt verankert werden – unabhängig von Neubauprojekten. Die Instandhaltung hat hierbei Vorrang.
- **Saubere und sichere Aufenthaltsorte:** Öffentliche Plätze dürfen nicht verwaisten. Es braucht eine kontinuierliche Pflege, damit sich alle Altersgruppen dort wohlfühlen – besonders in verdichteten Quartieren ohne private Rückzugsräume.
- **Erlebnissräume für alle Generationen:** Der öffentliche Raum soll Rückzugsorte und Begegnungsräume zugleich bieten – mit Lese- und Ruheräumen, offenen Pavillons, Bewegungsflächen und einem vielfältigen, generationengerechten Angebot.
- **Lernräume für Schüler*innen und Studierende:** Lerncafés, verlängerte Öffnungszeiten der Stadtbibliothek und niedrigschwellige Bildungsorte in der Nachbarschaft stärken Bildungsgerechtigkeit.
- **Mehr Toleranz im geteilten Raum:** Wo unterschiedliche Generationen und Lebensrealitäten aufeinandertreffen, braucht es Möglichkeiten der Teilhabe aller an öffentlicher Infrastruktur durch soziale Konzepte, die gezielt auch queere, neurodivergente, behinderte oder rassismusbetroffene junge Menschen mitdenken.
- **Grünräume erhalten und ausbauen:** Innerstädtische Parks sollen nicht nur erhalten bleiben, sondern aktiv als inklusive Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche gestaltet werden. In Neubaugebieten muss die verpflichtende Integration von grünen Spiel- und Erlebnisflächen Standard werden. Orte für Familien müssen auch für Menschen mit Behinderung



flexibel und praktisch nutzbar sein (z. B. Ausstattung mit barrierefreien Wickeltischen).

- **Jugend braucht Räume:** Bestehende Jugendcafés müssen gestärkt und neue selbstverwaltete Räume in zentraler Lage geschaffen werden – in jedem Stadtteil. Jugendliche brauchen Orte, die sie selbst gestalten können.
- **Freizeit für alle:** Einrichtungen wie die Eishalle, das Soziokulturelle Zentrum Cobra, das Rollhaus oder das Monkeys müssen als niedrigschwellige Freizeitorte erhalten bleiben. Gleichzeitig braucht es zusätzliche dezentrale Angebote – besonders in Stadtteilen, in denen Familien keine kommerziellen Alternativen haben.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle jungen Menschen Orte finden – zum Wachsen, Lernen, Treffen, Spielen, Ausruhen und Mitgestalten. Denn öffentlicher Raum ist nicht nur Platz – er ist Möglichkeitsraum.

4.2. Für Selbstwirksamkeit junger Menschen

Solingen – eine Stadt, die **echte Teilhabe für junge Menschen** fördert.

Kinder und Jugendliche sind Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt – und wollen gehört werden! Wer junge Menschen stärkt, gibt ihnen Raum: für Mitgestaltung, Mitsprache und Mitentscheidung. Deshalb fördern wir nicht nur punktuelle Beteiligung, sondern setzen auf Strukturen, in denen junge Menschen dauerhaft und verbindlich ihre Anliegen einbringen und durchsetzen können.

Konkret heißt das:

- **Kinder und Jugendliche als politische Akteur*innen ernst nehmen:** Unser Erfolg ist, dass der Jugendstadtrat (JSR) ein Rede- und Antragsrecht über die Hauptsatzung in den politischen Ausschüssen erhalten hat. Wir werden seine Initiativen im Sinne einer demokratischen Jugendförderung im Stadtrat und in den politischen Gremien unterstützen.
- Wir wollen die **Mitbestimmungsmöglichkeiten des Jugendstadtrats** über gemeinsame Sitzungen von JSR und Stadtrat oder ein Rederecht im Rat weiter aufwerten. Nur so wird aus Beteiligung echte Mitgestaltung.
- Das **Jugendprojekt fYOUture** verstetigen und gezielt fördern, weil es demokratische Teilhabe erlebbar macht und neue Räume für die Begegnung zwischen Jugend, Politik und Verwaltung schafft.



- Über die Stadt verteilt Räume bieten, in denen Jugendliche in Ruhe lernen oder sich treffen können – etwa durch Erweiterung der Stadtbibliothek, besondere Räume in bestehenden Einrichtungen oder Lerncafés.
- **Beteiligungsmanagement** an Schulen und in Freizeitangeboten dauerhaft absichern und weiterentwickeln, damit die Mitsprache nicht vom Engagement einzelner Menschen abhängt.
- **Jugendgerechte Formate der Begegnung** schaffen, z. B. durch einen mobilen Beteiligungsbus, der ansprechende Mitmachangebote direkt zu jungen Menschen bringt, oder regelmäßige Jugend-Podien im Haus der Jugend, bei denen Politik und Verwaltung erlebbar werden.
- **Jugendgerechte Mitgestaltung aller Angebote der Stadt** – ob Spielplatz, Jugendzentrum, Kulturveranstaltung oder Stadtplanung. Beteiligung darf nicht auf einzelne Zielgruppen oder Projekte beschränkt bleiben.
- **Jugendsozialarbeit stärken**, auch im Sinne von aufsuchendem Streetworking, um junge Menschen niedrigschwellig zu erreichen – besonders dort, wo klassische Beteiligungsformate nicht greifen.
- **Neue Formate der Zusammenarbeit von Stadtrat und Jugendlichen** erproben – über den Jugendstadtrat hinaus. Wir denken z. B. an Gesprächsrunden, gemeinsame Workshops oder ein kommunalpolitisches Mentoring.
- **Digitale Beteiligungsformate ausbauen**, etwa durch Online-Votings oder Beteiligungsplattformen sowie jugendgerechte Tools in der Solingen App, um junge Menschen online zu erreichen.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der junge Menschen spüren: Hier kann **ich** etwas verändern. Hier bin **ich** wirksam.

4.3 Für starke Kinder – von Anfang an

Solingen – eine Stadt mit echter Bildungsgerechtigkeit von Anfang an.

Kinder haben ein Recht auf Bildung, Teilhabe und Schutz. Deshalb setzen wir uns für **frühkindliche Bildung** ein, die alle Kinder unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Einkommen stärkt – und für eine Stadt, in der Kinder Orte, Menschen und Möglichkeiten finden, um sich zu entfalten.

Konkret heißt das:



- Der **bedarfsgerechte Ausbau von Kita-Plätzen** in allen Stadtteilen – für alle Kinder, unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Erwerbstätigkeit der Eltern.
- **Mehr Ausbildungsplätze für Erzieher*innen** schaffen, indem die Stadt selbst zusätzliche Praxisplätze bereitstellt, Träger bei der Ausbildung unterstützt und aktiv für den Beruf wirbt. Zugleich fordern wir vom Land, Ausbildungswege zu vereinfachen und ausreichend Schulplätze anzubieten.
- **Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern**, indem die Stadt gezielte Beratungsangebote für internationale Fachkräfte unterstützt und Träger bei der Integration begleitet. Für faire und schnelle Verfahren braucht es klare Regelungen auf Landes- und Bundesebene.
- **Multiprofessionelle Teams in den Kitas**, damit Kinder in ihrer Vielfalt besser begleitet werden – durch Fachkräfte aus den Bereichen Sozialarbeit, Sprachförderung, Inklusion, Gesundheit oder Musikpädagogik.
- **Frühkindliche Bildung als Teil nachhaltiger Entwicklung stärken** – im Sinne der Sustainable Development Goals der UN und als Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), z. B. durch Naturerfahrungen, Umweltbildung und soziale Lernformen.
- **Zugänge zur offenen Kinder- und Jugendarbeit ausbauen**, z. B. in Kinderclubs, im Stadtteil oder im Haus der Jugend – denn Bildung findet nicht nur in Kita und Schule statt.
- **Den öffentlichen Raum kinderfreundlich gestalten** – mit sicheren Wegen, grünen Spiel- und Begegnungsräumen und Beteiligung von Kindern bei der Planung.
- **Nachhaltige, gesunde Ernährung** in allen Einrichtungen fördern, etwa durch städtische Standards, Bio-Anteile und faire, regionale Beschaffung – ohne Dogmatismus, aber mit Haltung.
- **Kinderarmut als Querschnittsaufgabe ernst nehmen**: kostenfreie oder kostengünstige Angebote in Kitas, Mittagessen, Eintritt zu Freizeitangeboten sowie gezielte Förderung in belasteten Sozialräumen.
- **Inklusion als Standard verankern** – in der baulichen Ausstattung, in der pädagogischen Haltung und im Zugang zu Bildung, Betreuung und Freizeit.

Unser Ziel ist **eine Stadt, in der Kinder willkommen sind** – und von Anfang an mitdenken, mitreden und mitgestalten dürfen.



4.4 Für eine gerechte Bildung für alle

Solingen – mit einer Schullandschaft, die alle Kinder und Jugendlichen stärkt: Denn Bildung ist der Schlüssel für Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe und Zukunftsperspektiven! Noch immer hängen Bildungschancen viel zu stark von Herkunft, Einkommen oder Sprache ab.

Wir GRÜNE wollen **Schulen in Solingen, die Vielfalt fördern, Barrieren abbauen, gemeinsames Lernen ermöglichen** – und allen jungen Menschen ermöglichen, sich zu entfalten und ihre Talente zu entdecken. Dafür braucht es moderne Räume, starke Ganztagsangebote, inklusive Lernkonzepte und eine Schule als Lebensort.

Konkret heißt das:

- Den **Investitionsstau an Solinger Schulen weiter abbauen** – mit nachhaltigen Sanierungen, neuen Schulgebäuden (z. B. Schulzentrum Vogelsang), mehr Grünflächen und einer pädagogisch durchdachten Architektur.
- Alle Schulen barrierefrei gestalten – baulich, digital und sozial.
- **Nachhaltigkeit vorleben:** mit Photovoltaik, Schulgärten, Mülltrennung, Wasserspendern, und einer umweltfreundlichen Mobilitätsinfrastruktur (z. B. sichere Rad- und Fußwege zu allen Schulen).
- Eine **Schule als ganzheitlichen Lernort** stärken – mit Raum für Kunst, Musik, Bewegung, sozialen Austausch und Ruhephasen.
- Den **Ganzttag bedarfsgerecht ausbauen** – besonders an Grundschulen, im besten Fall als gebundene Ganztagschulen in belasteten Stadtteilen.
- **Jede Grundschule mit einer eigenen Turnhalle** ausstatten bzw. Räume für Sport und Bewegung im Umfeld der Schule sicherstellen.
- Die **frühkindliche Bildung** mit dem Schulanfang besser verzahnen – durch Kooperation von Kita und Grundschule.
- **Inklusive Schulentwicklung ermöglichen** – mit kleineren Lerngruppen, mehr multiprofessionellen Teams und einer halben zusätzlichen Lehrkraft pro inklusiver Lerngruppe.
- **Schulsozialarbeit** ist dauerhaft zu sichern und auszubauen – finanziell, strukturell und mit verlässlicher Ansprechbarkeit an allen Schulformen. Das Land muss hier seine Aufgabe deutlich stärker wahrnehmen.



- **Mehrsprachigkeit als Ressource** nutzen – durch gezielte Förderung und stärkere Einbindung von Familien mit internationalen Wurzeln.
- **Geflüchtete und neu zugewanderte Kinder** ins Regelsystem **integrieren** – mit Sprachförderung, offenen Schulstrukturen und individueller Begleitung.
- **Bildung für nachhaltige Entwicklung** (BNE), Demokratiebildung, Medienbildung und Antidiskriminierungsarbeit als Querschnittsaufgabe in allen Schulen etablieren.
- Lehrer*innenfortbildungen in diesen Bereichen städtisch koordinieren und fördern – insbesondere zu Digitalisierung, Antirassismus, Queerfeindlichkeit und Demokratiepädagogik.
- Die Zusammenarbeit von Schule mit außerschulischen Partnern stärken – z. B. aus Kultur, Umweltbildung, Technik oder Erinnerungskultur.
- **Mitsprache und Teilhabe an Schulen stärken** – mit direkt gewählten Schülersprecher*innen, quotierten Schülervertretungen, einem eigenen Budget für Schüler*innenvertretungen und vollständiger Repräsentanz in der Bezirksschüler*innenvertretung.
- Die Bezirksschüler*innenvertretung soll durch die kommunale Verwaltung organisatorisch und personell unterstützt werden. Dafür setzen wir uns für die Finanzierung von mindestens einer Minijob-Stelle ein, die die BSV bei Kommunikation, Veranstaltungsorganisation und Dokumentation unterstützt.
- Schulen und ihre Beteiligten frühzeitig in städtische Entscheidungen einbinden – z. B. bei Schulneubauten oder Standortentwicklungen.
- Die **Finanzierung aller Bildungseinrichtungen dauerhaft sichern** – auch für außerschulische Orte wie die Volkshochschule, inklusive fairer Bezahlung aller Lehrkräfte.

Für viele dieser Vorhaben braucht die Stadt eine sichere kommunale Finanzierung von Land und Bund. Wir werden uns dafür weiter einsetzen - auch oder gerade bei grüner Regierungsbeteiligung.

Unser **Ziel** ist eine Stadt, in der jedes Kind in seiner Unterschiedlichkeit wahr- und ernstgenommen wird – und **alle die gleichen Chancen** auf eine gute Zukunft haben.



4.5 Für Kinder und Jugendliche, die in ihrer Vielfalt gesehen und ernst genommen werden

Solingen – eine Stadt, in der alle jungen Menschen ihren Platz haben. Kinder und Jugendliche wachsen in einer vielfältigen Gesellschaft auf – und bringen selbst viele Perspektiven, Identitäten und Lebensrealitäten mit. Wir machen uns stark für eine Stadt, die diese Vielfalt anerkennt, schützt und fördert. Für uns ist klar: Vielfalt ist kein „Spezialthema“, sondern Teil des demokratischen Alltags. In Solingen soll jeder junge Mensch so leben können, wie man ist – sicher, bestärkt und gesehen.

Konkret heißt das:

- **Diskriminierung und Ungleichheit aktiv entgegenwirken** – durch empowernde Angebote, sichere Räume und eine klare Haltung gegen Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und Klassismus.
- **Eine queere Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche aufbauen**, in der Coming-Outs, Identitätsfragen oder Diskriminierungserfahrungen sensibel begleitet werden – ergänzt durch queere Jugendgruppen, Aufklärungsarbeit und städtische Sichtbarkeit.
- **Empowernde Bildungsangebote** für junge Frauen, queere Jugendliche und Jungen gegen toxische Männlichkeitsbilder fördern: Unterstützung von Projekten und Trägern, die Selbstbestimmung, feministische Perspektiven und kritische Männlichkeitsbildung stärken. Gleichzeitig setzen wir uns auf Landesebene für eine dauerhafte Förderung solcher Angebote ein.
- **Mehr Demokratiebildung für alle**, innerhalb und außerhalb der Schule: politische Jugendbildung, Projekte gegen Extremismus, Workshops zu Medienkompetenz und Hate Speech sowie stärkere Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen.
- **Freizeit-, Kultur- und Sportangebote niedrigschwellig zugänglich machen**, insbesondere für junge Menschen aus einkommensarmen Haushalten – diese Angebote sollen inklusiv und diskriminierungssensibel gestaltet sein.
- **Jugendliche mit Flucht- oder Migrationsgeschichte unterstützen**, z. B. durch Sprachförderung, Dolmetsch-Strukturen, Patenschaftsprojekten und niedrigschwellige Begleitung beim Einstieg in Kita, Schule und Ausbildung.



- **Klimagerechtigkeit als Jugendthema sichtbar machen:** Projekte, Aktionen und Lernangebote zur Klimakrise fördern, die junge Menschen stärken und sich für ihre Zukunft einsetzen.
- **Vielfalt auch digital denken,** etwa durch barrierearme Online-Formate, queer sensible Medienarbeit und digitale Schutzräume.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche Vielfalt leben können!

4.6 Für Jugend in Bewegung

Solingen – eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche sich bewegen können: Ob Fußball, Schwimmen, Volleyball oder Handball: Sport ist überall und gerade für junge Menschen ein ständiger und wichtiger Begleiter. Nicht nur für die Gesundheitsvorsorge, sondern auch für Integration, gesellschaftlichen Zusammenhalt oder als Mittel gegen Einsamkeit nehmen Sportangebote in unserer Gesellschaft immens wichtige Aufgaben wahr.

Wir GRÜNE wollen attraktive Sportangebote für junge Menschen erhalten und schaffen und damit einen Grundstein für eine lebenslange sportliche Betätigung legen.

Konkret heißt das:

- Bestehende und neue Angebote von Sportvereinen dauerhaft zu unterstützen. Hierfür setzen wir auf sozialverträgliche Nutzungsentgelte und eine starke Kooperation mit dem Solinger Sportbund,
- Sport als wichtiges Element im Offenen Ganztage etablieren,
- weiterhin den Schwimmunterricht, von der ersten bis zur sechsten Klasse, an Grundschulen und an weiterführenden Schulen gewährleisten. Dabei soll die Zusammenarbeit mit den Schwimmassistenten fortgesetzt werden. Kinder mit deutlichen Nachholbedarfen sollen ergänzend die Möglichkeit erhalten, am Programm "Solingen lernt Schwimmen" des Sportbundes teilzunehmen,
- das Land NRW bei der Finanzierung des Schwimmunterrichts künftig stärker in die Verantwortung ziehen,
- den Bau von dezentralen Fitnessanlagen im gesamten Stadtgebiet fortsetzen.



- Dabei sollen Synergien zu bereits vorhandenen Sportstätten (z. B. an der Trasse oder in der Nähe von Fußballplätzen) entstehen,
- Mit kleinen, sinnvollen Spielgeräten und unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in allen Zentren die „bespielbare Stadt“ realisieren.

4.7 Für Mobilität junger Menschen

Solingen – eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche mobil sind.

Mit der Einführung des Deutschland-Tickets-Schule sowie des Deutschland-Semestertickets, sind junge Menschen so mobil, wie nie zuvor. Voraussetzung ist ein gut ausgebautes Bus- und Bahnnetz. Aus diesem Grund engagieren wir GRÜNE uns für die **konsequente Umsetzung des Solinger Nahverkehrsplanes**.

Auch darüber hinaus muss jungen Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben durch ein gutes und verlässliches Mobilitätsangebot gewährleistet werden. Niemand sollte auf Eltern-Taxis angewiesen sein, um in die Schule, zu Vereinen, in die Uni oder zu einer Hausparty kommen zu können.

Konkret heißt das:

- Ein **gut getaktetes, verlässliches Busangebot** im Sinne des Nahverkehrsplanes, welches auch Außenbezirke der Stadt noch bis in den späteren Abend anbindet,
- den **Ausbau des Nachtexpresses** Freitag- und Samstagnacht sowie nach Möglichkeit unter der Woche,
- die **verbesserte Anbindung** von jugend-relevanten Großveranstaltungen, Festen oder Partylocations durch Pendelbusse und/oder Verstärkerfahrten,
- **E-Scooter-Verleihsysteme erhalten** und in der Solingen-App implementieren,
- einen **Bike- und E-Bike-Sharing Dienstleister** für den Standort Solingen gewinnen,
- **verbesserte Rad- und Fußwegverbindungen** schaffen, die sich an den Bedarfen von Jugendlichen orientieren.

4.8 Für gesunde Kinder und Jugendliche

Solingen – eine Stadt, die Kinder und Jugendliche gesund sein lässt.

Kinder und Jugendliche erleben vielfältige Formen der Belastung. Dafür wollen wir gute gesellschaftliche, räumliche und ökologische Voraussetzungen



schaffen. Für ein gelingendes Leben braucht es ausreichende Unterstützungsangebote für ein gesundes Aufwachsen. GRÜNE sind dankbar für alle schon vorhandenen, gut vernetzten Angebote in Solingen.



Konkret heißt das:

- Alle vorhandenen Angebote sichern und langfristig entlasten durch ergänzende Angebote und arbeitsfähige Strukturen. Hier werden wir uns im Land weiter dafür einsetzen, dass Mittel langfristig zur Verfügung stehen und Ausbildungskapazitäten für soziale und Gesundheitsberufe weiter erhöht werden.
- Mentale Belastungen von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen und nach Lösungen suchen, die Hilfsangebote hier zu erweitern und zu spezialisieren.
- Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich gemeinsam mit ihrem Umfeld aktiv an der Verbesserung ihrer Situation zu beteiligen – möglichst so früh, dass Belastungen nicht zu Erkrankungen führen, die eine langwierige Behandlung erfordern.
- Eine deutlich bessere Versorgung der Kinder und Jugendlichen, die eine umfassende Behandlung benötigen. Unterstützung muss schnell gehen.
- Dass wir dafür kämpfen, dass die Jugendhilfe – insbesondere der ASD – der Stadt auskömmlich finanziert und ausgestattet wird.

4.9 Für eine starke Jugendkultur

Jugendkultur in Solingen ist so vielfältig, kreativ und inklusiv wie die Jugend selbst – ein echter Schatz für unsere Stadt. Trotzdem fehlt es oft an Geld, Raum und Unterstützung, damit diese kreative Vielfalt sich entfalten kann. Das wollen wir ändern, denn **junge Menschen brauchen mehr Freiräume, gezielte Förderung und echte Mitbestimmung**, um ihre kulturellen Visionen verwirklichen zu können.

Konkret heißt das:

- Mehr Kultur, die junge Menschen direkt anspricht – mit eigenen Programmen im Theater und Konzerthaus
- Interkulturelle Projekte gezielt fördern – Vielfalt gehört auf die Bühne, auf die Straße und in den Alltag
- Kultur von Anfang an: starke Netzwerke zwischen Kitas, Schulen und kulturellen Einrichtungen – mit dabei: freie Künstler*innen, Museen, Musikschule und Stadtbibliothek



- Das Jugendkulturfestival dauerhaft sichern und weiterentwickeln – finanziell gut aufgestellt und mit echtem kreativen Freiraum
- Leerstehende Gebäude nutzbar machen – für Jugendkultur, selbstorganisierte Partys und spontane Events
- Solingen bunter machen: mehr legale Flächen für Graffiti und Street Art schaffen
- Jugendliche ernst nehmen – sie müssen bei der Planung und Umsetzung von Kulturprojekten mitentscheiden können, nicht nur dabei sein

Solingen kann jung, lebendig und kulturell mutig sein – wenn wir der Jugendkultur die Mittel, Räume und Mitsprache geben, die sie verdient.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der die kreativen jungen Köpfe von heute das Kulturleben von morgen prägen. Mit dem nötigen politischen Willen und konkreten Schritten können wir diese Vision einer starken, finanziell gut ausgestatteten Jugendkultur Wirklichkeit werden lassen.

5. Für Euch: Mitgestalten statt nur zuschauen

Demokratie wird vor Ort gelebt und für die Bürger*innen greifbar. Politische Teilhabe geht über den Gang zur Wahlurne hinaus. Wir GRÜNE wollen, dass die Bürger*innen dieser Stadt aktiv an politischen Prozessen teilhaben können. Dazu stärken wir solche Strukturen, die Bürgerbeteiligung ermöglichen und die Bevölkerung befähigen, sich schnell und unkompliziert in kommunalpolitischen Fragen einzubringen. Jede*r soll die Möglichkeit haben, Solingen ein kleines Stück nach vorne zu bringen. So schaffen wir eine lebenswerte Stadt, stärken den Zusammenhalt der Bevölkerung und machen Demokratie erlebbar.

5.1. Bürgerbeteiligung muss von Verwaltung gelebt werden

Wir GRÜNE wollen eine Verwaltungskultur, die Bürgerbeteiligung als Chance begreift, die die Bürgerschaft bei Projekten, Vorhaben und Verwaltungshandeln frühzeitig mitnimmt. Hierzu sind passende Beteiligungsformate durch die betreffenden Stadtdienste zu entwickeln und sollten von der Verwaltung selbst vorgeschlagen und eingefordert werden.



Konkret heißt das:

- Bürgerbeteiligung muss bei Projekten frühzeitig stattfinden, nach Möglichkeit sogar noch vor Einstieg in die Planungsphasen.
- Die gesamte Verwaltung muss sich in der Verantwortung sehen, die Bürger*innen zu beteiligen. Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung berät und unterstützt die Stadtdienste bei ihren Vorhaben.
- Bürger*innen müssen von der Verwaltung über Entwicklungen in der Stadt, über Beteiligungsprozesse und den Sachstand von Projekten regelmäßig informiert werden.
- Die Höhe des Budgets für Bürgerbeteiligung muss so gestaltet sein, dass eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung auch tatsächlich stattfinden kann.

Niederschwellige, unkomplizierte Online-Beteiligung für alle Solinger*innen

Bereits jetzt existiert die Beteiligungswebsite „SOLINGEN REDET MIT!“. Dort können Bürger*innen in einer Ideenliste ihre Ideen für die Solinger Politik präsentieren. Online-Beteiligungsformate erfreuen sich dabei einer zunehmenden Beliebtheit. Diesen Ansatz wollen wir weiter stärken!

Konkret heißt das:

- Die Website „SOLINGEN REDET MIT!“ und die Ideenliste werden mit einer Werbeoffensive in der Stadtgesellschaft bekannter gemacht.
- Die Online-Anwendungen werden nutzerfreundlicher und für alle barrierefrei gestaltet.
- Die Bürger*innen sollen weiterhin die Möglichkeit besitzen, ihre Ideen auch per E-Mail oder Post einzureichen.
- Es wird dafür gesorgt, dass eingereichte Ideen von einem Bürgerforum, wie z. B. dem Beirat Bürgerbeteiligung, beraten und ggf. in Fachausschüssen eingebracht werden.
- Es wird ermöglicht, dass Befragungen über die Beteiligungswebsite durchgeführt werden, um Meinungen und Erfahrungen der Bürger*innen zu politischen Vorhaben einzuholen.



- Die Verwaltung informiert auf der Beteiligungswebsite über ihre Arbeit, den Sachstand von Projekten und die Ergebnisse von Beteiligungen.

5.2. Beiräte und Bezirksvertretungen stärken

Schon seit einigen Jahren hat Solingen einen **Beirat für Bürgerbeteiligung**. Trotz der Bedeutung von Bürgerbeteiligung erhält der Beirat noch immer nicht die Aufmerksamkeit und den Stellenwert, den er verdient. Das wollen wir GRÜNE ändern und den Beirat weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir auch die weiteren Beiräte sowie die Bezirksvertretungen stärken.

Konkret heißt das:

- Der Beirat soll zukünftig in „Bürgerforum“ umbenannt werden. Dadurch wird seine Nähe zur Bevölkerung und seine politische Unabhängigkeit deutlich.
- Wir wollen eine Evaluation der Arbeit des Beirats Bürgerbeteiligung und wollen anschließend alle Maßnahmen umsetzen, welche die Beteiligungschancen von Bürger*innen verbessern. Gegebenenfalls ist seine Besetzung zu verändern und sind die Bürger*innen dort stärker (z. B. durch sozialstrukturell quotierte Losverfahren zur Besetzung, niedrigschwelligere Arbeitsweisen) zu beteiligen.
- Wir halten es für wichtig, dass der Beirat häufiger als viermal pro Jahr tagt, seine Mitglieder regelmäßige Schulungen bekommen und für ihre Teilnahme an den Sitzungen Aufwandsentschädigungen erhalten.

Ein Bürgerforum für Solingen

Bisher hatte der Beirat vor allem die Aufgabe, Bürgerbeteiligung bei wichtigen Themen zu planen, wirkte aber nicht aktiv auf die Solinger Kommunalpolitik ein. Das neue Bürgerforum soll fundiertere, klar definierte Aufgaben erhalten und Solingen wie auch die Beteiligungsprozesse aktiv mitgestalten.

Konkret heißt das:

- Das Bürgerforum kann Stellung zu beliebigen politischen Vorhaben beziehen.
- Es kann eigene politische Ideen entwickeln, die den Fachausschüssen vorgelegt werden.



- Das Bürgerforum wird weiterhin in die Planung von Beteiligungsprozessen eingebunden.
- Es berät über Vorschläge, die Bürger*innen über die Ideenliste einreichen und kann hierzu Vorschläge übernehmen bzw. selbst vorschlagen. Diese sind den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen.

Beiräte, die Solingen gestalten

Auch die weiteren Beiräte unserer Stadt geben Bürger*innen eine Stimme, bringen Fachwissen ein und vertreten die Perspektiven unterschiedlichster Gruppen. Ob Fahrgastbeirat, Jugendstadtrat, Beirat für Menschen mit Behinderung oder Seniorenbeirat: Für die politische Teilhabe der Menschen dieser Stadt sind all diese Gremien unverzichtbar. Deshalb wollen wir GRÜNE sie auch in Zukunft stärken und fest in der Stadtgesellschaft und der Kommunalpolitik verankern.

Konkret heißt das:

- Wir wollen eine intensivere Einbindung von Beiräten schon im Vorfeld von Planungen.
- Über Ziele und Beschlüsse der Beiräte soll verstärkt in den politischen Gremien und in der Öffentlichkeit informiert werden. Dazu erhalten die Beiräte eigene Webauftritte auf der städtischen Website und können dort ihre Arbeit darstellen.
- Die Teilnahme und das Engagement in Beiräten soll durch die Stadt beworben werden.
- Mitglieder des Beirates erhalten für die Teilnahme an Sitzungen Aufwandsentschädigungen. Sie werden von der Stadt mit eigenen Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen ausgestattet.
- Der Stadtrat soll einmal jährlich gemeinsam mit dem Jugendstadtrat tagen und dort über jugendrelevante Themen debattieren.

Starke Bezirksvertretungen für starke Stadtteile

Die fünf Bezirksvertretungen sind eine tragende Säule der Solinger Kommunalpolitik. Ihre Mitglieder kennen die Bedürfnisse der Stadtteile am besten, sind kommunal vernetzt und wissen, was die Bürger*innen bewegt.



Deshalb sollen sie erhalten bleiben und mehr Verantwortung sowie Entscheidungskompetenz erhalten.

Konkret heißt das:

- Die Bezirksvertretungen sollen mehr Aufgaben und Entscheidungsrechte (z. B. über Beteiligungsverfahren bei Bebauungsplänen) übertragen bekommen.
- Wir wollen die Budgets sowie die freien Mittel für die Förderung von Vereinen und Initiativen vor Ort erhöhen und zukünftig regelmäßig überprüfen.
- Die Bezirksvertretungen sollen im politischen Prozess aktiver eingebunden werden. Die Beteiligung der Bezirksbürgermeister*innen ist nicht gleichzusetzen mit der Beteiligung der gesamten Bezirksvertretung.

6. Für uns alle: Umwelt, Klima und Natur schützen

Umwelt- und Naturschutz gehören seit jeher zum Kernanliegen der GRÜNEN in Solingen. Eine intakte Natur mit Wäldern, Wiesen und Biotopen ist nicht nur Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern sichert auch unser Trinkwasser, wirkt dem Klimawandel entgegen und bietet Erholung für die Menschen in der Stadt.

Doch diese natürlichen Lebensgrundlagen sind bedroht: Die weltweite Biodiversitätskrise macht auch vor Solingen nicht halt. Der dramatische Rückgang von Insekten, Vögeln und Amphibien gefährdet das ökologische Gleichgewicht – fast 50% der Arten in NRW gelten bereits als gefährdet.

Diese Entwicklung ist eng mit dem Klimawandel und unserer Lebensweise verknüpft. Gerade deshalb brauchen wir **mehr Bewusstsein für den Wert von Natur** – auch im direkten Lebensumfeld. Innerstädtische Grünflächen, Bachtäler und Baumalleen verbessern das Stadtklima, filtern Luft und kühlen in Hitzesommern die Siedlungsbereiche. Solingens dezentrale Struktur und die Nähe zu grünen Tälern bieten dabei wertvolle Chancen, die wir erhalten müssen.

Der **fortschreitende Flächenfraß** bedroht die Täler und den einzigartigen Grüngürtel rund um Solingen. Wenn wir nicht entschieden gegensteuern,



verlieren wir ein zentrales Merkmal unserer Stadt – und mit ihm die Grundlage für ein gesundes Leben.

6.1 Naturschutz und Artenvielfalt

Die reichhaltige Ausstattung von Solingen an attraktiven Natur- und Landschaftsschutzgebieten wurde in der Corona-Krise intensiv zum befreienden „Durchatmen“ genutzt. Natur bietet Erholung, die Möglichkeit zur Steigerung der Abwehrkräfte durch Radfahren oder Joggen und zum gemeinsamen spielerischen Naturerleben mit der ganzen Familie. Die Erholungsfunktion durch den Erhalt zusammenhängender, unverbauter Landschaftsräume zu erhalten ist für uns daher wichtiger Auftrag aus den Lehren der Corona-Pandemie.

Zugleich bringt die massive gesellschaftliche Nutzung die heimische Natur an ihre artenbezogene Kapazitätsgrenze. Die Nutzung von Wiesen und Waldlichtungen fernab der Wege führt zu einer Belastung heimischer Tierarten, die aus ihren Brut- und Reproduktionsräumen verdrängt werden, das wilde Befahren und Betreten von Schutzgebieten zerstört wertvolle Standorte heimischer Pflanzen oder führt zu extremer Bodenerosion in Hangbereichen.

Es braucht ein **schlüssiges, und selbsterklärendes Nutzungsmanagement in Solinger Naturschutzgebieten** und es ist ordnungsrechtlich sicherzustellen, dass die einerseits seltenen Tier- und Pflanzenarten die notwendigen, vom Menschen unberührten Ruhe- und Rückzugsräume erhalten bleiben und andererseits die Menschen die Erholungsfunktionen der Natur weiter für sich nutzen können.

Für den Erhalt der Vielfalt von Tieren, Pflanzen und deren Lebensräumen

Der Schutz der Biodiversität ist zwingend notwendig, da der Verlust an Artenvielfalt immer gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und damit unserer Lebensgrundlagen. Deshalb muss er ins Bewusstsein gebracht und systematisch in alle relevanten Politikfeldern integriert werden. Dies gilt insbesondere für die **Ökologisierung**



der Land- und Waldwirtschaft und für die Erhaltung und Entwicklung von Trittsteinbiotopen im innerstädtischen Raum.

Konkret heißt das:

- Die **personelle Stärkung des Stadtdienstes Natur- und Umwelt** zur Umsetzung der notwendigen gesetzlichen Naturschutzarbeiten um zwei Stellenäquivalente. Dazu sind auch gezielte Einwerbungen von EU-, Bundes- und Landesfördermitteln notwendig, um z. B. Personal zur Aufstellung des Landschaftsplans einsetzen zu können.
- Ergebnisse von naturschutzrelevanten Gutachten (z. B. Amphibiengutachten) in zukünftigen Konzepten zur Pflege und Erhaltung der Natur berücksichtigen.
- Zwei Stellenäquivalente für Akquise und Umsetzung von Förderanträge Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Klimaschutz muss Pflichtaufgabe werden und dafür sollte die Stadt sich einsetzen.
- **Eine massive Aufstockung der Gelder** für konsumtive Mittel für Klimaschutz und Klimaanpassung um rund 500.000 EURO.
- Die Beibehaltung und Stärkung des Beirats „Nachhaltige Kommune“ und des Stabs „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“.
- Die praxisbezogene **Unterstützung der ehrenamtlich arbeitenden Umwelt- und Naturschutzverbände** sowie der umweltpädagogischen Arbeit der Waldschule Solingen.
- Die **Sicherung und Stärkung der Arbeit der biologischen Station** „Mittlere Wupper“ als wichtiger kommunaler Partner und Moderator bei Fragen des Biotop- und Artenschutzes.
- Einen **übergreifenden Biotopschutz von Offenland, Wald und Gewässerkomplexen** sowie eine den neuen Anforderungen an den Biotop- und Artenschutz gerecht werdende Fortschreibung des Landschaftsplanes.
- Dazu gehören auch die **Ausweisung und Entwicklung großflächiger, unzerschnittener Naturräume** zum Erhalt überlebensfähiger Tier- und Pflanzengesellschaften sowie die Ausweisung so genannter Prozessschutzflächen, in denen sich Wald und Grünland ungestört entwickeln können.



- Schutzwürdige oder entwicklungsfähige Gebiete sollten zur dauerhaften Sicherung angekauft werden, damit unser Naturerbe auch künftigen Generationen erhalten bleibt.
- Die Anreicherung von Parks, Grünanlagen und Wiesen mit einheimischen Wildblumen sogenanntem Regionalsaatgut.
- Die **Umwandlung von Schotter-Vorgärten** in blühende Vorgärten und Gärten, denn Schottergärten sind landesweit bereits seit 1.01.2024 verboten.
- Ein **Verbot der Ausbringung von Pestiziden** (wie Glyphosat) und Festschreibung biologisch nachhaltiger Bewirtschaftung beim Abschluss von städtischen Pachtverträgen (mit Kleingärtner*innen, Landwirt*innen, Tierhalter*innen).
- Die **Überprüfung und Entwicklung eines kreisübergreifenden Kulturlandschaftsprogramms** der Stadt Solingen mit den Nachbarkommunen Remscheid und Wuppertal zur verbesserten Einwerbung von Landesmitteln zur naturverträglichen Bewirtschaftung und entsprechenden Honorierung von Landwirten im Bergischen Städtedreieck.
- Eine **verbesserte finanzielle Ausstattung der Öffentlichkeitsarbeit im Umweltbereich** (Insektenschutz, Verhinderung von Vogelschlag, Baumschutz, Erklärung von ökologisch sinnvollen Umbau- und Pflegemaßnahmen) im städtischen Haushalt vorsehen.

6.2 Für den Schutz von Wäldern, Straßenbäumen und Baumalleen

Von den 8.900 ha Solinger Fläche wird rund ein Viertel durch Wald bedeckt. Wir GRÜNE wollen den Wald als ein naturräumlich und historisch prägendes Element der Stadt Solingen schützen und erhalten. Der Wald nimmt neben seiner wirtschaftlichen Bedeutung als Holzlieferant auch zahlreiche volkswirtschaftlich bedeutsame Funktionen ein. Zu nennen sind hierunter beispielsweise Erholungsraum, Wasserrein- und -rückhaltung, Erosionsschutz, Luftreinhaltung, Kühlung des Lokalklimas und der wertvolle Lebensraum für viele an den Wald gebundene Tier- und Pflanzenarten vom Feuersalamander bis zum Uhu.

Eine wichtige Funktion für besonders anspruchsvolle, teils hochspezialisierte Arten übernehmen dabei sogenannte **Wildniswälder**. Wildnis erfüllt vielfältige



Funktionen für den Menschen und ist gleichfalls ein notwendiger Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Der 2005 rechtskräftig gewordene Landschaftsplan hat hier eine wichtige Grundlage gelegt, aus der heraus in den vergangenen 10 Jahren bedeutsame Maßnahmen für den Biotop- und Artenschutz umgesetzt werden konnten.

Innerstädtisch und auch im städtischen Außenbereich nehmen aber auch prägende Einzelbäume und Baumalleen wichtige ökologische Funktionen ein als **Brutraum** für Vögel, Leitstruktur für Fledermäuse und Schattenspender für Mensch und Tier.

Infolge der Dürreperioden 2018 und 2019 sowie durch den Menschen eingeschleppte Viren, Pilze und Schadinsekten steht der Waldbestand jedoch vor dramatischen Zeiten. Allen fallen die rasant absterbenden Fichtenbestände ein, aber auch bereits erste Buchen und andere Laubhölzer sterben ab oder lassen vorzeitig das Laub fallen. Die extrem schlechten Grundwasserwerte und das hierdurch gestörte Bodenleben, dessen Wiederaufbau selbst bei günstiger Witterung mehrere Jahre benötigen wird, und die explosionsartige Vermehrung des Borkenkäfers lässt die im Wald arbeitenden Menschen in einen schier aussichtslosen Wettkampf mit der Zeit eintreten.

Konkret fordern wir also:

- Die **Schaffung einer Stelle im Bereich des Kommunalforsts** zum Management des klimaplastischen Solinger Waldes (Leitbild für die zukünftige Waldentwicklung) und entsprechende Einwerbung von Fördermitteln.
- Die Maßnahmenumsetzung im Rahmen des 2021 erstellten **Konzepts zum Umbau der Wälder**, zum Schutz und zur Entwicklung besonders geschützter Waldlebensraumtypen insbesondere in FFh- und Naturschutzgebieten sowie die Entwicklung klimaplastischer Laubmischwälder mit standortheimischen Baumarten.
- Die **Ausweisung von 5% der kommunalen Waldflächen als Wildniswald** sowie die Ausweisung und Markierung von Biotopbäumen als Lebens- und Reproduktionsraum von Vögeln und Fledermäusen.



- Die **Erhaltung und Erweiterung von Alleen** in unserer Stadt durch Baumpflege und Nachpflanzungen zur Anpassung an den Klimawandel, die Baumneupflanzungen in baumlosen Straßenzügen sowie das Angebot von Baumpatenschaften.
- Die **Schaffung von Tiny Forests**, wo sich die Möglichkeiten dafür ergeben, besonders in von Hitze betroffenen Stadtteilen.
- Die Beibehaltung der Solinger Baumschutzsatzung.

6.3 Für einen sorgsamen Umgang mit der Ressource Wasser

Wasser ist lebensnotwendig für den Menschen und gehört in öffentliche Hand. Angesichts der langanhaltenden Dürreperioden infolge des Klimawandels wird nun deutlicher als je zuvor, wie wichtig eine ausreichende Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand ist.

Zugleich macht sich in den Stillgewässern der Klimawandel in den vergangenen Jahren mit absinkendem Grundwasserspiegel, dem Austrocknen von Amphibiengewässern und bei fehlender Schüttung von Quellbächen dramatisch bemerkbar.

Viele auf Gewässer angewiesene Tier- und Pflanzenarten stehen vor dramatischen Bestandseinbußen bis hin zum Aussterben und auch die Trink- und Brauchwasserversorgung des Menschen muss sich auf herausfordernde Zeiten einstellen.

Wir GRÜNE wollen auch weiterhin, dass in Solingen eine **sichere Trinkwasserversorgung mit hoher Gewässergüte** gewährleistet werden kann und das Gewässersystem auf den Klimawandel vorbereitet wird.

Konkret heißt das:

- Dass auch in Zukunft die **Trinkwasserversorgung der Solinger Bürgerschaft aus drei unterschiedlichen Wasserquellen** erfolgt: dem Gemeinschaftswasserwerk Bergischer Trinkwasserverbund Dhünnstalsperre, der Stadtwerke eigenen Sengbachtalsperre und dem Gemeinschaftswasserwerk Baumberg mit den Stadtwerken Hilden.
- **Die Qualität des Solinger Trinkwassers wird weiter gesichert** und verbessert. Der Schutz der Sengbachtalsperre durch den umgebenden



- Wald- und Landschaftsgürtel ist wichtig. Hierzu sollten die Flächen der Trinkwasserschutzzone 1 gekauft und als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.
- Das Gebiet des Wasserwerks Baumberg wird als Wasserschutzgebiet ausgewiesen.
 - Der Stadtrat setzt sich weiterhin **gegen EU-Bestrebungen zur verstärkten Privatisierung der Trinkwasserressourcen** ein und macht dies auch in den kommunalwirtschaftlichen Verbänden gegenüber den diversen Regierungsstellen deutlich.
 - Die **vorhandenen Wasserläufe werden geschützt**. Von daher muss im Rahmen der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie die Durchgängigkeit der Wupper und ihrer Nebenflüsse durchgesetzt und die Renaturierung der Solinger Bäche aktiv fortgesetzt werden. Gleichzeitig bieten Bäche und Flüsse mit ihren natürlichen Auen neue Wege, um den Anforderungen an die kommunale Entwässerung durch vermehrte Starkregenereignisse im Rahmen des Klimawandels zu begegnen. Erste Beispiele neuer Entwässerungsstrategien im Einklang mit der Natur finden sich bereits in Solingen, etwa im Weinsberger Bachtal. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.
 - Die Stadt Solingen stellt einen **ökologischen Strategieplan Gewässerschutz** unter Einbindung der im Arten- und Gewässerschutz bedeutsamen Akteure (Wasserverbände, Biologische Station u.a.) auf, um dem im Rahmen des Klimawandels verstärkt auftretenden Fließgewässerextremsituationen, Austrocknen von Biotopschutzgewässern und dem Austrocknen von auf einen entsprechenden Grundwasserspiegel angewiesenen Biotopstrukturen und CO₂- Senken wie Feuchtwiesen und Moore entgegenzuwirken.
 - Der bundesweit nahezu einmalige **lineare Tarif für Trinkwasser**, der nach dem realen Verbrauch abrechnet, wird beibehalten.
 - Eine öffentlich zugängliche Datenbank über Wasserentnahme wird eingerichtet.
 - Den in der Wupper und andere Solinger Fließgewässer eindringenden **Neozoen** (mit menschlicher Einflussnahme neu etablierte Tierarten) wird gezielt entgegengewirkt.



Einführung eines Versickerungskonzepts

Die Abwassersituation in Solingen hat sich durch das 1988 von den Grünen mit beschlossene Abwassersanierungsprogramm seither deutlich verbessert. So vermeidet die Einführung der Trennkanalisation von Brauch- und Regenwasser beispielsweise den Bau von groß dimensionierten teuren Regenüberlaufbecken und Kanälen, die immer einen massiven Eingriff in die Natur darstellen. **Ziel ist es, Regenwasser auf Grundstücken versickern zu lassen und geregelt den Bächen zuzuführen.**

Um Wasser als Ressource zu schonen, braucht es ein ortsnahe Versickerungskonzept.

Konkret heißt das:

- **Wege und Parkplätze mit wasserdurchlässigen Decken bauen:** Das vermeidet im Übrigen auch den Bau größerer (teurerer) Kanalbauten.
- **Bestehende Flächen - wo immer möglich – entsiegeln:** Dafür sollte ein aktives Entsiegelungsprogramm aufgestellt werden. Die Einführung einer getrennten Abwassergebühr (Schmutzwasser- und Regenwassergebühren) auf grüne Initiative hin, hat Wirkung gezeigt. Dieser Kurs muss weiterverfolgt werden.
- Wir brauchen ein **Anreizsystem zur Anlage von Zisternen** und anderen Regenwassernutzungen, die die Klärwerke entlasten, den Grundwasserspiegel stabilisieren und das Austrocknen unserer Bachtäler verhindern helfen.

6.4 Für konsequenten Klimaschutz

Wie die zunehmenden Extremwetterlagen infolge des Klimawandels unser tägliches Leben verändern können, davon bekam man mit dem Orkan „Kyrill“ im Januar 2007, den Hitzeperioden im Sommer 2006 und 2013 aber auch den antizyklischen Hochwasserereignissen im Mai 2006 und September 2007 eine sanfte Vorahnung. Sturm „Friederike“ im Jahr 2018 und die Extremdürrejahre 2018, 2019 und 2020 und **jährliche Rekorde bei den Durchschnittstemperaturen** machen mittlerweile die gesamte Dramatik und Geschwindigkeit des menschengemachten Klimawandels deutlich.

Für die Schaffung von Wildnisflächen



Eine andere nicht so bekannte, aber sehr wirkungsvolle Maßnahme, um in Deutschland langfristig etwas für den Klimaschutz zu tun, wurde sogar vor Jahren von einer deutschen Bundesregierung in einem bemerkenswerten Naturschutzgesetz festgeschrieben. 2 Prozent der in Deutschland existierenden Waldfläche sollte in einigen Jahren in eine **reine Wildlandschaft** umgewandelt werden, und dies ohne irgendwelchen menschlichen Einfluss! Bisher wurden jedoch nur gerade mal 0,6 Prozent der Zielvorgabe erreicht.

Wir GRÜNE wollen Teile des Solinger Waldes als **Wildniswald** in diesen ehrgeizigen Plan mit einbeziehen. Entsprechende Überlegungen wurden bereits bei der „Biologischen Station Mittlere Wupper“ angestellt, so dass auch wir hier vor Ort aktiven Umweltschutz durch „Nichteinmischung“ betreiben könnten.

Für (Klima-)Gerechtigkeit

Um das alles umzusetzen, also einen wirklich nachhaltigen Klimaschutz zu implementieren und zu praktizieren, brauchen wir stabile Gesellschaften, in denen Gerechtigkeit herrscht! Wir GRÜNE wollen **soziale und ökologische Gerechtigkeit!** Und zur sozialen gehört auch die Bildungsgerechtigkeit wie auch eine gerechte Verteilung von Kapital und lebensnotwendigen Ressourcen.

Auch global denken wir Gerechtigkeit mit: Industrienationen wie wir tragen Verantwortung gegenüber ärmeren Ländern – durch faire Partnerschaften, direkte Hilfen und Unterstützung beim Aufbau klimafester Strukturen.

Konkret heißt das:

- Das Klimaschutzprogramm der Stadt wird mit deutlich stärkeren personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet und konsequent umgesetzt, um die Maßgaben aus dem Zielkonzept Klimaneutrales Solingen und dem energiepolitischen Arbeitsprogramm auch wirksam umsetzen zu können.
- Die Ergebnisse und Hinweise des im Auftrag der Stadt Solingen und des Landes NRW durch die Biologische Station erstellten Berichtes zur Ermittlung klimasensibler Biotoptypen und Entwicklung naturbasierter Maßnahmen zur Klimaanpassung in Solingen im Rahmen einer



Maßnahmen-Priorisierung zeitnah zur Stärkung der natürlichen Resilienz umzusetzen.

- Die jeweils aktuell nachhaltigsten Standards bei der energetischen Gebäudesanierung werden festgeschrieben und realisiert. Hier hat die Stadt mit ihrem Gebäudebestand Vorbildfunktion.
- Die im Klimamanagementplan der Städte Remscheid und Solingen vorgeschlagenen Maßnahmen, die im energiepolitischen Arbeitsprogramm mit aufgenommen sind, werden systematisch umgesetzt.
- Integrierte Klimaschutzmaßnahmenplanung im technischen Umweltschutz (Gebäudesanierung, Emissionsminderung etc.) und Naturschutz (Erhaltung und Schaffung von CO₂-Senken, Verbesserung des Stadtklimas durch Bäume, Wasserflächen etc.), zu denen bereits auch Konzepte vorliegen, werden umgesetzt.
- Der Informationsaustausch zwischen den Kommunen und die Vergabe gemeinsamer Gutachten zu Themen des Klimaschutzes wird gefördert. Solingen ist hier gut vernetzt. Diese Netzwerkarbeit ist auch zukünftig fortzuführen und zu stärken.
- Die Interessen der amazonischen Indianervölker an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage, durch Titulierung und nachhaltige Nutzung ihrer Territorien im Rahmen der Solinger Mitgliedschaft im Klimabündnis unterstützten.
- Projekte, wie die Junge Expertise, sind zu fördern, damit die Jugend Kontakt und Erfahrungen mit Ländern des globalen Südens sammeln kann.

6.5 Für verbesserte Luftqualität

Ein erheblicher Anteil beim Kampf für den Klimaschutz ist zweifelsohne die Qualität unserer Ressource Luft. Sie ist eines unserer wichtigsten Elemente überhaupt. Vor knapp 20 Jahren, 2006, zeigten Messungen im Rahmen von Ermittlungen der Luftgüte im Stadtgebiet von Solingen mit Flechten als Bioindikatoren, dass die **Luftqualität auch in weiten Bereichen Solingens nur „mäßig“** war. Ob heute Verbesserungen nachgewiesen werden könnten, dazu bräuchte es erneute Messungen.

Neben natürlichen Ursachen ist vor allem der Mensch für die derzeitige Luftverschmutzung verantwortlich. Schadstoffe in der Luft kosten hunderttausenden Menschen das Leben.



Wir GRÜNE wollen eine **Absenkung der derzeit gültigen Grenzwerte**. Die EU in Brüssel hat dazu im Dezember 2024 eine neue Luftqualitätsrichtlinie in Kraft gesetzt, wonach die mehr als 20 Jahren alten Grenzwerte 2030 durch strengere Grenzwerte abgelöst werden. Aber auch diese Grenzwerte nähern sich nur schrittweise den niedrigeren WHO-Grenzwerten an. Diese zum Maßstab zu nehmen, ist als längerfristiges Ziel definiert. Damit liegt auch für Solingen zukünftig ein Instrument zur Eindämmung der Luftschadstoffe vor.

Die Luft ist auch in Solingen durch Autoabgase, Schwermetalle oder Ozon belastet. Luftreinhaltung und Klimaschutz sind daher wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Umwelt, der Anspruch an kommunales Handeln ist entsprechend hoch.

Aber auch mit einer **konsequent umgesetzten und nachhaltigen Verkehrspolitik**, wie im IMKS auch strategisch und mit Maßnahmen hinterlegt, lassen sich die von uns auch in der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen propagierten Klimaschutzziele erreichen. Die erfolgreiche Umsetzung der dortigen, durch das neuere Konzept Klimaneutrales Solingen 2040 zudem konkretisierten Ziele, ist über da beschlossene Berichtswesen in sinnvollen Zeitabständen nachzuhalten.

Wir GRÜNE befürworten daher auch konkret eine **Verstärkung von Geschwindigkeitskontrollen** sowie eine **stärkere Überprüfung der Luftschadstoffe** infolge von privat und industriell verursachten Verbrennungsvorgängen in der mittelbaren und unmittelbaren Umgebung.

Besonders wirksame Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes und der Luftreinhaltung sind auch die **Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien in Solingen** und die **energetische Gebäudesanierung**.

Wir wollen, dass der Öffentlichkeit bei gesundheitskritischen Schadstoffbelastungen in der Luft (z. B. hohe Ozonwerte bei hoher Sonneneinstrahlung im Sommer) aktuelle stadtteilbezogene Informationen durch einen **online abrufbaren Luftbelastungsmonitor** gegeben wird. Die



Luftumweltdaten sollten über Smart City auf die stadtweit aufgestellten Stelen eingespielt werden.

Durch geeignete Maßnahmen sind zudem **Wärmeinseln zu vermeiden** und die Frischluftzufuhr aus den Talbereichen muss für die Stadtteile erhalten bleiben. Absperrende Bebauung sind zu unterlassen. Alle diese Maßnahmen sollen in einem Hitzeplan für Solingen münden.

6.6 Flächenverbrauch stoppen

Wir fordern die Ausweisung von Neubauf Flächen auf außerhalb der Stadtbiotope gelegenen Stadtbrachen statt auf der grünen Wiese sowie die **Förderung der Mehrgeschossigkeit bei Wohn- und Gewerbebauten**. Aktiver Umweltschutz heißt deshalb für uns dafür Sorge zu tragen, dass ökologische Schäden gar nicht erst entstehen. Die **nachträgliche Reparatur von Umweltschäden** (Überflutungen durch Hochwasserereignisse, Sturmschäden, Schadstoff-Belastung von Gebäuden, Altlasten) ist meist nur notdürftig und **wesentlich kostspieliger** als ihre rechtzeitige und konsequente Vermeidung.

Grünflächen gibt es in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren momentan kaum. Auch in den Außenbereichen sowie im Solinger „Grüngürtel“ müssen bestehende Flächen erhalten werden. Insgesamt fordern wir eine **Netto-Null-Flächenversiegelung**.

Konkret heißt das:

- Die **konsequente Umsetzung der „Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen“** sowie des „Masterplan grünes Städtedreieck“. Hierzu bedarf es ausreichender personeller und finanzieller Ausstattung.
- Die **aktive Einbeziehung der Naturschutzverbände** bei der Fortschreibung des Landschaftsplans (LP) und des Flächennutzungsplans (FNP) sowie bei der Erstellung des Grün- und Freiraumplans. Der LP soll vor dem FNP entwickelt werden, damit die Wertigkeit der Naturflächen im Außenbereich Orientierung bei der Festlegung der Flächen im FNP sind.
- Eine Fortschreibung der Stadtklimaanalyse sowie der Stadtbiotopkartierung.



- Die **Umsetzung der Maßnahmen aus dem energiepolitischen Arbeitsprogramm**, die auf das Ziel des Zielkonzepts „Klimaneutrales Solingen 2040“ einzahlen.
- Keine Errichtung neuer Gewerbegebiete im Naturraum, sondern die **Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebrachen**.
- Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebiete im Flächennutzungsplan.
- **Erhalt des Landschaftsschutzgebiets Buschfeld** in Wald und Streichung seiner Ausweisung als Gewerbegebiet im Regionalplan.
> Erfolg ist, dass dazu auf Antrag der Stadt Solingen ein Beschluss im Regionalrat herbeigeführt werden konnte.
- **Ausweisung der Landschaftsbereiche** Piepersberg West und Fürkeltrath II in Gräfrath sowie Keusenhof in Ohligs **als Landschaftsschutzgebiet** und ökologische Aufwertung.
- Verfolgung einer **effektiveren Flächennutzung**, unter anderem durch mehrgeschossiges Bauen, und die Inanspruchnahme ökologisch unbedenklicher Baulücken.
- Bauvorhaben auf unversiegelten Flächen sollen mit der **Begrünung von versiegelten Flächen ausgeglichen** werden.
- Eine verpflichtende Begrünung von länger als zwei Jahren brachliegender Flächen.
- **Aktualisierung des Landschaftsplans**, der Stadtbiotopkartierung und der Stadtklimaanalyse sowie Entwicklung eines Freiflächenentwicklungskonzepts.
- Berücksichtigung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie bei der Auswahl potenzieller Bebauungsplangebiete.
- Prüfung der **Auswirkungen potenzieller Bebauung auf das Stadtklima**, auf Frischluftentstehungsgebiete und -schneisen sowie auf den Biotopverbund.
- **Klimaangepasste Stadtentwicklung im Bestand** sowohl bei Wohn- wie auch bei Gewerbegebieten und die Entwicklung von Modellprojekten. > Bezüglich der Gewerbegebiete sind bereits im Masterplan Arbeit und Wirtschaft entsprechende Maßnahmen für die Gewerbegebiete aufgeführt.
- **Erhalt von Grünanlagen**.
> Ein Erfolg ist der Erhalt der Kleingartenanlage Bussche-Kessel-Weg in Ohligs.



- Einen vollständigen und einen dauerhaften **Erhalt des Gustav-Coppel-Parks** am Kannenhof, der in der Vergangenheit immer wieder von Plänen für einen Teilverkauf bedroht wird.
- **Schaffung von Wiesen mit artenreichem und regionalen Saatgut** und Pachtverträge mit Pestizidverbot auch bei kleinen Flächen sowie die Bepflanzung von innerstädtischen Grünflächen mit bienen- und insektenfreundlichen Wildblumen, da diese den Lebensraum für existenziell wichtige Lebewesen sichern.
- **Erhöhung des Flächenentsiegelungsanteils** im Bestand und eine diesbezügliche Festschreibung bei Neubauprojekten.

6.7 Vermeiden, Vermindern, Verwerten

An erste Stelle steht die Müllvermeidung. Die **Bewusstseinsbildung für Müllvermeidung** ist daher ein wesentlicher Ansatz einer zukunftsfähigen Abfallpolitik. In Solingen laufen dazu über die enge Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, des Stabs „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ sowie Verbraucherberatung vielfältige Aufklärungsaktionen in Kitas, in Schulen und in Informationskampagnen für die Öffentlichkeit.

Nach der Müllvermeidung verfolgen wir GRÜNE mit der Verminderung die Strategie, die Erhaltung und Langlebigkeit von Produkten zu sichern. Auch hier ist ein Bewusstsein zu unterstützen, was auf den Kauf hochwertiger Produkte setzt, die dann mit ihrer Qualität auch länger in Gebrauch sein können. Wir unterstützen die **Ziele zur Müllreduzierung** gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie, in Folge derer die Restmüllmenge gegenüber dem Jahr 2014 in 2023 um 5 Prozent gesunken ist.

Reparatur bzw. Repair Cafés und Tauschbörsen sind zu unterstützen, z.B. über die Gläserne Werkstatt. Auch die Einführung von Café-to-go Mehrwegsystemen ist an dieser Stelle positiv hervorzuheben. Dies sind alles Formate, die wir GRÜNE unterstützen.

Die Wiederverwertung von Papier ist ressourcenschonend. Anders stellt sich die Situation bei den Kunststoffen in der gelben Tonne dar. Hochwertige Wiederverwertung als Rohstoff scheidet wegen der Vielfalt der Kunststoffe meist aus, da diese nicht sortenrein zurückzugewinnen sind. Ein „Downcycling“,



das heißt die Herstellung minderwertigerer Produkte, ist in der Regel der übliche Kompromiss.

Die Entsorgung von **Biomüll** aus den Haushalten ist weiter anzubieten. Mit der Art und Weise, wie die Biomüllsammlung in Solingen organisiert wird, konnte bisher eine gute Qualität und Sortenreinheit des Abfalls gewährleistet werden. Am Ende stehen dann die energetische Verwertung und Entsorgung. Restmüllmengen, die wir nicht vermeiden und weiter verwerten können, werden mittels Müllheizkraftwerken so z.B. zum Brennstoff eines energieeffizienten Fernwärmesystems.

Wir GRÜNE wollen die **Entsorgung in öffentlicher Hand behalten**, damit wir auch Einfluss auf den Bereich bewahren. Daher werden wir uns allen Bestrebungen widersetzen, die Entsorgungsbranche weiter zu deregulieren oder sogar die Wettbewerbsbedingungen für kommunale Betriebe zu erschweren.

Konkret heißt das:

- Die Solinger Bürger*innen erhalten die Möglichkeit, ihren Müll umfangreicher zu trennen, z. B. Aluminium einzeln zu entsorgen.
- Anlaufstellen zur Müllbeseitigung mit entsprechenden Vorkehrungen und möglichst langen Öffnungszeiten für eine Abholung bereitzustellen, um Entsorgung in der Natur zu verhindern.
- Geprüft wird, inwiefern große Ketten wie z. B. Lidl, Aldi etc. mit in die Verantwortung genommen werden können, den Müll vor ihren Läden zu entsorgen (z.B. auch durch eine Verpackungssteuer).
- Die Stadt kann Müllsammel-Arbeitsgemeinschaften fördern und anstiften.
- Mehr Mülleimer werden aufgestellt, sei es an Orten, wo sich viele Menschen aufhalten, sei es z.B. die Innenstadt auf dem Neumarkt, oder an Eingängen von Parks und Waldanlagen.
- Dass Mülleimer stabil sind, ein großes Füllvolumen besitzen und ausreichend abgesichert und nicht brennbar sind.
- Die Stadtverwaltung entwirft Konzepte, um die Müllentsorgung attraktiver zu gestalten. Korbnetze an Fußgänger*innenampeln wären eine Verbesserung. Mülleimer könnten die Bürger*innen auch durch ein



interaktives Feedback ansprechen. Aus anderen Städten sind z. B. Aschenbecher bekannt, bei denen durch das Einwerfen der Zigarette eine Frage beantwortet werden kann. Andere Möglichkeiten wären Mülleimer mit Einwurf Sensoren, die sich nach dem Einwerfen des Abfalls bei den Nutzer*innen bedanken. Wir setzen uns für eine kreative Kampagne zum Thema Müllentsorgung durch die Stadt ein.

- Mülleimer werden regelmäßig geleert und auf ihre Funktionalität geprüft. Insbesondere braucht es Kippenmülleimer, die eine trockene Entsorgung sicherstellen. Gerade an Bushaltestellen, Ampeln und hochfrequentierten Stadtbereichen ist ein entsprechender Austausch umzusetzen.
- Dass es mehr Mülleimer mit Trennsystem gibt, wie z.B. im Hauptbahnhof.
- Kampagnen gegen wilde Müllkippen und ernsthafte Nachverfolgung von Verursachern (Stichwort Mülldetektive) werden gefördert.
- Die Förderung von zivilgesellschaftlichen Recyclingprojekten.
- Dass alle Mülleimer eine Abdeckung als Schutz vor der Entnahme des Mülls durch Vögel erhalten
- Die Mülleimer auf den kommunalen Friedhöfen, die momentan lediglich aus Löchern im Erdboden bestehen und kreisrund mit Betonwänden eingegrenzt sind, werden durch richtige Mülleimer mit Böden ausgetauscht. Durch die momentane Situation wird toleriert, dass Müll in der Natur liegt und Schadstoffe ins Grundwasser sickern. Außerdem müssen weitere ökologische Fragen, die Friedhöfe betreffen, gelöst werden. Aktuell wird dort die Natur durch Bodenversiegelungen und übermäßige Plastiknutzung stark in Mitleidenschaft gezogen.
- Unverpackt-Läden werden begrüßt, denn der beste Müll ist der, der gar nicht entsteht.
- Die Stadt fördert Recycling in der Kunst- und Kulturbranche und ruft Projekte, Konzepte und Events zum Thema Recycling ins Leben.
- Die Stadt entwickelt Konzepte, damit Müll auf Veranstaltungen wie z.B. dem Zöppkesmarkt weiter reduziert werden kann.
- Die Stadt rückt Nachhaltigkeit mehr in den Fokus und wirbt auf Festen, wie z. B. dem Dürpelfest für Nachhaltigkeit.

6.8 Landwirtschaft und Ernährung

In Solingen findet Landwirtschaft in Form von Ackerbau oder Weidenutzung weiterhin statt. Grünland und blühende Wiesen haben einen wichtigen Anteil



am Erhalt der vielfältigen bergischen Kulturlandschaft. Die Landwirtschaft liefert außerdem die **Grundlage für gesunde Nahrung aus der Region.**

Ökolandbau, wie er auch schon teilweise von den Betrieben durchgeführt wird, ist dabei ein wichtiger und nachhaltiger Ansatz zum Erhalt von Wasserqualität, Artenschutz und Artenvielfalt. Die Landwirtschaft dient auch der Kulturpflege und hilft u.a. die Bachtäler von den unerwünschten invasiven Arten (Neophyten) freizuhalten. Dies zusammen bildet eine gute Basis, um für die Zukunft noch weitergehende Maßnahmen zu begründen. Wir GRÜNE wollen diese **Melange aus Natur- und Kulturlandschaft erhalten und weiterentwickeln.**



Konkret heißt das:

- Eine notwendige Ausweitung von Personalstellen im Stadtdienst Natur und Umwelt wird dazu genutzt, vermehrt **Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen für Solinger Landwirte** anzubieten. Diese sollen dazu anleiten und anregen auf Ökolandbau umzustellen oder sich auf die Haltung von vom Aussterben bedrohter alter Haustierrassen zu interessieren und sollte Fördermöglichkeiten aufzeigen.
- Zusätzlich wäre ein **(Erfahrungs-)Austausch**, z. B. mit einem kommunalen Runden Tisch aller Landwirte gemeinsam mit den Naturschutzverbänden und den für die Biodiversitätsberatung zuständigen Institutionen (Landwirtschaftskammer und Biologische Station) in Solingen sinnvoll, um in Solingen das Bewusstsein für ein gemeinsames Interesse und gemeinsame Verantwortung für eine natur- und klimaschonende Landwirtschaft zu stärken.
- **Landwirtschaftliche Flächen bleiben erhalten**, denn sie sind wertvoll. Sie dürfen nicht wie bisher leichtfertig der Wohn- oder Gewerbebebauung geopfert werden. Landwirtschaftliche Betriebe sind den Gewerbebetrieben ebenbürtig. Sie schaffen Arbeitsplätze und erwirtschaften wichtige gesellschaftliche Werte. Die wenigen verbliebenen Haupterwerbs-Landwirte sollten stärker unterstützt werden.
- Beim Abschluss von städtischen Pachtverträgen wird **ein Verbot der Ausbringung von Pestiziden und Insektiziden** vertraglich vereinbart sowie eine biologische Bewirtschaftung, die Anlage von Blüh- und Ackerrandstreifen mit in die Verträge aufgenommen.
- **Langfristige Verträge** werden geschlossen, damit die Landwirte für ihren Betrieb sicher planen können. Insbesondere im Ökolandbau können die Anbauflächen nicht einfach ausgetauscht werden, da es mehrere Jahre dauert, bis eine Ökozertifizierung möglich ist.
- Landwirte, die schon **Ökolandbau** betreiben, werden bei städtischen Pachtverträgen stärker entlastet, so dass sie z.B. durch die höheren und wiederholten Kosten der Ökozertifizierung und ihre naturgemäß geringeren Erträge nicht in finanzielle Engpässe geraten und auch für konventionell arbeitende Landwirte eine potenzielle Umstellung attraktiver wird.



- Eine stärkere Bewerbung oder Unterstützung von Landwirten erfolgt, die eine „**solidarische Landwirtschaft**“ erproben:

Solidarische Landwirtschaft heißt, dass Menschen und Familien aus Solingen in einem begrenzten Rahmen auf dem Hof mitarbeiten und von diesem Bauernhof Gemüse und andere Feldfrüchte dafür bekommen. Alle Beteiligten, Kinder und Erwachsene, erleben so ganz direkt, welche Arbeit nötig ist, unsere täglichen Lebensmittel zu erzeugen. Diese Erfahrung weckt ein besonderes Verständnis für den Wert unseres Essens und die Arbeit eines landwirtschaftlichen Betriebes. Menschen, die in der herkömmlichen Landwirtschaft arbeiten, haben meist nur die Wahl entweder die Natur oder sich selbst auszubeuten.

Ihre Existenz hängt von Subventionen und den Markt- bzw. Weltmarktpreisen ab. Die solidarische Landwirtschaft weist hierzu einen alternativen Weg auf, den wir weiter unterstützen möchten.

- Die **regionalen Vermarktungssysteme** für heimische landwirtschaftliche Produkte sollen **stärker gefördert und ausgebaut** werden. Auf diese Weise schaffen wir auch mehr Absatzmärkte für den Ökolandbau. Die biologische Landwirtschaft, die ohne Mineraldünger, Pestizide und ohne gentechnisch veränderte Substanzen arbeitet, leistet einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaften im Einklang mit der Natur, zur Vernetzung von Biotopen und zum Erhalt der Artenvielfalt.
- Auf den Wochenmärkten werden mehr regionale, biologisch erzeugte und fair gehandelte Produkte angeboten. Hierdurch würden auch die Märkte für viele Kunden mehr an Attraktivität gewinnen.

„**Bergisch Pur**“ ist ein bekanntes Label für regionale Produkte der Bergischen Kulturlandschaft. Dieser Verbund engagierter bergischer Landwirt*innen, Metzger*innen und Schäfer*innen erzeugt hochwertige Produkte aus einer naturschutzorientierten Landwirtschaft. Die einzelnen Akteur*innen werden von den Biologischen Stationen des Bergischen Landes unterstützt. Auch diese Produkte können sehr gut auf den dann „nachhaltigeren Wochenmärkten“ angeboten werden. Die städtische Verwaltung kann ebenfalls hierzu beitragen, indem sie bei der Bewirtung von Gästen Produkte der Region wie „Bergisch Pur“ anbietet.



Für gutes Essen in allen Bereichen

Mit einer naturschützenden und giftfreien Landwirtschaft ist es auch möglich, gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Natürlich können die Bedarfe einer großen Stadt wie Solingen nicht allein aus der regionalen Landwirtschaft gedeckt werden. Darum ist es umso wichtiger, dass – nicht nur in allen städtischen Einrichtungen- darauf geachtet wird, dass die verwendeten Produkte nachhaltigen und fairen Kriterien entsprechen.

Solingen ist seit 2018 als **FairTrade-Stadt** zertifiziert. Das Zertifikat ist erneut und bis 2026 bestätigt worden. Das beinhaltet, dass die Stadtverwaltung mit ihren Kitas und vielen Beteiligten aus Einzelhandel und Gastronomie fair gehandelte Produkte verwendet oder anbietet. Dabei handelt es sich naturgemäß um Lebensmittel-Produkte. Diese sind inzwischen meist zu 100% aus Ökolandbau. Es ist wünschenswert, dass sich noch weitere Akteure wie Restaurants, Hotels, Kitas in freier Trägerschaft und Sozialverbände diesem Projekt anschließen. Eine im Aufbau befindliche **spezielle App für nachhaltigen Konsum** hilft in naher Zukunft Solinger BürgerInnen und Bürgern, ihre Einkäufe und Restaurantbesuche nach den Kriterien regional, bio und fair tätigen zu können.

Solingen muss aber trotz dieses guten Ansatzes noch stärker **gesunde, nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung** – vor allem in Kitas und Schulen, in den städtischen Kantinen, im Klinikum, in städtischen Einrichtungen der Pflege und Altenheimen als kommunale Aufgabe ansehen. Für eine schrittweise Umsetzung in den genannten Bereichen ist zu sorgen. Auch viele Bürger*innen nutzen die Angebote der städtischen Kantinen, so dass nicht nur an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gedacht werden muss. Die Zielsetzung ist, die Gesundheit von z.B. Kindern, Kranken und alten Menschen in den oben genannten Einrichtungen zumindest bei dem Faktor Ernährung zu unterstützen.

Wir GRÜNE wollen **ein frisches und vitalstoffreiches Essen**. Kitas, die eigenes Personal für die Küche angestellt haben, stellen fest, dass diese Form der Verköstigung sogar preisgünstiger und besser ist, als die benötigten Essen bei einem Caterer zu bestellen.



Neben dem Zusammenhang von Gesundheit mit vielen anderen Faktoren wie Lärm, Verkehrswesen, Wasserqualität und Grünflächen spielt die Ernährung auch eine zentrale Rolle. Dazu gehört auch die Anerkennung verschiedener Ernährungsformen wie vegetarische oder vegane Lebensweise. Ein zusätzliches Angebot ohne tierische Produkte trägt zudem eminent zum Klima- und Tierschutz bei (CO₂ Reduzierung).

Konkret heißt das:

- In den städtischen Kantinen und den anderen Orten der Gemeinschaftsverpflegung muss es als ständiges Angebot **vegetarische und vegane Mahlzeiten** geben sowie vollwertige Kost mit Nahrungsmitteln aus ökologischem Anbau.
- Auch den **Lebensmittelunverträglichkeiten** wird in der Gemeinschaftsverpflegung Rechnung in allen Bereichen des Konzerns der Stadt Solingen getragen.
- Mindestens 1x jährliche **Fortbildungen** werden **für Küchenleitungen** und **Küchenpersonal**, z.B. in den Bereichen vegetarische/vegane/allergene Küchenpraxis, angeboten. Diese sind sinnvoll und durchaus finanzierbar (z. B. Verband unabhängiger Gesundheitsberatung - UGB e.V.).
- Den Kindern wird, wenn möglich, in den Kitas und Schulen durch gemeinschaftliche Zubereitung gesundes Essen geboten.
- Nahrungsmittel sind keine Wegwerf-Ware. Ein überlegter Einkauf und Kreativität bei der Resteverwertung verhindern die Verschwendung von pflanzlichen und tierischen Produkten und dienen im weiteren Sinne dem Klimaschutz.
- Initiativen wie beispielsweise „Foodsharing“ oder die „Die Tafel“ können weiter tätig bleiben und ähnliche Projekte sollen initiiert werden.

6.9 Für Solingen als tierfreundliche Stadt

Tierschutz ist ein wichtiger, teils hoch emotionalisierter Aspekt der gesellschaftlichen und politischen Verantwortung. Hier treffen vielfältige Problemlagen auf sehr unterschiedliche Sichtweisen und Lösungsmöglichkeiten. In diesem Spannungsfeld setzen wir auf gute Kommunikation, aber auch konsequentes Durchgreifen seitens der Behörden, da wo es notwendig ist.



Konkret heißt das:

- **Mehr kommunale Information** etwa als Kampagne für tier- und artenschutzkonforme Tierhaltung.
- **Unterstützung des ehrenamtlichen Tierschutzes** durch Motivation und bei ernsthafter Suche nach tragbaren Lösungen zur Finanzierung bei klammen kommunalen Kassen.
- **Eine Ombudsperson als Ansprechpartner*in oder Unterstützer*in überforderter Tierhalter*innen** und wenn möglich bei Fragen des Tierschutzes, zur Information, zur Pflege von Kontakten und Ermittlung von Bedarfen.
- Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, ein **frühzeitiger Einsatz bei Verdacht auf „animal-hording“** – nach Möglichkeit in Verbindung mit einer Ombudsperson bei Verstößen gegen das Tierwohl und Regeln zum Artenschutz ein konsequentes Durchgreifen bis hin zur Durchsetzung von Haltungsverboten.
- Aktivitäten zur Schaffung lebendiger Gärten und Balkone vermehrt unterstützen.
- Eine insektenfreundliche Bepflanzung auf allen Friedhöfen
- Die **konsequente Umsetzung der Katzenschutzverordnung** zur Verhinderung von Katzenelend und zum indirekten Artenschutz.

Und,

- dass **das Taubenhaus in Solingen Mitte** jetzt wirklich kommen kann.
- dass **eine tierwohlgerechte Umsetzung sinnvoller Beleuchtungskonzepte** als Bestandteil in Bebauungsplänen Standard wird, um die für Mensch und Tier schädliche Lichtverschmutzung zu vermeiden.
- dass **Beratungen zum Vogelschlag** bei Baugenehmigungen Standard werden – ebenso Beratung zu Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter und Fledertiere bei Bebauung und Sanierung.
- dass eine weitere **Unterstützung von Fauna und Vogelpark** hinsichtlich der pflegerischen und pädagogischen Arbeit sichergestellt wird.
- dass der **Solinger Tierfriedhof** erhalten bleibt.
- dass die angemessene Ausstattung des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes sicher gestellt bleibt/wird.



- dass wir uns Bundes- und Landesweit für eine **finanzielle Unterstützung bäuerlicher Betriebe mit Umstellungswillen auf Ökolandbau** und für verbesserte Haltungsbedingungen für Nutztiere einsetzen.

7. Für echte Wahlfreiheit: Mehr Mobilität für alle

Das Wichtigste in Kürze:

Wir arbeiten für eine **klimagerechte, barrierefreie und digital unterstützte Mobilitätswende** – durch den Ausbau eines emissionsfreien Busnetzes, die Förderung nachhaltiger Sharing-Angebote und damit der Schaffung echter Verkehrsmittelwahlfreiheit für alle.

Wir sorgen für einen **attraktiven, dicht getakteten und sozial gerechten öffentlichen Nahverkehr** – mit zuverlässigen Verbindungen, kürzeren Wartezeiten, neuen Haltepunkten, barrierefreien digitalen Zugangsmöglichkeiten und solidarischer Finanzierung.

Wir stehen für eine **sichere, lebenswertere und wirtschaftlich wettbewerbsfähige Stadt** – durch die Umgestaltung von Straßenräumen, die Stärkung von Fuß- und Radverkehr, den Erhalt statt Neubau von Straßen sowie neue Verwaltungsstrukturen, die die Mobilitätswende effizient umsetzen.

7.1 Klimagerechte Mobilität: Für alle ermöglichen

Viele Menschen fordern **mehr Klimaschutz im Verkehr** – zu Recht: Kein anderer Sektor hinkt den Klimazielen so hinterher wie der Verkehr. Das ist nicht nur klimapolitisch problematisch, sondern auch wirtschaftlich riskant: Verfehlt Deutschland die EU-Vorgaben, drohen Milliardenstrafen.

Dabei geht es nicht um Verzicht, sondern um **mehr Lebensqualität: Weniger Lärm, saubere Luft und sichere Wege** – das nützt allen. Ein verlässlicher, klimafreundlicher Verkehr ist zudem ein Standortvorteil für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Solingen zeigt, wie es geht: Über 70% der Busflotte fahren bereits mit Ökostrom – ein echter Fortschritt. Darauf bauen wir auf. Unser Ziel bleibt: **klimaneutrale, gerechte und bezahlbare Mobilität für alle.**



Busse und städtischen Fuhrpark vollständig elektrifizieren

Die Stadt muss als Vorbild vorangehen. Wir halten deshalb an der Beschaffungsstrategie für neue Batterie-Oberleitungsbusse (BOB) fest, wie im Nahverkehrsplan sowie im Zielkonzept Klimaneutrales Solingen beschlossen.

Konkret heißt das:

- Das **Oberleitungsnetz weiter ausbauen**, um das Ziel eines vollständig emissionsfreien Busbetriebs bis spätestens 2035 zu erreichen.
- **Keine Beschaffung weiterer Dieselsebusse**. Diese bieten trotz geringerer Anschaffungskosten langfristig betrachtet keine Kostenvorteile gegenüber dem BOB. Für neue Fördermöglichkeiten setzen wir uns auf landes-, bundes-, und europapolitischer Ebene ein.
- Den **städtischen Fuhrpark in allen Bereichen elektrifizieren** und den Umstieg auf Fahrräder und E-Bikes für Mitarbeitende im Konzern weiter fördern.

Ladeinfrastruktur erweitern, Mobilität als Service

Wir GRÜNE denken die Errichtung von Ladesäuleninfrastruktur für E-Bikes und E-Autos bereits bei jeder Baumaßnahme konsequent mit. In Zukunft muss sich die Stadt noch stärker engagieren, um Elektromobilität einfacher zugänglich zu machen.

Dazu gehört, dass nicht jede*r ein eigenes Elektrofahrzeug besitzen muss. Zur selbstbestimmten und ökologischen Mobilität gehört auch, Mobility as a Service-Angebote (MaaS), also **digital vernetzte und geteilte Verkehrsmittel**, nutzen zu können. Hierdurch kann jede und jeder bei sich Geld, Platz, Zeit und Ressourcen sparen. Daher wollen wir MaaS systematisch fördern.

Konkret heißt das:

- Die Maßnahmen des beschlossenen **Elektromobilitätskonzept** für die Stadt Solingen konsequent und mit schnellen Genehmigungsverfahren **umsetzen**.
- Das **Standortkonzept für Ladesäuleninfrastruktur** weiterentwickeln und Vorrangflächen für Schnellladesäulen an frequentierten Orten ausweisen.



- **Zusammenarbeit der Technischen Betriebe und der Stadtwerke** voranbringen und Lademöglichkeiten in Laternenmasten (Smart Poles) integrieren.
- In einer kommunalen Stellplatzsatzung Mindeststandards für die Versorgung mit Lademöglichkeiten definieren.
- Mobilstationen an Umsteigepunkten schaffen und Bike-Sharing-Zonen eröffnen und mit Lademöglichkeiten ausstatten.
- In Gewerbegebieten und größeren Firmen **Mobilitätshubs** errichten und fördern.
- Finanzielle Förderung oder Flächenpachtbefreiung für Anbieter von **E-Bike-Sharing Diensten** im ersten Jahr.
- **Car-Sharing** in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugenossenschaften fördern.
- Die Solingen-App und die VRR-App zu **multimodalen Mobilitätsapps** auch in einfacher Sprache weiterentwickeln und ÖPNV-Ticket, Verbindungssuche und Sharing-Dienste (wie z. B. Nextbike, Tier, Bolt) integrieren.
- **Ride-Pooling und Fahrgemeinschaften fördern**, z. B. durch Nutzung der Smart City-Infrastruktur.
- **E-Scooter-Verleihsysteme in Solingen als freefloating-Angebote erhalten** und manifestieren. Dazu gehört auch die Ausweisung weiterer Sharing-Stationen an frequentierten Plätzen wie z. B. östlich des Hauptbahnhofes.

Bezahlbare Mobilität ausbauen: ÖPNV solidarisch finanzieren

Das Deutschlandticket zeigt: Bezahlbare Mobilität über Verbundgrenzen hinweg ist möglich – gut für Klima und soziale Teilhabe. Der ÖPNV ist für uns Grüne kein Geschäftsmodell, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Angesichts steigender Betriebskosten ist der Status quo kaum noch haltbar – ein echter Ausbau nach Nahverkehrsplan aus kommunalen Mitteln allein nicht finanzierbar.

Wir fordern deshalb eine **verlässliche und dynamisierte Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen**. Zusätzlich setzen wir uns für eine dritte Finanzierungs-Säule auf kommunaler Ebene ein – z. B. durch eine gerechte **Nutznießerverfinanzierung**. Dafür muss die Landesregierung zügig das kommunale Abgabengesetz anpassen.



Alle profitieren: Unternehmen, die gut angebunden sind, sparen Parkplätze; Beschäftigte und Autofahrende gewinnen Lebensqualität. Eine solidarisch getragene Verkehrswende stärkt den Busverkehr – auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel.

Konkret heißt das:

- Die Beibehaltung des Deutschland-Tickets, des Deutschland-Ticket-Sozial, des Deutschland-Ticket-Schule und des Deutschland-Ticket-Studierende zu den aktuellen Konditionen.
- Das **Projekt „eezy“ bekannter machen**: Einfach einchecken, digital fahren, transparent bezahlen. Auch digitale Deutschlandtickets via App oder Wallet machen den Zugang zum Nahverkehr einfacher und flexibler.
- Die Verbreitung von **Jobtickets deutlich fördern**, indem die Stadtwerke stärker auf Arbeitgeber zugehen und diesen individualisierte Angebote vorlegen.
- Bei **öffentlichen und privaten Großveranstaltungen Kombitickets etablieren**, damit die Anreise mit dem ÖPNV inklusive ist: Theatertarif für's Busfahren statt für's Parken!
- Eine Resolution des Solinger Stadtrates zur Rettung des Busverkehrs und zur **Schaffung einer dritten Finanzierungssäule für den ÖPNV**.
- Eine Diskussion über Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmequellen (sogenannte Nutznießerfinanzierung) für den Busverkehr anstoßen und bspw. Arbeitgeberfinanzierungsbeiträge, Kfz-Halter-Beiträge und eine einkommensabhängige Abgabe zur Auszahlung eines multimodalen Mobilitätsbudgets prüfen.
- Die Vorschläge des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes zur höheren und flächendeckenderen Bepreisung des öffentlichen Parkraumes umsetzen.
- Die Gebühren für Parkscheine und Anwohnerparkausweise so fair wie möglich staffeln und das Land NRW auffordern, einkommensabhängige Abstufungen zu ermöglichen.



7.2 Eine Verkehrsplanung, die den Menschen dient: Das IMKS umsetzen!

Wir GRÜNEN haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Solingen heute über ein **Integriertes Mobilitätskonzept (IMKS)** verfügt – ein Meilenstein für nachhaltige, gerechte und zukunftsfähige Mobilität. Das IMKS ist Ergebnis intensiver politischer Arbeit und breiter Bürger*innenbeteiligung: Schüler*innen, Senior*innen, der Jugendstadtrat, der Beirat für Menschen mit Behinderung und viele weitere Gruppen haben sich eingebracht.

Ziel ist ein Umweltverbund-Anteil von 60% – also mehr Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV. Dafür setzt das IMKS klare Prioritäten: Barrierefreiheit, hochwertige Planung und eine Neuverteilung des öffentlichen Raums zugunsten der Menschen.

Mit dem IMKS hat Solingen Kurs auf mehr Lebensqualität genommen. Jetzt gilt: Nicht reden, sondern umsetzen!

Verkehrsinfrastruktur endlich schneller planen und bauen

Ein Menschenleben ist unersetzbar und Verkehrssicherheit nicht verhandelbar. Qualitätsstandards des IMKS wie klare Sichtbeziehungen, normgerechte Abstände und barrierefreie Kennzeichnungen müssen auch im Bestand sukzessive umgesetzt werden. Damit dies endlich schneller gelingt, braucht Solingen eine moderne, durchsetzungsfähige und agile Mobilitätsverwaltung – organisatorisch, personell, kommunikativ und kulturell.

Konkret heißt das:

- **Kompetenzen bündeln:** Die Untere Straßenverkehrsbehörde soll – wie in vielen anderen Großstädten bereits umgesetzt – in das Planungsdezernat integriert werden. Das schafft kürzere Wege, mehr Gestaltungsfreiheit und kohärente Entscheidungen.
- **Interdisziplinäre Projektteams statt Zuständigkeitsgrenzen:** Verkehrsplanung, verkehrsrechtliche Anordnung, Smart City und Fördermittelmanagement gehören gebündelt in ein Verkehrswendebüro. Projektbezogene, hierarchieübergreifende Teams mit eigener Budgetverantwortung und klaren Zielen sollen die Verkehrswende effizient voranbringen.



- **Mehr Fachpersonal aufbauen:** Für die Umsetzung ambitionierter Ziele braucht Solingen zusätzliche Verkehrsingenieurinnen und Mobilitätsfachleute. Gleichzeitig muss das bestehende Personal von rein administrativen Aufgaben entlastet werden. Auch Quereinsteigerinnen mit relevanten Kompetenzen – etwa aus IT, Kommunikation, Sozialwissenschaften oder Stadtgestaltung – können wertvolle Impulse geben und die gesellschaftliche Verankerung der Verkehrswende durch kluge Kommunikation stärken.
- **Fachkräfte gewinnen** – schneller und gezielter: Offene Stellen müssen viel zügiger besetzt werden. Das gelingt nur durch zielgruppengerechtes Recruiting, moderne Personalgewinnung, flexible Arbeitsmodelle und eine attraktivere, wettbewerbsfähige Vergütung.
- **Daten intelligent nutzen:** Anonyme Mobilitätsdaten – etwa aus dem Stadtradeln, aus Apps oder Mobilfunknetzen – bieten wertvolle Erkenntnisse für eine bedarfsorientierte Verkehrsplanung. Solingen sollte diese Potenziale systematisch erschließen und nutzen.

Konflikte rund um das Parken entschärfen

Parken ist ein emotionales Thema – verständlich, denn lange galt: Das Auto steht kostenlos und direkt vor der Haustür. Doch diese Gewohnheit stößt an ihre Grenzen. In den letzten 15 Jahren sind in Solingen über 25.000 Kfz hinzugekommen – der Platz wird knapp. Zu oft blockieren parkende Autos Gehwege, Kreuzungen und Sichtachsen. Darunter leiden vor allem Kinder, Eltern mit Kinderwagen, mobilitätseingeschränkte Menschen und die Sicherheit aller im Straßenraum.

Mal ehrlich: Alle ambitionierten, parteiübergreifenden Beschlüsse zur Förderung nachhaltiger Mobilität bringen nichts, wenn wir beim Thema Parken nicht den Mut haben, umzudenken. Alle wissen eigentlich längst: **Ohne eine ehrliche Debatte über den Umgang mit öffentlichem Raum scheitert die Verkehrswende.**

Dafür setzen wir GRÜNE auf ein Miteinander, statt Gegeneinander.



Die Bedürfnisse der Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, nehmen wir ernst – genauso wie den Anspruch auf sichere, lebenswerte Wohnviertel. Statt weiter wie bisher, braucht es **neue, platzsparende Parklösungen**.

Das von uns Bürger*innen mitentwickelte IMKS bringt es auf den Punkt: Parken ist eine gesamtstädtische Aufgabe und alle können dazu beitragen.

Konkret heißt das:

- **Bestehende Parkflächen besser nutzen:** Öffentliche Parkhäuser und private Stellplätze sollen wieder stärker genutzt werden, um Straßen zu entlasten. Wir wollen endlich die Bereitstellung und Vermietung von großen Stellplatzflächen (z. B. von Discountern) zu Tagesrandzeiten, nachts oder sonntags für die Allgemeinheit städtisch fördern.
- **Quartiersgaragen etablieren:** Wie in vielen europäischen Städten sollen platzsparende, gut erreichbare Sammelparkhäuser in Wohnquartieren entstehen. Das schafft Raum zum Gehen, Verweilen, Radfahren, für mehr Stadtgrün und entspannt die Parkplatzsuche.
- Wir siedeln möglichst keine neuen Parkplätze im öffentlichen Straßenraum an. Dazu bringen wir eine **Stellplatzsatzung** auf den Weg, die Bauvorhabenträgern ausgewogene Vorgaben zur Herstellung von Parkflächen auf privaten Flächen macht. Größere Neu- und Umbauprojekte sollten ein Konzept zur Parkraumplanung bzw. ein Mobilitätskonzept vorweisen.
- Wir treiben **quartiersbezogene Mobilitätskonzepte** mit Sharing-Angeboten und ÖPNV-Tickets voran.
- Wir **ordnen und verlagern Parkraum**, um Platz für Fuß- und Radverkehr sowie mehr Bäume zu schaffen. Dabei priorisieren wir den Parkraum für Kund*innen des Einzelhandels. Anwohnenden ohne Mobilitätseinschränkungen muten wir weitere Wegebeziehungen analog den im Nahverkehrsplan festgelegten akzeptablen Entfernungen zu ÖPNV-Haltestellen zu.
- **Gehwegparken** darf nur dort toleriert werden, wo es legal abmarkiert ist und Mindestbreiten von Gehwegen eingehalten werden.
- Wir beschließen das **Parkraumbewirtschaftungskonzept** und setzen dieses in die Tat um. Durch mehr Anwohnerparkzonen schaffen wir Entlastung bei der Parkplatzsuche im Quartier.



- Wir möchten eine **faire Ausgestaltung von Parkgebühren**, die gerecht gegenüber denjenigen ist, die sich mit Bus und Bahn fortbewegen.

Durchgängige Netze schaffen

Für die Wahl des Verkehrsmittels und ein sicheres Gefühl spielt vor allem ein durchgängiges Netz eine große Rolle. Mit dem IMKS wurden **ein Kfz-Hauptnetz sowie ein Radhauptnetz** geschaffen, um Vorrangrouten für unterschiedliche Verkehrsarten zu priorisieren und mit Auto oder Rad schneller und sicherer ans Ziel zu gelangen.

Wir GRÜNEN haben uns außerdem erfolgreich dafür eingesetzt, dass im Rahmen des IMKS ein **Fußverkehrskonzept** erarbeitet wird – und dass aus dem reinen Fahrbahndeckenprogramm ein Fahrbahn- und Gehwegprogramm wurde. Nun geht es in die Umsetzung: Wir werden als GRÜNE weiter Druck machen, damit Beschlüsse nicht in der Schublade verschwinden, sondern auf Solingens Straßen sichtbar werden.

Konkret heißt das:

- Ein **Fußverkehrskonzept** entwickeln und umsetzen.
- Weiterhin bei der Sanierung von Fahrbahnen auch Gehwege berücksichtigen und Radinfrastruktur mitdenken.
- **Nebenstraßen** der Stadt vom Durchgangsverkehr und von nächtlichen Posern **entlasten**. Das beruhigt das Viertel, die Nutzung der Straße wird sicherer, es wird ruhiger. Kurz: Die Lebensqualität steigt merklich, wenn auch oft unterbewusst. Um das zu erreichen, ordnen wir den Verkehr in den Wohngebieten anders. Diese Lösung ist auch in Solingen nicht ganz neu, es gibt bereits Beispiele, wo Schleichwege und „Abkürzungen“ unterbrochen werden, und doch kommt jede und jeder noch an die Gebäude.

7.3 Nahverkehr von morgen: Verlässlich, schnell und attraktiv

Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat einer klimafreundlichen Mobilitätswende und Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen dieser Stadt. Wir wollen unsere Oberleitungsbusse zum bevorzugten Verkehrsmittel der Menschen in Solingen machen – durch ein **verlässliches Angebot, klare Ausbauziele und eine bessere Anbindung** in der Stadt und ins Umland.



Angebot erweitern und verlässlich machen

Wir stehen zu den Zielen des **Nahverkehrsplans** sowie der Nachhaltigkeitsstrategie und lehnen Kürzungen im Busangebot ab. Der Busverkehr soll bis 2030 einen Anteil von 30% am Modal Split erreichen – das bedeutet eine jährliche Steigerung von rund 13,5%. Um das zu sichern, muss die Stadt einen bedarfsgerechten, nicht-gedeckelten Zuschuss an die Stadtwerke liefern.

Konkret heißt das:

- **Taktverdichtungen** auf den Hauptlinien 681/682/683/684. Angestrebt ist mindestens ein 10 Minuten-Takt bis 20 Uhr. Auf den Linien 681 und 682 fordern wir einen Fünf-Minuten-Takt in der Hauptverkehrszeit. Zu Stoßzeiten im Schüler*innenverkehr bedarf es Verstärkerfahrten
- **Bessere Ausgestaltung des Frühverkehrs für Schichtarbeiter*innen.** Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, pünktlich zum Schichtbeginn mit dem Bus zur Arbeit zu kommen.
- Ein **Nachtexpress im Halbstundentakt** bis 1 Uhr und am Wochenende bis Betriebsbeginn.
- Eine Umsetzung der Stadtteiltangenten (z. B. Wald-Höhscheid, Südtangente) und eine Realisierung des Cityrings.
- **Busbeschleunigung**, z. B. durch Ampelvorrang, Busspuren und -trassen oder andere geeignete bauliche Maßnahmen (beispielsweise auf der Hildener Str. oder der Berliner Brücke, um den Busverkehr in Richtung Hilden und Hauptbahnhof schneller abzuwickeln).

Anbindungen verbessern – stadtweit und regional

Ob im ländlich geprägten Stadtteil oder beim Pendeln in die Region – wir wollen zuverlässige und leicht erreichbare Busverbindungen, die für alle Menschen nutzbar sind.

Konkret heißt das:

- **Kleinbusangebote** und Linien in Tagesrandlagen erhalten, reaktivieren und ausbauen z. B. durch Wiederaufnahme bzw. Ausbau von Linien wie dem TB688, der 696 (mit Anbindung an den Hbf). Es bedarf einer besseren



Anbindung der Erika-Siedlung und des Engelsberger Hof an den Umweltverbund.

- Eine bessere Erreichbarkeit von Freizeit- und Wanderzielen wie z. B. der Müngstener Brücke.
- **Regionale Anbindung stärken:** Die CE64 soll die Uni Wuppertal anfahren und in ihrer Taktung bis in die Abendstunden ausgebaut werden. Der Schnellbus nach Monheim sowie die Verlängerung der 692 bis Gruiten sollen umgesetzt werden.
- **Takt- und Umsteigezeiten** auch zum SPNV abends, morgens und am Wochenende **verbessern**.
- **Ein barrierefreies Busnetz.** Das bedeutet, dass alle Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut werden sollen und auch nur noch solche Busse fahren sollen, die einen barrierefreien Einstieg für alle Fahrgäste ermöglichen.
- Wir wollen ein **OnDemand-Angebot in den Abend- und Nachtstunden** einführen, welches möglichst per ÖPNV-Ticket nutzbar ist (vgl. Wuppertal).
- Erreichbarkeit und Anforderungen **von Linientaxis rund um die Uhr**.

Nutzer*innen einbinden und neue Angebote schaffen

Ein moderner Nahverkehr braucht Mitgestaltung und transparente Kommunikation. Um diese Ideale umsetzen zu können, bedarf es gestärkter Orte der politischen Beteiligung und einer Aufwertung der Haltestellen.

Konkret heißt das:

- Der **Fahrgastbeirat** muss **erhalten bleiben und gestärkt** werden. Dafür benötigt es ein eigenes Budget, eine vermehrte Beteiligung an politischen Entscheidungen, eine funktionierende Beschwerdekultur über den Beirat und eine verbesserte Anbindung des Beirates an die Stadtwerke Solingen.
- Die **Beteiligung an Mobilitätsplanungen verstetigen:** Die Bürger*innenbeteiligung am IMKS und NVP sollen bei künftigen Mobilitätsplanungen als Standard dienen. Darüber hinaus bedarf es regelmäßiger Mobilitätsbefragungen der Bürger*innen.
- **Durchgehend Echtzeitinformationen** zu den Bussen an Haltestellen und in der App bereitstellen.



- Großveranstaltungen, Events, Partys verlässlich, auch in räumlichen und zeitlichen Randlagen, mit **kostenlosen Zusatzfahrten** stärken.
- **„Grüne Wartehäuschen“**: Wo möglich, wollen wir eine Begrünung auf und neben Haltestellen im Sinne der Forderungen von Fahrgastbeirat und Jugendstadtrat.

7.4 Von Solingen in die Welt: Zukunftsfähig angebunden

Ein moderner Nahverkehr endet nicht an der Haltestelle – er braucht eine starke Schienenanbindung für Pendelnde, Studierende und Reisende. Als einzige kommunalpolitische Fraktion betreiben wir seit Jahren eine aktive Bahnpolitik und setzen uns für bessere Takte, neue Haltepunkte und echte Barrierefreiheit ein. Das Forderungspapier der Grünen in Solingen, Wuppertal und Remscheid bildet die Grundlage unserer überregionalen SPNV-Politik. Auch künftig streben wir eine enge Kooperation der drei Bergischen Städte im Bereich Mobilität an.

Konkret heißt das:

- Die **Einführung eines 10-Minuten-Takts** im S-Bahnverkehr zu den Hauptverkehrszeiten.
- Die **Umsetzung des Zielnetzes 2032/2040** des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr.
- Eine **Teilelektrifizierung der S7** und Anbindung bis Düsseldorf-Flughafen – spätestens bis 2031. Das Land und der Bund sollen das Projekt unterstützen.
- Die **Realisierung der neuen, bereits beschlossenen Haltepunkte Meigen und Landwehr** sowie des Haltepunkts Schmalzgrube. Dafür müssen die benötigten Flächen planerisch gesichert werden.
- **Barrierefreie Bahnhöfe und Haltepunkte**: Der Haltepunkt Schaberg muss endlich vollständig barrierefrei erreichbar sein. Dafür kommen z. B. Aufzüge infrage. Insgesamt müssen alle Aufzüge an den Haltepunkten im Stadtgebiet instandgehalten werden. Für den Solinger Hauptbahnhof inklusive der städtischen Unterführung fordern wir eine bessere Beschilderung und höhere Aufenthaltsqualität mit Lichtkonzept.
- **Ausbau der Achse Solingen–Köln**: Hier muss das dritte Gleis und die Taktverdichtung durch die S17 vorangetrieben werden. Dafür soll die RB48 künftig auch in Landwehr halten können. Der neue Haltepunkt Landwehr



soll besser an andere Verkehrsträger des Umweltverbundes angebunden werden.

- **Einen verlässlichen und gut getakteten Schienenersatzverkehr** für den Zeitraum der anstehenden Sperrungen. Schnellbusse mit möglichst wenigen Zwischenhalten und ausreichender Kapazität sollen eine gute Anbindung an Düsseldorf, Wuppertal und Köln sichern. Großflächige Abfahrtsmonitore, digitale Haltestellenmasten und aktuelle Informationen in den Mobilitätsapps sollen die Zumutungen für Fahrgäste bestmöglich verringern.

7.5 Mobil im Alter: Barrierefrei, verständlich, mitgenommen

Senior*innen sollen ohne Hürden mobil bleiben – sei es mit dem Bus, dem Anrufsammeltaxi oder bei Veranstaltungsbesuchen. Dafür braucht es Barrierefreiheit, analoge Informationen und Mitgestaltung.

Konkret heißt das:

- **Veranstaltungsmobilität ausbauen:** Anrufsammeltaxis zu Events, analog zum Modell des Theater- und Konzerthauses.
- **Umfassende analoge und digitale Fahrpläne** an zentralen Orten wie zum Beispiel dem Hauptbahnhof und an den Busbahnhöfen.
- **Barrierefreie Busse** flächendeckend einsetzen: Dafür bedarf es Übergangslösungen (z. B. mobile Rampen) für Busse ohne Niederflureinstieg. Die alten Van-Hool-Modelle sollen schnellstmöglich ersetzt werden.
- **Bargeldloses Bezahlen** („Calo“) auch in Solingen erproben. Busse müssen jedoch grundsätzlich ohne Smartphones nutzbar sein. Ältere Menschen werden zu diesem Zweck mitgenommen und aktiv in die Planungen eingebunden.
- **TaxiBus-Angebote bekannter machen** und spontane Buchung am Wochenende über das Callcenter ermöglichen.

7.6 Das Fußwegenetz sicher machen!

Der Fußverkehr wird noch immer unterschätzt – dabei ist er die erste und wichtigste Form eigenständiger Mobilität, vor allem für Kinder. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Kinder, Familien und ältere Menschen **sicher, selbstbestimmt und angstfrei zu Fuß unterwegs** sein können. Denn eine Stadt,



in der sich Kinder eigenständig bewegen können, ist eine lebenswerte Stadt für alle Generationen. Dafür braucht es ein durchgängiges, gut ausgebautes und möglichst barrierefreies Fußwegenetz, das klare Priorität im öffentlichen Raum bekommt.

20 Kreuzungen pro Jahr verkehrssicher umgestalten

Damit wir unsere Kinder allein zur Schule schicken können, braucht es **kindgerechte, gut einsehbare und verkehrsberuhigte Querungsmöglichkeiten**. Diese machen das Miteinander im Straßenverkehr einfacher und entspannter für uns alle. Ein gelungenes Beispiel: die Umgestaltung der Ohligser Spinne – hier wurden die Bedürfnisse aller Verkehrsarten berücksichtigt und zusätzlich Platz für Außengastronomie und Aufenthaltsqualität geschaffen.

Wir sagen: Solche Verbesserungen müssen Standard werden – und zwar jedes Jahr, an vielen Stellen in der Stadt.

Konkret heißt das:

- Wir wollen es schaffen, **pro Jahr etwa 20 Kreuzungen und Querungsstellen verkehrssicher umzubauen**. Viele Maßnahmen sind einfach, schnell umsetzbar und kostengünstig – wie vorgezogene Seitenbereiche, Markierungen, kleine bauliche Eingriffe wie abgesenkte Bordsteine oder Fahrrad-Anlehnbügel. Gute Vorbilder liefern das IMKS und der Leitfaden Sofortmaßnahmen der AGFS NRW.
- Querungshilfen wo möglich in Fußgängerüberwege („Zebrastrifen“) umwandeln.

Schulwege absichern

Die Verkehrssicherheit auf Schulwegen hat für uns oberste Priorität. Dazu müssen wir die neuen gesetzlichen Möglichkeiten konsequent nutzen und die gesamte Schulgemeinschaft miteinbinden.

Konkret heißt das:

- Die neuen Regelungen der Straßenverkehrsordnung zur **Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten** an hochfrequentierten Schulwegen sollen konsequent angewendet werden.



- **Schulstraßen** überall, wo möglich und sinnvoll, einrichten.
- **Tempo 30** überall dort zur Höchstgeschwindigkeit machen, wo es nach geltender Rechtslage angeordnet werden kann. Beim Kfz-Hauptnetz ist Tempo 50 in der Regel anzuordnen, sofern Radverkehrsinfrastruktur vorhanden ist.
- **Mobilitätskonzepte** für alle Solinger Schulen unter Einbeziehung der Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern erstellen, wie im Energiepolitischen Arbeitsprogramm (EPAP, Maßnahme 6.2.1.2) beschlossen.

7.7 Alltagstauglich statt abenteuerlich: So geht Radverkehr

Radfahren boomt – auch im bergigen Solingen, nicht zuletzt dank E-Bikes. Doch Radverkehr darf kein reines Freizeitvergnügen bleiben. Er muss **sicher, komfortabel und alltagstauglich** werden – nicht nur für die Mutigen, sondern für alle.

Dazu gehört: Radwege müssen dort verlaufen, wo Menschen wirklich hinwollen – entlang zentraler Straßen, an Schulen, Einkaufsmöglichkeiten und Bahnhöfen vorbei. Eine Verlagerung auf Nebenrouten reicht nicht aus, wenn Radfahren zur echten Alternative im Alltag werden soll.

Wir nehmen die „Vision Zero“ wörtlich und wollen keine Schwerverletzten und Todesopfer im Straßenverkehr mehr zulassen!

Umsetzung des Radhauptnetzes sowie der geplanten Velo-Routen

Laut einstimmig beschlossener Nachhaltigkeitsstrategie soll der Anteil von Fuß- und Radverkehr auf 30% steigen. Das Integrierte Mobilitätskonzept (IMKS) liefert ein Radhauptnetz sowie zahlreiche Hinweise, wie Radverkehr sicherer und weniger benachteiligt wird. Dieses ist Ergebnis ausführlicher Abwägungen unter anderem mit der Bürgerschaft und Expertenwissen. Wir wollen nun die empfohlenen Maßnahmen Stück für Stück umsetzen und das Radfahren in Solingen lückenlos als echte Alternative entwickeln.

Ein grüner Erfolg: Die Veloroute 2 als sichere Verbindung zwischen Ohligs und Mitte – ein wichtiger Schritt hin zu einem Radwegenetz, das den Alltag erleichtert statt erschwert.



Konkret heißt das:

- **Verkehrssicherheit ernst meinen:** Radverkehrsinfrastruktur oder Tempodrosselung. Überall, wo keine Radverkehrsinfrastruktur angelegt wird, muss Tempo 30 angeordnet werden. Dort, wo im Kfz-Hauptnetz Tempo 50 beibehalten wird, werden wir Radverkehrsinfrastruktur herstellen.
- Überall, wo es möglich ist, sollen **Radwege** von der Fahrspur für den Autoverkehr abgegrenzt und zum Beispiel durch Poller baulich **gesichert** werden. Radfahrstreifen sollen mit mindestens zwei Metern Breite regelkonform realisiert werden.
- **Veloroute 2** auf der Hauptstraßenachse (Kamper Str., Merscheider Str., Beethovenstr.) zügig **umsetzen**.
- Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs aus dem IMKS umsetzen und das beschlossene **Radhauptnetz realisieren**.
- **Durchgängige und hochwertige Fahrradverbindungen** zu unseren Nachbarstädten sowie nach Düsseldorf und Köln schaffen.
- Die **Stöckerbergtrasse** als nachhaltige Anbindung an das Gewerbegebiet Change.Campus (ehem. Rassepe) **zum Radweg ausbauen**.
- Eine gute Begleitung des Ausbaus mittels frühzeitiger Beteiligungsformen und Einbeziehung der Bürger*innen sowie des **Runden Tisches Radverkehr**.
- Eine deutliche **Erhöhung der Ausgaben für den Radverkehr** pro Einwohner*in auf mindestens 17 Euro jährlich.

Fahrräder so selbstverständlich wie Autos parken

Sicher, nah und wettergeschützt: Wer das Fahrrad als vollwertiges Verkehrsmittel fördern will, muss auch für das Parken endlich faire Bedingungen schaffen.

Konkret heißt das:

- Ein **Radabstellkonzept**, das im öffentlichen Stadtraum und an Verwaltungsstandorten definiert, wo Fahrräder sicher abschließbar sind - auch durch Umwandlung von Autoparkplätzen zu Fahrradstellplätzen.
- **Wohnortnahe Fahrradparkanlagen**, z. B. durch Fahrradquartiersgaragen oder Umwandlung von Parkplätzen.



- Neben dem entstandenen Fahrradparkhaus am Solinger Hauptbahnhof wollen wir **weitere kostenfreie und wettergeschützte Fahrradabstellmöglichkeiten** schaffen.

Schnelle Maßnahmen umsetzen

Der Radverkehr braucht keine Ausreden, sondern sofortige Lösungen – schnelle Verbesserungen wie einfache Markierungen, Poller oder Anlehnbügel machen Radfahren sofort sicherer und sichtbarer – wir wollen mehr davon.

Konkret heißt das:

- Anwendung des Leitfadens Sofortmaßnahmen der AGFS NRW und Umsetzung der Maßnahmensteckbriefe des IMKS, wie beispielsweise Fahrrad-Piktogrammketten markieren und Sichtbeziehungen verbessern.
- Aufstellflächen für Fahrräder an Ampeln zum Standard machen und die Anbringung eines Grünpfeils für den Radverkehr (VZ 721) prüfen und umsetzen.
- Einbahnstraßen standardmäßig öffnen und deutlich markieren.

7.8 Straßenbau: Wettbewerbsfähigkeit durch Erhalt statt Neubau

Während unser **Straßennetz** in Solingen gut ausgebaut ist, gilt es jetzt, den Fokus auf **Erhalt und Pflege** zu legen. Statt neuer Flickenteppiche brauchen wir gut instand gehaltene Straßen und Brücken, die sicher und zuverlässig funktionieren. Dafür müssen Zustand und Schäden an Straßen und Gehwegen systematisch erfasst – zum Beispiel mithilfe moderner Technologien wie KI-gestützten Erfassungsfahrzeugen (Best Practice anderer Kommunen nutzen) – und zeitnah behoben werden. Neue Straßen lehnen wir GRÜNE grundsätzlich ab, außer in Ausnahmefällen, in denen sie wirklich notwendig und hilfreich sind.

Straßenraum mit Augenmaß: Wirtschaft stärken, Umwelt schützen

Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Verkehrsprobleme, wie in Solingen Aufderhöhe, entschärft werden, **möglichst ohne aber ein Mehr an Autoverkehr** oder Straßen zu erzeugen. Ein wichtiger Schritt ist in diesem Zusammenhang, den Schwerlastverkehr intelligent auf die dafür geeigneten Strecken zu führen



sowie Gewerbegebiete effizient und im Einklang mit Klima- und Naturschutz in den städtischen Verkehr zu integrieren.

Konkret heißt das:

- Die geplante **Anbindung des Gewerbegebietes Scheuren** an die Viehbachtalstraße realisieren.
- Den **Schwerlastverkehr auf die Viehbachtalstraße** und auf solche Straßen, die dafür die Kapazitäten haben, zu verlagern.
- Eine **Evaluation des LKW-Hauptnetzes**, die Klima- und Umweltschutz mit der Stärkung unserer heimischen Wirtschaft verbindet.
- Ein Verwaltungshandeln, das Verkehrsprobleme in Einklang mit Klima- und Umweltschutz nachhaltig löst, statt nur neue Straßen zu bauen.
- Die **Nutzung von Open Data** für eine intelligente, dem Verkehrsfluss dienende Verkehrssteuerung – beispielsweise bevorzugte Ampelschaltungen für Busse, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten sowie grüne Wellen auf Hauptstraßen.

Natur- und Freiraumschutz statt weiterer Schnellstraßen

Seit Jahrzehnten kämpfen wir erfolgreich gegen den weiteren Ausbau des Schnellstraßennetzes. So konnten wir dauerhaft verhindern, dass

- Naturräume wie Biotope am Borkhauser Bach und am Burbach sowie die Kleingartenanlage Bussche-Kessel-Weg durch den Bau der Viehbachtalstraße zwischen Mühlenstraße und Rupelrath zerstört werden und die Wohngebiete Wiefeldick und Borkhauser Feld massiv beeinträchtigt werden
- das Obere Lochbachtal mit dem Lochbachquellgebiet, das direkt unterhalb des Klinikums inmitten eines Wohngebiets liegt, für den Bau der Viehbachtalstraße zwischen Frankfurter Damm und Schlagbaumer Straße zerstört wird.
- die Ostumgehung Hilden das Waldgebiet Verlach nahe des Naturschutzgebietes Ohligser Heide zerschneidet.
- für die zwischen Mangenberg und Werwolf geplante „Westtangente Solingen“ ca. 40 Häuser mit 120 Wohnungen abgerissen werden.



Auch künftig lehnen wir **unnötige Schnellstraßen- und Autobahnprojekte**, die nachweislich nur mehr Verkehr, Lärm, enorm hohe Kosten und eine Schädigung des Naturraums mit sich bringen würden, statt die Lebensqualität zu erhöhen, entschieden ab.

Konkret heißt das:

- Der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehene **8-spurige Ausbau der A 3** und der großflächige Ausbau der Raststätte Ohligser Heide zerstören u.a. wertvolle Waldgebiete und sind verkehrlich unsinnig. Für den Ausbau der A3 von Leverkusen-Opladen bis Kreuz Hilden werden vom Bundesverkehrsministerium zurzeit Baukosten in Höhe von 531,3 Mio.€ angegeben. Wir fordern die Aufgabe dieser Planungen.
- Die im Landesstraßenbedarfsplan vorgesehene Querspange Neubau in Langenfeld (L 79/L 288 zur B 229n) werden wir verhindern. Für den Fall, dass diese Straße gebaut würde, wurde bereits gutachterlich eine erhebliche Zunahme des Verkehrsaufkommens auf Solinger Gebiet im Raum Aufderhöhe prognostiziert.
- Auch unnötige Verkehrsprojekte wie den Doppel-Kreisverkehr am Dickenbusch und die rund um die Kreuzung Bonner Straße/Langhansstraße entwickelten Straßenneubauplanungen lehnen wir ab. Diese Projekte würden nicht nur **wertvolle Wald- und Parkgebiete zerstören**, sondern auch zweistellige Millionenbeträge verschlingen.

8. Für Selbstbestimmung: Gleichgestellt, queer, vielfältig und inklusiv

Jeder Mensch soll in Solingen **sicher, selbstbestimmt und sichtbar leben** können – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Beeinträchtigung oder Lebensrealität. Doch gleiche Rechte und faire Chancen entstehen nicht von allein – sie müssen politisch gestaltet werden.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Stadt ein, in der Gleichstellung konkret wird, Vielfalt sichtbar ist und Inklusion selbstverständlich dazugehört.

Dafür braucht es klare Strukturen, mutige Entscheidungen und eine Verwaltung, die niemanden aus dem Blick verliert. Die folgenden Kapitel



zeigen, wie wir diese Vision in der Praxis umsetzen wollen – gemeinsam mit der Stadtgesellschaft, für alle, die in Solingen leben.

8.1 Für echte Gleichstellung: feministisch, gerecht und strukturell

Gleichstellung ist kein Symbol, sondern Strukturarbeit. Für uns heißt das: **Care-Arbeit gerecht verteilen, Gewalt verhindern, Selbstbestimmung ermöglichen** – und die Stadt selbst zur Antreiberin für Geschlechtergerechtigkeit machen. Wir denken Gleichstellung feministisch, intersektional und verbindlich – und fordern Taten statt Lippenbekenntnisse.

Konkret heißt das:

- Die **Gleichstellungsstelle strukturell stärken**, z. B. durch verlässliche finanzielle und personelle Ausstattung, digitale Sichtbarkeit, mehr Öffentlichkeitsarbeit und eine klare strategische Verankerung in der Stadtverwaltung.
- Einen **kommunalen Gleichstellungsbericht** einführen, der regelmäßig die Lebensrealitäten von Frauen, queeren Menschen und marginalisierten Gruppen in Solingen erfasst – auch in Hinblick auf Teilhabe in Verwaltung, Beruf und Bildung.
- Die **Einführung eines Gender Budgetings** prüfen, um kommunale Haushaltsmittel geschlechtergerecht zu planen, zu analysieren und zu vergeben – z. B. bei Stadtplanung, Kulturförderung, Sportbudgets oder sozialen Angeboten. Nur wer hinsieht, kann Ungleichverteilung abbauen. Wir orientieren uns dabei an dem Modell „FinanzFAIRteilung“ aus Münster.
- Die **Wirtschaftsförderung geschlechtergerecht** gestalten – z. B. durch gezielte Unterstützung für Gründerinnen, Nachfolgerinnen und Unternehmerinnen sowie die Einrichtung eines Zentrums für berufliche Frauenförderung.
- Die **Frauenquote in städtischen Aufsichtsräten** einführen und stärken – für echte Mitbestimmung auf allen Ebenen.
- Das **Frauenforum** als überparteilichen Zusammenschluss von Frauen strukturell einbinden – z. B. durch feste Beteiligung in politischen Gremien.
- **Beratungsangebote für Frauen sichern**, z. B. zu Gewaltschutz, Schwangerschaft, Empowerment oder Familienplanung. Diese Angebote müssen niedrigschwellig, mehrsprachig und langfristig abgesichert sein.



- Die **Ausländerbehörde auf Gewaltschutz** ausrichten – z. B. durch speziell geschulte Mitarbeiterinnen, die Migrantinnen über unabhängige Aufenthaltsrechte informieren und auf Hilfsangebote hinweisen.
- **Sexuelle und reproduktive Gesundheit** als Teil kommunaler Daseinsvorsorge **etablieren**, z. B. durch Aufklärungsangebote, Zugang zu Verhütungsmitteln und einen städtischen Verhütungsfonds für Menschen mit geringem Einkommen.
- **Gewaltschutz sichtbar machen und ausbauen**, z. B. durch die langfristige Finanzierung des Frauenhauses, sichere Zugänge unabhängig vom Leistungsbezug und Beteiligung am Bündnis „Gewalt gegen Frauen stoppen!“
- **„Luisa ist hier!“ stadtweit umsetzen**, z. B. in Bars, Kneipen, Clubs und städtischen Veranstaltungsorten – verbunden mit Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit.
- **Sorgearbeit gerecht verteilen**, z. B. durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, sichtbare Entlastungsangebote, bessere Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Fürsorge sowie Vorbildfunktion der Stadtverwaltung.
- **Sichere Mobilität für FLINTA*-Personen stärken**, z. B. durch Nachtbusse, Taxigutscheine für Frauen, Frauen-Taxis, bessere Ausleuchtung und die Nutzung öffentlicher Orte wie Bahnhöfe oder Busse als nächtliche Schutzräume.
- **Sport, Freizeit und Ehrenamt geschlechtergerecht** gestalten, z. B. durch faire Fördermittelvergabe, geschulte Übungsleitungen, Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt und gezielte Förderung von Mädchen und FLINTA*-Personen im Sport.
- **Städtische Räume aus feministischer Perspektive gestalten**, z. B. durch gute Beleuchtung, sichtbare Sicherheit, sichere Aufenthaltsräume, barrierefreie Wege und Beteiligung von FLINTA*-Personen bei Planung und Gestaltung.

8.2 Für eine queere, vielfältige Stadt – ohne Diskriminierung, mit gleichen Rechten für alle

Queer sein heißt oft: sich erklären müssen, unsichtbar gemacht werden – oder Anfeindung aushalten. In Solingen soll queeres Leben nicht nur mitgemeint, sondern konsequent mitgedacht werden – in Politik, Verwaltung, Öffentlichkeit und Alltag.



Sichtbare Zeichen wie Regenbogen-Zebrastreifen oder die IDAHOBIT-Fahne sind wichtig. Sie zeigen Haltung. Aber sie reichen nicht. Wir wollen echte Veränderungen im Alltag queerer Menschen – durch **Schutz, Beratung, Sichtbarkeit und konsequente Anerkennung**. Für lesbische, schwule, bisexuelle, trans, inter, nicht-binäre und queere Menschen. Für junge queere Menschen, für queere Menschen mit Migrationsgeschichte, für alle, die ihr Leben selbstbestimmt und ohne Angst leben wollen.



Konkret heißt das:

- Ein **queeres Zentrum für Solingen**, das als sichtbare, städtisch geförderte Struktur Beratung, Austausch und Empowerment bündelt – für queere Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ihre Angehörigen.
- **Bestehende queere Beratungsangebote sichern und ausbauen**, insbesondere Coming-Out- und Krisenberatungen für junge Menschen – niedrigschwellig, wohnortnah und gut vernetzt.
- **Städtische Schutzkonzepte intersektional denken** – z. B. für queere Jugendliche mit Rassismuserfahrungen, mit Behinderung, in Pflegefamilien oder in Fluchtkontexten.
- **Regenbogen-Zebrastreifen in jedem Stadtbezirk**, als sichtbares Zeichen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.
- **Mehrgeschlechtliche Ampelpersonen** an ausgewählten Orten als weitere symbolische Maßnahme für eine offene Stadt.
- Kostenfreie, entstigmatisierte Aidstests und sexuelle Gesundheitsaufklärung – auch mobil, in Schulen oder über die Jugendhilfe.
- **Geschlechtersensible und inklusive Sprache** in allen städtischen Dokumenten, Formularen und Flyern – und wo nicht notwendig, freiwillige Angaben zum Geschlecht.
- **Ein queerer Runder Tisch**, an dem Initiativen, Verwaltung und Politik sich regelmäßig austauschen und Bedarfe sichtbar machen.
- **Queere Bildungsarbeit stärken**, etwa durch queersensible Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, Workshops an Schulen oder Fachberatung für Jugendzentren.
- **Klare Haltung gegen Queerfeindlichkeit, Hass und Diskriminierung** – durch kommunale Kampagnen, ein klares Bekenntnis in der Verwaltung und gezielte Prävention.

Denn: Eine vielfältige, solidarische und weltoffene Stadt ist keine Utopie – sie ist unser Ziel. Hier. Jetzt. Gemeinsam.

8.3 Für selbstverständliche Inklusion

Inklusion ist kein Extra, sondern ein Menschenrecht. Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilhaben können – unabhängig von Beeinträchtigungen oder Unterstützungsbedarf. Dafür braucht es Barrierefreiheit, Mitbestimmung, verlässliche Begleitung – und die



Bereitschaft, Strukturen konsequent inklusiv zu gestalten. Wir verstehen Inklusion nicht als Sonderpolitik, sondern als Querschnittsaufgabe aller Bereiche.

Konkret heißt das:

- **Barrierefreiheit im Alltag** ermöglichen, z. B. durch barrierefreie Haltestellen, Wege, Verwaltungsgebäude, Sportstätten und digitale Angebote. Die Stadt soll bei allen Planungen von Anfang an barrierefrei denken.
- **Inklusive Bildung verlässlich absichern**, indem wir Kitas und Schulen mit ausreichend Schulbegleitungen, multiprofessionellen Teams und angepassten Lernumgebungen stärken. Gleichzeitig fordern wir vom Land NRW die nötige personelle und finanzielle Ausstattung, um echte Teilhabe zu ermöglichen.
- **Selbstbestimmtes Leben im Alltag unterstützen**, z. B. durch verständliche und digitale Antragsverfahren, Beratung zum persönlichen Budget und aufsuchende Unterstützungsangebote. Dabei setzen wir auf mehr Nutzerfreundlichkeit in der Verwaltung und niedrighschwellige Zugänge zu Hilfen.
- **Vielfältige inklusive Wohnangebote fördern**, z. B. durch barrierefreie Neubauten, ambulant betreute Wohnformen und generationsübergreifende Wohnprojekte. Die Stadt soll hier mit Wohnungswirtschaft und Trägern aktiv gestalten.
- **Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen**, indem die Stadt als Arbeitgeberin selbst inklusiv handelt und die gesetzliche Beschäftigungsquote deutlich übererfüllt. Zudem wollen wir lokale Netzwerke stärken, die Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt unterstützen – etwa durch Kooperationen mit IHK, Handwerk und Wohlfahrt.
- **Kultur, Freizeit und Sport für alle öffnen**, z. B. durch barrierefreie Kulturangebote, inklusive Sportgruppen, gemeinsame Spielplätze und gezielte Sensibilisierung in Vereinen und Einrichtungen. Veranstaltungen der Stadt sollen inklusiv geplant und beworben werden – nach dem Vorbild „Eine Party für alle“.



- **Mitbestimmung ausbauen**, indem wir einen inklusiven Beirat schaffen, der Menschen mit Behinderung eine feste Stimme in kommunalpolitischen Prozessen gibt – mit echtem Einfluss, nicht nur symbolischer Beteiligung.
- **Einen kommunalen Inklusionsplan** aufstellen, der Maßnahmen zur Barrierefreiheit, Teilhabe und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention systematisch bündelt, regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt wird.
- **Digitale Barrierefreiheit ausbauen**, z. B. über das Projekt „Teilhabe 4.0“, durch barrierefreie Websites, durchgehende Umstellung von Formularen/Dokumenten auf den barrierefreien PDF/UA Standard und Bürgerportale sowie die Bereitstellung von Informationen in leichter Sprache und über Vorlesefunktionen.
- **Inklusive Mobilität sicherstellen**, z. B. durch barrierefreie Informationen im Nahverkehr, individuelle Mobilitätshilfen oder ergänzende Angebote wie Begleitsdienste oder Rufbusse. Wer mobil ist, kann auch teilhaben.
- **Vielfalt unter Menschen mit Behinderung sichtbar machen**, z. B. durch Angebote für queere, migrantische oder psychisch beeinträchtigte Menschen. Inklusion muss auch Mehrfachdiskriminierung mitdenken.
- **Barrierefreie öffentliche Toiletten flächendeckend bereitstellen**, insbesondere sogenannte „Toiletten für alle“, mit Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf. Die digitale Auffindbarkeit dieser Orte soll verbessert werden.
- **Spielplätze inklusiv gestalten**, indem Spielgeräte, Wege und Sitzmöglichkeiten für alle Kinder nutzbar gemacht werden – unabhängig von Beeinträchtigung, Herkunft oder Einkommen. Dabei setzen wir auf partizipative Planung mit Kindern und Familien.
- **Barrierefreiheit auch im Wahlkampf ernst nehmen**, z. B. durch barrierefreie Veranstaltungsorte, einfache Sprache im Programm und Klappstühle an Wahlkampfständen – für echte Begegnung auf Augenhöhe.

9. Für ein gutes Leben im Alter: Ein Leben lang dazugehören!

Der demografische Wandel ist längst Realität: Der Anteil älterer Menschen in Solingen steigt stetig, und Senior*innen werden zunehmend älter. Doch Altern ist mehr als Statistik – es ist ein Auftrag an uns, die Stadt so zu gestalten, dass auch das Älterwerden in Würde, Selbstbestimmung und Sicherheit möglich



bleibt. Wir GRÜNE wollen eine Stadtgesellschaft, die älteren Menschen mit Respekt, Unterstützung und Teilhabe begegnet – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Einkommen.

Selbstbestimmt leben – in gewohnter Umgebung

Die überwiegende Mehrheit älterer Menschen möchte so lange wie möglich in der eigenen Wohnung und im vertrauten Quartier leben. Wir GRÜNE stehen für eine Seniorenpolitik, die Teilhabe, Selbstständigkeit und Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt.

Konkret heißt das:

- Den Grundsatz „**ambulant vor stationär**“ wollen wir konsequent umsetzen.
- Ambulante Dienste müssen regelmäßig unabhängig überprüft werden.
- Wir fördern **dezentrale, bezahlbare Alten-Wohngemeinschaften** als echte Alternative zum Heim – genauso wie Mehrgenerationenhäuser oder betreutes Wohnen.
- Die **städtischen Quartiere sollen lebendig und altengerecht** sein – mit Begegnungsräumen, Cafés, Bewegungsangeboten und seniorenrechtlichen Sport- und Kulturveranstaltungen.
- Wir setzen uns für mehr barrierefreie Wohnungen und behindertengerechten Neubau ein.

Die **Mobilität älterer Menschen** verdient unsere besondere Aufmerksamkeit: Bürgersteige müssen an Kreuzungen und wichtigen Querungsstellen rasch auf Nullniveau abgesenkt werden und es bedarf insgesamt **mehr Sitzbänken** im öffentlichen Raum.

Quartiere stärken – Zusammenhalt fördern

Lebensqualität im Alter entsteht dort, wo Menschen aufeinander achtgeben. Darum setzen wir GRÜNE uns für starke Nachbarschaften und eine gute soziale Infrastruktur in allen Stadtteilen ein.

Konkret heißt das:



- In jedem Quartier, also auch der Solinger Nordstadt, soll ein **Quartiersmanagement** entstehen. Hierfür müssen mindestens zwei zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das Quartiersmanagement bündelt lokale Angebote, organisiert Beratung und vermittelt praktische Hilfe (z. B. durch Bundesfreiwilligendienstleistende).
- In allen Stadtteilen soll zusätzlich an zentraler Stelle ein **Sozialberatungsangebot** vorgehalten werden.
- **Ehrenamtliche**, die sich in den Quartieren engagieren, sollen **besser unterstützt und anerkannt** werden – etwa durch die Ehrenamtskarte oder ein jährliches Sommerfest für Ehrenamtliche. Die Stadt geht aktiv auf diese Gruppe zu und weist auf die Ehrenamtskarte hin.
- **Alle Einrichtungen und Angebote des ÖPNV müssen fußläufig erreichbar und barrierefrei** sein. Haltestellen sollten überdacht und mit Sitzgelegenheiten ausgestattet sein. Die Randlagen Solingens müssen besser an die Quartiere angebunden werden.
- Die Quartiere und die Stadt selbst sollen **hitzeresistent gestaltet** werden. Hierfür kommen eine Ausweitung des Baumscheibenprogramms, eine Aufwertung städtischer Friedhöfe und eine Fortsetzung des Programms „**MehrArtenRäume**“ infrage.
- Es braucht mehr Treffpunkte im öffentlichen Raum, **mehr Begegnungsstätten** in den Quartieren und gezielte **generationenübergreifende Angebote**.

Soziale Teilhabe und Engagement

Auch im Alter wollen viele Menschen aktiv bleiben – sozial, politisch oder kulturell. Wir GRÜNE schaffen die Rahmenbedingungen für Ehrenamt, Bildung sowie Kultur im Alter und setzen auf generationenübergreifende Angebote. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und der Zugang zu städtischen Angeboten müssen konsequent gesichert werden.

Konkret heißt das:

- Eine „**Taschengeldbörse – Jung hilft Alt**“ soll in jedem Stadtteil eingerichtet werden.



- Wir fördern **ehrenamtliches Engagement älterer Menschen** durch Kooperationen mit Schulen, Kitas oder Vereinen – unterstützt durch Fortbildung und professionelle Begleitung.
- **Städtische Angebote** (z. B. generationenübergreifende Bildungs- und Kulturangebote) müssen **auch für Menschen mit kleinem Einkommen** nutzbar bleiben. Darüber hinaus fordern wir eine Überprüfung der Bezugsgrenzen für den Solingen-Pass.

Damit die **Teilhabe älterer Menschen** gesichert werden kann, muss das **Stadtgebiet konsequent barrierefrei** sein. Aufzüge (z. B. am Hauptbahnhof) müssen dauerhaft instandgehalten werden. Gastronomen sollen die Möglichkeit erhalten, sich bei der Stadt mobile Rampen zu leihen.

Analoge und digitale Teilhabe für alle

Digitalisierung funktioniert nur, wenn auch ältere Menschen sicher im digitalen Raum unterwegs sein können. Wir GRÜNE wollen, dass Senior*innen an der digitalen Welt teilhaben können – mit der Möglichkeit, den Umgang mit dem Internet zu erlernen, aber ohne Druck oder Verpflichtung.

Konkret heißt das:

- **Digitallabore** mit geschultem Personal sollen helfen, den Umgang mit Smartphone, Videokonferenzlösungen & Co. zu erlernen.
- Denkbar ist eine stärkere Einbindung von Ehrenamtlerinnen als **digitale Lotsinnen** – für Beratung auf Augenhöhe.
- Gleichzeitig müssen **klassische Informationswege** wie Infokästen, Stadtteilzeitungen, Fahrpläne und analoge Terminvergaben (z. B. im Bürgerbüro) **erhalten** bleiben.
- Städtische Internetseiten müssen behinderten- und altengerecht nutzbar sein.
- **Anstelle von Sicherheitsdiensten** sollen in allen städtischen Dienststellen **Servicekräfte** eingesetzt werden, die Auskunft geben und bei der Nutzung von Online-Terminals behilflich sein können.

Gute Pflege – wohnortnah und menschenwürdig



Die Situation in der Pflege ist eine der zentralen sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Wir GRÜNE wollen, dass Pflegebedürftige gut versorgt und Pflegekräfte entlastet werden. Pflege muss menschenwürdig, wohnortnah und zukunftsfest sein. Wir GRÜNE setzen uns für bessere Pflegebedingungen in städtischer Verantwortung ein – mit verbindlichen Standards, mehr Angeboten zur Entlastung von Angehörigen und einer stärkeren Öffnung der Einrichtungen ins Quartier.

Konkret heißt das:

- **Pflegestandards** in städtischen Einrichtungen müssen **verbessert**, regelmäßig überprüft und langfristig gesichert werden.
- Wir fordern mehr Kurzzeit-,Verhinderungs- und Tagespflegeangebote sowie die **Schaffung weiterer Pflegeeinrichtungen**.
- Pflegeheime sollen sich, wo möglich, stärker zum Stadtteil hin öffnen und als Orte der Begegnung fungieren: mit Mittagstischen, Beratungsangeboten oder öffentlichen Veranstaltungen. Einer zunehmenden Privatisierung von Pflegeheimen stehen wir kritisch gegenüber.
- **Bürokratie im Pflegebereich muss reduziert, Pflegekräfte müssen entlastet werden**. Eine bessere Bezahlung ist wünschenswert, ebenso wie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Eine neutrale Beschwerdestelle für Pflegebedürftige und Angehörige ist notwendig.
- Angebote wie das persönliche Budget müssen besser bekannt gemacht werden.

Alt, bunt, mittendrin

Solingen wird nicht nur älter – sondern auch vielfältiger. Immer mehr Senior*innen mit Migrationsgeschichte bleiben im Alter in Deutschland. Darauf wollen wir GRÜNE mit Offenheit und konkreten Angeboten reagieren. Kultursensible Beratung und Sprachkurse im Alter sind für uns zentrale Bausteine für ein gutes Miteinander.

Konkret heißt das:



- Es braucht **niedrigschwellige, kultursensible Beratungsangebote** – möglichst durch Vertrauenspersonen aus der eigenen Community.
- **Sprachkurse im Alter** müssen stärker gefördert werden.
- Alle **seniorengerechten Angebote müssen barrierearm und bezahlbar** gestaltet sein – unabhängig von Herkunft oder Einkommen.

Gemeinsam statt einsam – auch in Krisenzeiten

Die Corona-Pandemie hat besonders ältere Menschen hart getroffen – nicht nur gesundheitlich, sondern auch sozial. Die Folgen sind heute noch spürbar. Wir GRÜNE wollen aus diesen Erfahrungen lernen: Soziale Isolation darf sich nicht wiederholen! Deshalb setzen wir uns für verlässliche Anlaufstellen, stabile Kontaktstrukturen und erreichbare Treffpunkte ein – auch in Krisenzeiten.

Konkret heißt das:

- Senior*innen dürfen nicht erneut vereinsamen. Es braucht verlässliche Kontaktregister, Treffpunkte und den verstärkten Einsatz der allgemeinen Sozialberatung – an gut erreichbaren, zentralen Orten.
- **Angebote für Gespräche, Bewegung und Austausch** müssen auch in Notlagen aufrechterhalten werden.
- Auch die Folgen der letzten Pandemie müssen aufgegriffen werden. Long Covid ist für alle Betroffenen und ihre Angehörigen von einschneidender Bedeutung. Die Stadt muss auch für diese Gruppen Beratungs- und Betreuungsangebote vorhalten.

Der Seniorenbeirat – die Stimme der Senior*innen in Solingen

Der Seniorenbeirat ist ein wichtiges Sprachrohr für ältere Menschen. Er vermittelt ihre Sichtweisen an die städtische Politik, die Medien und die Gesellschaft. In dieser Rolle wollen wir GRÜNE ihn weiter stärken und seine Wahrnehmung durch folgende Maßnahmen fördern:

- Der Vorsitz soll künftig im Rat schriftlich bei seniorenrelevanten Themen Stellung nehmen können.
- Die Mitglieder des Beirates sollen bessere Schulungsangebote erhalten.



- Die Wahl des Beirats soll stadtweit unter allen Senior*innen erfolgen, um seine Legitimation zu stärken. Hierfür braucht es ggf. mehr Personal in der Stadtverwaltung.
- Eine Aufwandsentschädigung ähnlich der Entschädigung für Ausschusssitzungen soll gezahlt werden.

10. Für Sicherheit: Zusammenhalt stärken

Das Wichtigste in Kürze:

Wir wollen **starke Nachbarschaften** schaffen, in denen Menschen sich **gegenseitig unterstützen und sich sicher fühlen**. Dafür fördern wir mehr soziale Angebote sowie Begegnungsorte vor Ort und wollen eine funktionierende Zivilgesellschaft.

Wir setzen auf frühzeitige Hilfe, Präsenz und Prävention: Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, psychischen Problemen, Gewalt und Kriminalität. Wir erhalten und verbessern die kommunale Gesundheitsversorgung.

Wir sorgen dafür, dass niemand wohnungslos wird, der Katastrophenschutz modernisiert wird und alle Menschen in Solingen gut und sicher leben können – jetzt und in Zukunft!

10.1 Sicherheit durch Zusammenhalt im Viertel

Sozialer Zusammenhalt schafft Sicherheit. Wo Menschen stabile soziale Netze haben, einander respektieren und sich mit ihrer Nachbarschaft verbunden fühlen, steigt die Lebensqualität für alle. Sozialer Zusammenhalt reduziert Kriminalität und Unordnung wirksam durch soziale Kontrolle. Ein gerechtes Miteinander befördert Solidarität in Krisenzeiten, erhöht das Engagement und stärkt unsere Wirtschaft. Doch sozialer Zusammenhalt entsteht nicht von selbst: Er braucht **Orte der Begegnung, faire Verteilung von Gütern und Chancen sowie echte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben**. Der Staat muss sichtbar sein mit seinen Angeboten und verlässlich für Vertrauen sorgen.

Quartiersbezogene Sozialpolitik umsetzen



Wir setzen uns ein für eine quartiersbezogene Sozialpolitik aufbauend auf einer integrierten Sozialplanung. Das meint im Klartext: Eine Sozialpolitik, die genau hinschaut. Was brauchen die Menschen in einem bestimmten Viertel? Wo gibt es Unterstützung, wo fehlt etwas? So können Angebote und Hilfen besser geplant und aufeinander abgestimmt werden – für alle, die dort wohnen.

Konkret heißt das:

- Die Schaffung **von Personalstellen für niedrigschwellige Sozialberatung** auf Quartiersebene. Diese orientiert sich gezielt an den Bedarfen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, wie den älter werdenden Menschen, den jungen Menschen, den Menschen, die von Armut betroffen sind.
- Die Absicherung vorhandener Beratungsangebote.
- **Kostenlose Sport- und Freizeitangebote** sowie Orte für geselliges Miteinander ohne Konsumzwang müssen gestärkt werden – besonders in belasteten Quartieren.
- **Öffentliche Lern- und Begegnungsorte** schaffen: Wir wollen leerstehende Ladenlokale als Lern- und Begegnungsräume anmieten und die Stadtbibliothek zu einem inklusiven Ort des Austauschs mit erweiterten Öffnungszeiten weiterentwickeln.

Wir stehen zu den Trägern der sozialen Infrastruktur

Soziale Träger sichern den Zusammenhalt unserer Stadt – doch sie stehen unter massivem finanziellem Druck. Gerade die für die Beschäftigten längst überfälligen und begrüßenswerten Tarifierhöhungen haben zu finanziellen Engpässen geführt, weil sie von öffentlicher Seite oft nicht oder nur unzureichend refinanziert werden. Die Folge: Träger stehen vor dem Dilemma, dringend benötigte Projekte einzustellen – obwohl der Bedarf ungebrochen hoch ist. Dieses strukturelle Defizit gefährdet nicht nur wertvolle Angebote, sondern auch die Stabilität des sozialen Netzes in Solingen.

Konkret heißt das:



Wir fordern den Solinger Stadtrat und die Verwaltung auf, eine Initiative zu ergreifen, die darauf abzielt, dass sowohl das Land als auch der Bund die tatsächlichen Personalkosten bei von ihnen finanzierten Projekten erstatten.

10.2 Sicherheit durch klare Kante gegen menschenverachtenden Extremismus

Wir GRÜNE verteidigen unser vielfältiges, demokratisches und weltoffenes Solingen! Die Brandmauer fängt in der Kommune an, hier muss die Demokratie geschützt werden. Die größten Gefahren für eine offene Gesellschaft liegen im Rechtsextremismus und im Islamismus. Wir wollen ein Solingen ohne Extremismus, egal ob rechts, islamistisch oder links motiviert. Dafür braucht es neben einer klaren Haltung im Stadtrat vor allem eine **starke Zivilgesellschaft**.



Konkret heißt das:

- Dass es einen **Schulterschluss aller demokratischen Fraktionen** geben muss, der die Zusammenarbeit mit der AfD und allen anderen rechtsextremen Politiker*innen ausschließt.
- Außerhalb der Gremien setzen wir die erfolgreiche **Zusammenarbeit mit antirassistischen Gruppierungen** fort, wie z. B. „Bunt statt braun“, aber auch mit Kirchen, dem Max Leven Zentrum, der Flüchtlingshilfe und vielen mehr.
- Wir nennen rassistische Parolen oder Verunglimpfungen gegen Menschengruppen wie Musliminnen, Jüdinnen oder LGBTIQ* beim Namen und weisen sie klar zurück.

Geschichte verstehen – Erinnerung lebendig halten

Antisemitische und rassistische Witze gehören weder ins Klassenzimmer noch an den Arbeitsplatz. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine lebendige Erinnerungskultur und eine demokratische Bildung ein, die Menschen aller Altersgruppen erreicht. Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ stärken das Bewusstsein junger Menschen für historische Verantwortung und respektvollen Umgang im Alltag. Erinnerung darf dabei nicht abstrakt bleiben – sie muss erfahrbar und zugänglich sein. Nur so können alle Generationen aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft lernen.

Konkret heißt das:

- **Max-Leven-Zentrum stärken:** Wir wollen die Bildungs- und Gedenkstätte dauerhaft fördern und durch analoge und digitale Rundgänge im Stadtbild sichtbar machen.
- **Digitale Erinnerung verankern:** Die Stolperstein-App soll in die Solingen-App integriert werden.
- **KZ-Besuche für alle Schülerinnen ermöglichen:** Jeder Teenager in Solingen soll im Rahmen der Schulzeit ein ehemaliges Konzentrationslager besuchen können.
- **Erinnerung im öffentlichen Raum:** Straßen sollen nach Opfern rechtsextremer Gewalt benannt werden – zum Beispiel nach Walter Lübcke oder Oury Jalloh.



- **Gedenkort für Sinti und Roma bewahren:** Die Gedenkstätte an der Korkenziehertrasse muss gesichert und durch Öffentlichkeitsarbeit stärker ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gerückt werden.

Darüber hinaus müssen wir lernen, auch aktuelle Formen von Gewalt und Extremismus aktiv zu reflektieren. Rassistische und islamistische Anschläge – wie der Brandanschlag von 1993 oder die Attacke von 2024 – dürfen nicht nur erinnert, sondern müssen kritisch eingeordnet werden: Was waren und sind ihre Ursachen? Welche Auswirkungen haben sie auf unser Zusammenleben, auf Politik und Sicherheit? Was bedeutet die Shoa für Menschen mit muslimischer oder internationaler Familiengeschichte? Welche Ängste entstehen durch rechtsextremen und islamistischen Terror?

Diese Fragen gehören ins Zentrum einer **zukunftsgerichteten, demokratischen Gedenkkultur**. Sie betreffen uns alle. Wir GRÜNE fordern daher: Mehr politische Bildung, mehr Aufklärung – an Schulen, in der Stadtgesellschaft, durch bestehende Institutionen und an zentralen Orten unserer Stadt. Wir wollen diese gesellschaftliche Debatte anstoßen – gemeinsam mit Partnerstädten wie Hanau, Halle oder Magdeburg, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

10.3 Sicherheit durch Ausbau der Beschäftigungsförderung

Arbeit schafft soziale Sicherheit und stärkt den Zusammenhalt in unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns für **den Erhalt und den Ausbau der Beschäftigungsförderung** ein – insbesondere für Menschen mit schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Konkret heißt das:

- Die **finanzielle Ausstattung des Jobcenters verbessern und dauerhaft absichern**, damit die nach wie vor erfolgreichen Solinger Projekte zur Beschäftigungsförderung der freien Träger bestehen bleiben und ausgebaut werden können.
- Ein bedarfsgerechtes Angebot von Sprachkursen schaffen.
- Das Solinger Sozialkaufhaus erhalten.
- **Beratungsangebote für langzeitarbeitslose Menschen bedarfsgerecht absichern**. Dies gilt insbesondere für Beratungsangebote für Frauen und für Menschen in besonderen Problemlagen.



10.4 Sicherheit durch Bekämpfung von Armut

Ein umfassendes Verständnis von Sicherheit bedeutet vor allem: **Wirksame Armutsbekämpfung und Schutz vor Armutsrisiken**. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass die von uns seit Jahren geforderte und 2023 endlich eingerichtete Solinger Armutskonferenz dauerhaft abgesichert und gestärkt wird – mit klarer Unterstützung durch die städtische Sozialverwaltung. Die Erkenntnisse, Berichte und Empfehlungen aus ihrer Arbeit müssen im Sozialausschuss regelmäßig beraten und politisch umgesetzt werden. Denn nur, wenn wir Armut konsequent benennen, verstehen und gemeinsam handeln, können wir soziale Ungleichheit wirksam bekämpfen.

Konkret heißt das:

- Laufende Fortschreibung des Armuts- und Reichtumsberichts als Grundlage für konkrete Hilfeplanungen.
- Entwicklung und Umsetzung von integrierten kommunalen Präventions- und Interventionsketten zur Bekämpfung von Armut unter Kindern und Jugendlichen: Koordinierte Zusammenarbeit aller kommunalen und freigemeinnützigen Stellen in Kita, Schule und Jugendhilfe.

10.5 Sicherheit durch: Verhinderung von Wohnungslosigkeit

Wie viele andere Städte steht auch Solingen vor dem wachsenden Problem bei der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit. Gemeinsam mit der Verwaltung hat sich die Politik das Ziel gesetzt, diese bis 2030 zu verhindern. Für Menschen, die lange Zeit obdachlos waren, ist ein eigenes Zuhause der erste Schritt in ein selbstbestimmtes und sicheres Leben.

Konkret heißt das:

- Den Aufbau eines „Housing First“-Programms fördern.
- Handlungsleitende Mindeststandards für Notunterkünfte entwickeln und durchsetzen, um eine menschenrechtskonforme Unterkunft zu gewährleisten.

10.6 Sicherheit durch eine umfassende Gesundheitsversorgung

Das Solinger Klinikum hat die Herausforderungen nach der Schließung der Lukas Klinik bemerkenswert bewältigt – nicht zuletzt dank des



außerordentlichen Engagements der dort Beschäftigten. Ihr täglicher Einsatz verdient nicht nur unseren Applaus, sondern auch verlässliche politische Rückendeckung. Als kommunales Maximalversorger-Krankenhaus ist das Klinikum heute unverzichtbar für die medizinische Versorgung in unserer Stadt.

Damit es diesen Anspruch auch in Zukunft erfüllen kann, setzen wir uns im Aufsichtsrat engagiert für die **stetige Verbesserung der Versorgungsqualität ein** – zum Wohle der Patient*innen und mit fairen Bedingungen für die Mitarbeitenden. Es braucht eine solide Finanzierung durch Bund, Land und Krankenkassen, die sowohl genug Personal als auch Ausstattung und Digitalisierung ermöglicht. Die **Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand**, denn nur so lässt sich sicherstellen, dass die Versorgung der Menschen im Mittelpunkt steht – nicht wirtschaftlicher Profit.

Wir freuen uns, dass im Klinikum der von uns unterstützte **Patientenbeirat** seine Arbeit aufgenommen hat. Wir werden seine Arbeit aufmerksam und konstruktiv begleiten und auch darüber hinaus eine aktive, kommunale Gesundheitspolitik betreiben.

Konkret heißt das:

- Eine **sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung** der Menschen aller Altersgruppen in Solingen aufbauen. Ambulante, stationäre und teilstationäre Angebote müssen hierzu enger kooperieren. Das Klinikum Solingen soll sich in diesem Sinne vorbildlich engagieren.
- Ein Konzept zur **Stärkung und Sicherung der hausärztlichen Versorgung** gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln.
- Rettungsmittel der Feuerwehr mit Telenotarztsystem ausstatten.
- Den neu gegründeten **Gesundheitskiosk** in Solingen-Mitte als niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen mit Fragen und Sorgen, die ihre Gesundheit betreffen, erhalten.
- Die Beschäftigten aller Bereiche des Klinikums nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes vergüten.
- Die **Ausgliederung einer Servicegesellschaft zurücknehmen**. Weitere Ausgliederungen von Bereichen des Klinikums darf es nicht geben.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Klinikum als größter Arbeitgeber unserer Stadt beispielhaft zeigt, wie Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgreich eine sozialversicherungspflichtige Arbeit ausüben können, indem z. B. die Küche zu einer **Inklusionsabteilung** wird.

10.7 Sicherheit durch Straßenverkehr mit Augenmaß

Wer „Recht und Ordnung“ fordert, darf beim Straßenverkehr nicht wegschauen. Raserei, illegale Autorennen und Rücksichtslosigkeit gefährden Menschenleben – besonders schwächere Verkehrsteilnehmende wie Kinder oder Ältere.

Wir GRÜNE wollen klare Regeln auf Solingens Straßen und deren konsequente Durchsetzung. **Sicherheit im Verkehr** bedeutet: Schutz statt Tempo.

Konkret heißt das:

- **Verkehrsberuhigung** vor allem vor Schulen und Kitas – etwa durch Fahrbahnverengungen, Anhebungen und Shared-Space-Zonen.
- Ein **Verkehrskonzept** für die Solinger Innenstadt, welches den Durchgangsverkehr herausnimmt.
- **Mehr Geschwindigkeitskontrollen** durch Rotlichtblitzer und zusätzliche teilmobile Messanlagen (sogenannte Enforcement-Trailer).

10.8 Sicherheit durch zukunftsfähigen Katastrophenschutz

Insbesondere die Klimakrise stellt auch den Katastrophenschutz vor neue Herausforderungen – dies hat uns vor allem das Hochwasser 2021 besonders schmerzlich gezeigt. Wir setzen uns für eine **bessere Vorsorge und Krisenresilienz** in Solingen ein: Mit modernen Einsatzstrukturen bei Feuerwehr und Katastrophenschutz, verlässlicher Ausstattung, Stärkung des Ehrenamts und gezielter Prävention.

Konkret heißt das:

- **Regelmäßige Risikoanalysen und Katastrophenschutzübungen**, die auch die Folgen des Klimawandels wie Starkregen und Extremhitze abbilden – auch unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.



- **Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit** im bergischen Städtedreieck und noch stärkere Verzahnung von Feuerwehr, Rettungsdiensten, Katastrophenschutz, sozialen Trägern und Verwaltung.
- **Eine moderne Infrastruktur für Berufs- und Freiwillige Feuerwehr:** Ein zügiger Neubau der drei Feuer- und Rettungswachen – für moderne Ausstattung, gute Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung von schnellen Einsatzzeiten.
- **Aufklärungs- und Informationskampagnen zur Selbsthilfe im Notfall** sowie zur Prävention (z. B. Hochwasserschutz-Beratung für Gebäudeeigentümer).
- **Weiterentwicklung von digitalen Frühwarnsystemen** durch Einbindung der Solingen App, den digitalen Informationsstelen und anderen Elementen aus Smart City Technologien (Die Ermittlung der möglichen Technologien erfolgt z. B. über das Projekt SMARTKRIS).
- **Barrierefreie Informationswege und Notfallpläne** für Menschen mit Behinderung, alte Menschen und Menschen mit Sprachbarrieren etc.)

10.9 Sicherheit durch Stärkung der psychischen Gesundheit

Im Laufe unseres Lebens erleben wir alle Phasen psychischer Belastung – mal leichter, mal schwerer. In Deutschland ist etwa jede dritte Person jährlich von einer psychischen Erkrankung betroffen. Dennoch nehmen viele Betroffene keine Hilfe in Anspruch – aus Unwissen, Scham oder fehlendem Zugang zu passender Unterstützung. Doch unbehandelte psychische Erkrankungen beeinträchtigen nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen selbst, sondern auch ihr soziales Umfeld. Sie sind zudem die häufigste Ursache für Berufsunfähigkeit und verursachen immense volkswirtschaftliche Kosten. Deshalb braucht es eine Versorgung, die die psychische Gesundheit genauso ernst nimmt wie körperliche – offen, zugänglich, wirksam und ohne Tabus. Mit einem offeneren gesellschaftlichen Umgang und passgenauen Angeboten können wir bereits präventiv viel erreichen – für mehr Lebensqualität, Teilhabe und Sicherheit für alle.

Konkret heißt das:

- Das Gesundheitsamt soll gemeinsam mit relevanten Trägern und Verbänden ein **kommunales Handlungskonzept** zur Verbesserung des Leistungsangebots für Menschen in seelischen Krisen entwickeln und



fortschreiben – mit besonderem Fokus auf niedrigschwellige Angebote für alle Altersgruppen.

- Wir prüfen ein gemeinsames **24/7-Krisentelefon im bergischen Städtedreieck** – für akute seelische Notlagen.
- **Ausbau personeller Kapazitäten**, insbesondere in der Allgemeinpsychiatrie, Suchtberatung, Schulsozialarbeit, Frauenberatung, psychosozialer Beratung in städtischen Notunterkünften und im Bereich der Vollzeitschulersatzmaßnahmen.
- **Schulprojekte** zur psychischen Gesundheit etablieren.
- Die **Between The Lines App** als wirksame Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene (bis 21 Jahre) weiterhin städtisch fördern. Sie sollte bekannter gemacht werden durch regelmäßige Werbung in Schulen und Jugendeinrichtungen, eine Integration in die Solingen App sowie durch eine prominente Verlinkung auf der städtischen Website.
- Wir fordern darüber hinaus eine gut **strukturierte Online-Plattform** mit dem Titel „Wo wende ich mich hin, wenn ...?“ – mit Infos für Betroffene älterer Zielgruppen, Angehörige und Unterstützende. Umgesetzt z. B. als Reiter in der Solingen App und auf der städtischen Website mit Filterfunktion sowie ggf. Unterstützung in Form eines KI-Chatbots, der die Findung von Antworten unterstützen und vereinfachen kann > vgl. 14. Für eine Stadt, die funktioniert: Digitale Transformation
- Eine **öffentliche Kampagne zur Enttabuisierung psychischer Erkrankungen**, etwa mit persönlichen Erfahrungsberichten über Print- und Social-Media-Kanäle – insbesondere über den Instagram-Account der Stadt Solingen.

10.10 Sicherheit durch Bekämpfung von Gewalt im Nahbereich

Der größte Teil der Gewalt gegen Frauen und Kinder findet im Nahbereich bzw. im eigenen Zuhause statt. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland 360 Femizide verzeichnet, das heißt, Frauen wurden aufgrund ihres Geschlechts getötet. Davon waren 155 Tötungen durch den (Ex-)Partner. Das Bundeskriminalamt gibt an, dass es in Deutschland fast jeden Tag einen Femizid gab.

Sicherheit in Solingen bedeutet für uns GRÜNE: Für ein sicheres Zuhause, sichere Partnerschaften und ein sicheres Umfeld für die Zeit nach Trennungen zu sorgen.



Konkret heißt das:

- Finanzielle Sicherstellung der **Frauenhausplätze**.
- Ausreichende **Beratungs- und Unterstützungsangebote**, auch für die Kinder als Mitbetroffene.
- Umfassenden **Opferschutz** gewährleisten.
- Für Migrant*innen, die Opfer von häuslicher Gewalt betroffen sind, muss die Stadt als Ausländerbehörde besonders **geschulte Mitarbeiter*innen** bereithalten, die über unabhängige Aufenthaltsberechtigungen beraten und Hilfsmöglichkeiten aufzeigen.
- **Prävention und Aufklärung** in Schulen, Familien, und Medien.
- Der Aufbau von Tätertherapieplätzen in Solingen.

10.11 Sicherheit durch Nulltoleranz gegenüber sexualisierter Gewalt

Sexualisierte Gewalt hat in unserer Stadt keinen Platz – ob im öffentlichen Raum, auf Volksfesten oder im Nachtleben. Besonders Frauen und Mädchen müssen sich jederzeit sicher fühlen können – tagsüber und nachts.

Konkret heißt das:

- **Frauenfreundliche Infrastruktur** (z. B. sichere Toiletten- und Rückzugsräume)
- **Zugängliche und verlässliche Verkehrsmittel** – auch nachts. Siehe näheres zum Nachtexpress im Kapitel „Für echte Wahlfreiheit“.
- Wir prüfen die Einrichtung von kostengünstigen Frauen-Taxis in Solingen.
- Mehr **Schutz vor Belästigung** in Kneipen, Bars, Clubs und auf Festen – „Luisa ist hier!“ in Zusammenarbeit mit dem Jugendstadtrat, der Jugendförderung, dem kommunalen Ordnungsdienst sowie der Gaststättenaufsicht flächendeckend ausrollen.
- **Partizipation von Frauen** bei Stadtplanung und Sicherheitsfragen erhöhen.
- **Befragung zum Thema** sexualisierte Übergriffe und Gewalt im öffentlichen Raum sowie bei der Nutzung des ÖPNV durchführen. Wir benötigen mehr Daten zu den Häufigkeiten, zeitlichen und räumlichen Häufungen sowie Gefühlen der Nutzer*innen.



10.12 Sicherheit durch Präsenz und Prävention

Solingen gehört hinsichtlich der erfassten Kriminalität zu den sichersten Städten in NRW – und dennoch bleibt das subjektive Sicherheitsgefühl vieler Menschen ein Thema. Gerade nach gewaltsamen Vorfällen oder Anschlägen wachsen Sorge und Verunsicherung.

Wir GRÜNE nehmen diese Ängste ernst. Eine **verantwortungsvolle Sicherheitspolitik** braucht beides: den nüchternen Blick auf Fakten und die offene Auseinandersetzung mit gefühlter Unsicherheit.

Unser Ziel ist **eine Stadt, in der sich alle Menschen sicher fühlen** können – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Lebensstil. Dafür setzen wir auf kluge Prävention, sichtbare Präsenz, bürgernahe Ordnungskräfte und eine Stadtgestaltung, die Freiheit und Sicherheit gleichermaßen schützt.

Das Kersting-Haus zu einer Gemeinsamen Anlaufstelle weiterentwickeln

Wir begrüßen die Präsenz der Polizei und des kommunalen Ordnungsdienstes im ehemaligen Kersting-Haus in der Solinger Innenstadt. Um allerdings eine zuverlässige Anlaufstelle bieten zu können sowie den miteinander korrespondierenden sozialen, ordnungs- und sicherheitsrechtlichen Problemen ganzheitlich zu begegnen, sollte das Konzept weiterentwickelt werden. Insbesondere müssen die Öffnungszeiten in den Abend- und Nachtstunden ausgeweitet werden. Das Ordnungsamt kann dies mit seinen Kräften nicht allein gewährleisten, weshalb wir GRÜNE ein deutlich **stärkeres Engagement der Polizei NRW** fordern.

Konkret heißt das:

- **Weiterentwicklung der Gemeinsamen Wache** zu einer Anlaufstelle auch für soziale Ansprechpersonen (Bonner Modell).
- **Mehr aufsuchende Sozialarbeit** auch in Abendstunden und am Wochenende.

Wir wollen die Dynamik durchbrechen, dass die Polizei immer weiter Aufgaben der Kriminalprävention und Gefahrenabwehr an das kommunale Ordnungsamt abschiebt. Die Polizei soll daher einen Teil ihrer bereits mobilen Arbeitsplätze



in das Kersting-Haus verlegen und dadurch auch nachts in der Innenstadt präsent sein.

Lebendige Orte und gute Beleuchtung gestalten

Wir wollen durch natürlichere Belegung das Sicherheitsgefühl stärken, z. B. in der Außengastronomie, bei der Stadtplanung, dem Quartiersmanagement und durch gut beleuchtete Straßen und Plätze.

Konkret heißt das:

- Auf der **Platzhofstraße** haben wir uns zum Beispiel erfolgreich für eine **umwelt- und insektenfreundliche Beleuchtung** eingesetzt, die das Sicherheitsgefühl erhöht hat. Wir wollen mehr davon.

Ein gutes Gefühl bei Großveranstaltungen schaffen.

Ob Stadtfest, Sportereignis oder Konzert – wir wollen, dass Großveranstaltungen Orte der Freude sind, nicht der Sorge.

Konkret heißt das:

- Wir setzen auf **gut ausgebildetes Sicherheitspersonal**, klare Einsatzkonzepte und enge Zusammenarbeit mit Polizei und Veranstalter*innen.
- Es braucht ein Zufahrtsschutzkonzept, um Zufahrten verlässlich abzusichern.
- Wir wollen Präventionsmaßnahmen („Luisa ist hier“) und Awareness-Personen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt auf jedem Stadtfest.
- Technische Mittel wie Videoüberwachung und Zugangstickets lehnen wir als Standardlösung ab – sie kommen nur in begründeten Einzelfällen und mit strenger Datenschutzkontrolle infrage.

Mehr miteinander statt übereinander reden

Sicherheit braucht viele Perspektiven. Neben Polizei und Ordnungsamt leisten auch freie Träger der Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe und Jugendhilfe einen wichtigen Beitrag zur Ordnung in Solingen. Deshalb wollen wir die AG



Ordnungspartnerschaft dauerhaft um Vertreter*innen dieser Einrichtungen sowie um den Jugendstadtrat erweitern.

Langfristig streben wir an, auch sogenannte Peer-Leader aus den Szenen – etwa aus der Drogen- oder Wohnungslosenhilfe – einzubinden. Ein erfolgreiches Beispiel ist das Pilotprojekt am Bremsheyplatz, bei dem durch **Peer-to-Peer-Ansätze** messbar weniger Polizeieinsätze notwendig waren. Solche Ansätze wollen wir stärken – auch durch Schulungen der Ordnungspartnerschaft für die Zusammenarbeit mit Betroffenen.

Konkret heißt das:

- Die bestehende **Ordnungspartnerschaft aus Polizei und Stadtverwaltung** (bzw. Ordnungsamt) **ergänzen**. Dadurch soll eine Annäherung zwischen den in der Ordnungspolitik/-arbeit tätigen Akteur*innen geschaffen und gegenseitige Vorurteile abgebaut werden.
- **Mehr Projekte im Bereich des Peer-to-Peer Ansatzes fördern** und in Zusammenarbeit mit der AG Ordnungspartnerschaft umsetzen

Ein sicherer Umgang mit Cannabis

Durch die erfolgte Teillegalisierung von Cannabis kann der Markt nun besser staatlich überwacht und kontrolliert werden. Das ist besonders wichtig für den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Bei einer realistischen Möglichkeit eines Cannabis-Modellprojekts für die Säule 2 (Etablierung lizenzierter Fachgeschäfte) machen wir uns dafür stark, dass sich Solingen für ein solches Projekt bewirbt. Der Fokus des Modellprojektantrags sollte **auf Kinder- und Jugendschutz** liegen.

11. Für Teilhabe: In Sprache, Arbeit und Gesellschaft

Solingen pflegt seit Jahrhunderten langjährige intensive internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen. Menschen mit internationaler Familiengeschichte arbeiten hier u. a. in Industrie, im Gesundheitswesen und in der Pflege, in der Gastronomie und im IT-Bereich sowie in vielen weiteren Wirtschaftszweigen. Als **Integrationsstadt** hat sich Solingen auf den Weg gemacht, alle Bewohner*innen gleichberechtigt einzubeziehen.



Diesen Weg wollen wir GRÜNE weiter positiv gestalten. Wir lassen unseren Zusammenhalt nicht durch Extremismus und Rassismus spalten. **Integration und die gleichberechtigte Teilhabe** stärken wir durch die interkulturelle Öffnung aller Institutionen, durch Sprachförderung sowie durch den Ausbau von Kommunikation und Begegnung. Für eine Stadt, in der alle Solinger*innen sich einbringen können und sich respektiert fühlen!

Für die gleichberechtigte Teilhabe an Arbeit und Ökonomie

Solingen profitiert von der Vielfalt seiner Stadtgesellschaft – sozial und wirtschaftlich. Menschen mit internationaler Familiengeschichte und Geflüchtete bringen Potenziale mit, die es zu erkennen, zu fördern und gezielt zu unterstützen gilt. Wir wollen die Stadtverwaltung, Unternehmen, Schulen und die Institutionen der Zivilgesellschaft darin bestärken, **Vielfalt als Chance** zu begreifen und Strukturen interkulturell zu öffnen. Durch gezielte Beratung, bessere Zugänge zu Bildung, Arbeit und Ehrenamt sowie den Abbau bürokratischer Hürden schaffen wir neue Perspektiven für alle, die Solingen mitgestalten wollen.

Konkret heißt das:

- Wir **wollen Netzwerke von Firmen/Arbeitgebern fördern**, die Menschen mit internationaler Familiengeschichte als Chance für das Unternehmen sehen.
- Wir **unterstützen interkulturelle Bildung** und interkulturelles Zusammenkommen in Schule und Betrieben.
- Wir treiben die **interkulturelle Öffnung** der Interessenvertretungen von Wirtschaft, Einzelhandel und weiteren Institutionen voran.
- Wir wollen ein **festes Beratungsangebot** schaffen, um kleine selbstständige Unternehmen beim Umgang mit Bürokratie, Fördermittelakquise etc. in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung zu unterstützen.

Wir GRÜNE wollen die **Potentiale von geflüchteten Menschen nutzen**. Integrations- und Berufssprachkurse müssen für Menschen mit Duldungs- und Gestattungsstatus geöffnet werden. Fehlende Ausweisdokumente dürfen nicht automatisch zum Ausschluss von der Teilnahme führen.



- Wir wollen **Betätigungsmöglichkeiten/Ehrenamtsangebote** für Menschen, die noch nicht arbeiten dürfen.
- Wir wollen den Einsatz der Stadt für die gesetzliche Verbesserung des Aufenthaltsstatus von langjährig in Deutschland lebenden Ausländer*innen unterstützen.

Für die Förderung von Sprachkompetenz und Bildungsteilhabe

Gute Sprachkenntnisse sind die Grundlage für Bildung, Arbeit und Teilhabe. Solange nicht alle Kinder einen Kita-Platz erhalten, braucht es ergänzende Angebote. Wir setzen auf frühe, niedrighschwellige und alltagsnahe Sprachförderung – für Kinder, Eltern und Erwachsene. So schaffen wir gleiche Chancen von Anfang an und stärken Integration im Alltag.

Konkret heißt das:

- **Sprachförderangebote für alle Vorschulkinder**, die die deutsche Sprache nicht gut beherrschen, sollen kostenlos angeboten werden - auch wenn sie notfalls ausschließlich kommunal finanziert werden müssen. Hier wollen wir auch ehrenamtliche Strukturen fördern.
- **Sprach-Förderprogramme** von Bund und Land müssen verstärkt in Anspruch genommen werden.
- Für alle Menschen mit geringem Einkommen soll die **Teilnahmegebühr für Sprachkurse gesenkt** werden.
- Sprachkurse sollten immer durch ausreichende Kinderbetreuung begleitet werden, ggf. auch durch Tagesmütter.
- Die soziale Betreuung in den Unterkünften von Geflüchteten sollte durch den Einsatz von Sprach- und Kulturvermittler*innen auf Honorarbasis in den Herkunftssprachen erfolgen.
- **Alphabetisierungskurse** müssen ausgeweitet werden.
- Wir wollen ein Sprachangebot schaffen, das auf die konkrete Lebenssituation von Müttern mit Migrationshintergrund ausgerichtet ist, z. B. in Form von Konversationskursen, niedrighschwellig und lebenspraktisch orientiert.
- Wir wollen den Anteil der **mehrsprachigen Angebote auf der städtischen Homepage** erhöhen und die Solingen-App in die in Solingen meistgesprochenen Sprachen übersetzen lassen.



- Elternarbeit und Aufklärung über Bildungsmöglichkeiten in Kitas, Schulen und im Kommunalen Integrationszentrum sollen gezielter angeboten werden.
- Wir unterstützen das **Projekt „Bilinguale Schule“** beim Kommunalen Integrationszentrum.

Für die weitere interkulturelle Öffnung von Kultur, Sport und Gesundheitssystem

Gelingende Integration braucht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an der Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir den Zugang zu Sport, Kultur und Gesundheitsversorgung für alle Solinger*innen verbessern, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Besonders verletzte Gruppen wie traumatisierte Geflüchtete verdienen gezielte Unterstützung. Dafür setzen wir auf **Kooperationen mit Vereinen, auf kultursensible Angebote und den Ausbau der psychosozialen Betreuung.**

Konkret heißt das:

- Wir fördern den **Ausbau von Sport- und Kulturangeboten** in Kooperation mit Solinger Vereinen und Initiativen - auch in den Geflüchteten-Unterkünften.
- Wir **unterstützen das erfolgreiche Projekt Kultur und Integration**, mit dem sich das Kulturangebot für Menschen mit internationaler Familiengeschichte erweitert. Wir freuen uns, dass im Jahr 2027 eine multimediale Ausstellung über Migration in Solingen im Industriemuseum eröffnet wird.
- Wir wollen – wenn möglich – ein **Angebot „Schwimmen für Frauen“** in einem der beiden Solinger Hallenbäder schaffen.
- Traumatisierte Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche brauchen ausreichende psychologische Betreuung. Daher fordern wir u. a. die **Schaffung einer Personalstelle für Traumatherapie beim Coppelstift.**
- Wir setzen uns für **volle medizinische Versorgung** auch für Menschen ohne gültige Krankenversicherung ein.

Für die Verbesserung der Wohnsituation



Wir GRÜNE setzen uns für **lebendige, gemischte Stadtteile** ein, in denen Menschen unabhängig von Herkunft oder Einkommen gut wohnen können. Dazu braucht es Quartiersarbeit vor Ort, bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen und eine aktive Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. So fördern wir den sozialen Zusammenhalt im ganzen Stadtgebiet.



Konkret heißt das:

- Wir wollen den **Ausbau der Quartiersmanagements** in der Fuhr, der Hasseldelle und der Zietenstraße sowie die Wiedereinführung des Quartiersmanagements in der Nordstadt.
- Wir brauchen **mehr öffentlich geförderten Wohnraum** in allen Stadtquartieren. Denn dezentral vorhandene, preisgünstige Wohnungen in allen Stadtteilen und Quartieren verhindern die unfreiwillige räumliche Trennung von Migrant*innen und Deutschen.
- Voraussetzung für den **gleichberechtigten Zugang zum Wohnungsmarkt** ist eine aktive Antidiskriminierungsarbeit der Stadt in diesem Bereich.

Für mehr soziale Teilhabe

Solingen lebt von seinem **Zusammenhalt** – in den Nachbarschaften, zwischen den Generationen und über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg. Wir wollen das soziale und interkulturelle Miteinander in unserer Stadt aktiv fördern: durch Begegnungsräume, Feste, Bildungsangebote, Jugendarbeit und gezielte Antidiskriminierungsarbeit. Alle Solinger*innen sollen sich in ihrer Vielfalt anerkannt, sicher und eingebunden fühlen – im Alltag, im öffentlichen Raum, bei der sozialen und politischen Gestaltung unserer Stadt.

Konkret heißt das:

- Wir wollen das Miteinander in Solingen durch **offene Bürgertreffs** in jedem Stadtbezirk sowie durch die Öffnung der religiösen Gemeinden in die Stadtquartiere fördern.
- **Interkulturelle Feste** wie Leben braucht Vielfalt, das (derzeit eingestellte) Nordstadtfest und der Nordstadt-Flohmarkt sollen dauerhaft finanziell **unterstützt** werden. Sie sind wichtige Gelegenheiten für die Begegnung der Menschen.
- Zur **besseren Gesundheitsversorgung** ist eine städtische Broschüre mit den Adressen von mehrsprachigen Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen etc. unerlässlich.
- Die **städtische Jugendarbeit und die politische Jugendbildung** müssen ausgeweitet werden. Dabei brauchen wir mehr Angebote weltanschaulich neutraler und ethnisch nicht separierter Jugendarbeit.



- Programme wie „Demokratie leben“, die die Gesellschaft gegen Rassismus, Antisemitismus, politischen Islamismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stärken, sollen aufgestockt und durch die Stadt ergänzt werden. Auch damit wollen wir **Rassismus und der Diskriminierung von Andersgläubigen aktiv entgegenzutreten**.
- Die **aufsuchende Jugendhilfe** muss ebenso **verstärkt** werden, wie die Straßensozialarbeit.
- Wir fordern die **Wiedereröffnung des Fluchtpunktes** mit Hilfe von verstärkter städtischer Unterstützung.
- Wir wollen **Antidiskriminierungsarbeit als Stabsstelle** des Oberbürgermeisters zur Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung machen.
- Das **Fortbildungsangebot der Stadtverwaltung** soll für alle Bereiche von Stadt und städtischen Gesellschaften durch Antirassismus-Fortbildungen ergänzt werden.
- Der **mobile Übersetzungsdienst** muss so ausgestattet werden, dass er in jedem notwendigen Fall von den entsprechenden Behörden genutzt werden kann. Damit die Kinder und Jugendliche nicht als Übersetzer*innen tätig sein müssen.
- Wir fordern die **Wiedereinsetzung einer städtischen Härtefallkommission** und die Nutzung von gesetzlichen Ermessensspielräume zugunsten der Aufenthaltsverfestigung, besonders von älteren Migrant*innen, die seit Jahren in Deutschland leben und hier Kinder großgezogen haben, da dies eine bedeutende Integrationsleistung ist.
- Der Zuwanderer- und Integrationsrat soll stärker finanziell und personell unterstützt werden.
- Die **Beteiligung von Migrant*innen an Stadtentwicklungsprozessen**, u. a. durch aufsuchende Beteiligung und durch Einbeziehung von Vereinen und Migranten-Selbstorganisationen, soll gestärkt werden.
- Generell unterschiedliche Essgewohnheiten sollen bei öffentlichen Veranstaltungen berücksichtigt und Speisen entsprechend beschildert werden.
- Das Angebot für Beerdigungen für alle Religionsgemeinschaften soll gemäß der jeweiligen Riten erweitert, eine **multikulturelle Trauerhalle** bereitgestellt werden.



Für eine bürgernahe und interkulturell aufgestellte Verwaltung

Eine Stadtverwaltung muss für alle Menschen zugänglich, ansprechbar und verständlich sein. Wir setzen uns für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein – mit mehr Diversität im Personal, besserem Service in den Ämtern, barrierearmen Informationen und echter Beteiligung. Verwaltung muss den Alltag erleichtern, nicht erschweren – unabhängig von Herkunft, Sprache oder Lebenssituation.

Konkret heißt das:

- Die Verwaltung muss sich in allen Bereichen interkulturell aufstellen.
- Wir fordern die Öffnung des Rathauses und des Ausländer- und Integrationsbüros durch die Einrichtung von offenen Sprechstunden bei allen Ämtern mit intensivem Publikumsverkehr, die Einrichtung von städtischen Servicestellen in allen Verwaltungsgebäuden statt der privaten Security-Firmen und die Wiedereröffnung des Rathauses für Besucher*innen auch ohne Terminvergabe.
- Das Ausländer- und Integrationsbüro sollte in das zentrale Rathaus zurückverlegt werden.
- Wir wollen die Fortschreibung und Umsetzung des interkulturellen Gesamtkonzeptes unter umfangreicher Beteiligung und in Verbindung mit dem Kommunalen Integrationsmanagement vorantreiben.
- Die Träger*innen der Integrationsarbeit und der Migrant*innenvereine sollen in die Steuerung des Kommunalen Integrationszentrums stärker eingebunden werden.
- Im Personal der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften sollen mindestens 25 Prozent Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf allen Ebenen berücksichtigt werden.
- Wir wollen das Auswahlverfahren für Verwaltungskräfte überprüfen mit dem Ziel, dass mehr Bewerbungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte berücksichtigt werden, u. a. durch die Ausrichtung von Traineeprogrammen für Verwaltungsberufe, auch für den gehobenen Dienst und die Anerkennung von Mehrsprachigkeit als Qualifizierungsmerkmal bei Bewerbungen auf städtische Stellen.



Es ist dringend notwendig, **ausreichend Mitarbeiter*innen für das Ausländer- und Integrationsbüro** (die Ausländerbehörde) zu gewinnen. Dafür soll das Personalmanagement der Stadt Solingen hier einen Schwerpunkt bei der Gewinnung von entsprechend qualifizierten Mitarbeiter*innen setzen. Gleichzeitig sollen bereits vorhandene Mitarbeiter*innen qualifiziert, höhere Bezahlung ermöglicht und Quereinsteiger*innen angeworben werden. Ziel ist es, nach innen Fluktuation zu vermindern und nach außen mit ausreichendem Personal kurzfristige Termine vergeben zu können.

Offizielle Schreiben der Stadtverwaltung sollen ebenso wie alle Informationen zu ausländerrechtlichen Fragen in **leichter Sprache** vorliegen.

12. Für Körper und Geist: Auf dem Weg zur Sportstadt Solingen

Sport ist ein nicht zu unterschätzender Baustein für eine gute Lebensqualität. Ob draußen oder drinnen, im Verein oder selbstorganisiert, aktiv oder zuschauend: Sport kann unser Leben vielfältiger, reicher und zudem gesünder machen. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin dafür ein, dass alle Menschen die geeigneten Möglichkeiten finden, so sportlich aktiv zu sein, wie es jeder und jede wünscht.

12.1. Sportstätten erhalten und entwickeln

Der Sport in Solingen lebt von seinen Sportstätten: Ohne Sport- und Schwimmhallen, Bolz-, Spiel- und Sportplätze sowie naturnahe Räume für sportliche Aktivitäten wäre die vielfältige Vereinslandschaft in Solingen nicht denkbar.

Wir GRÜNE sehen es als unsere Aufgabe an, diese Sportlandschaft zu erhalten, zu pflegen und, wo möglich, weiterzuentwickeln.

Schwimmen in Solingen

Insbesondere die Schwimmlandschaft unserer Stadt verdient Aufmerksamkeit. Die Schwimmfähigkeiten vieler Kinder sind weiterhin nicht ausreichend. Die Corona-Delle konnte noch nicht völlig aufgeholt werden. Nur wenn wir unsere



Schwimmeinrichtungen erhalten und weiterentwickeln, können wir die notwendige Infrastruktur schaffen, damit jedes Kind schwimmen lernt.

Konkret heißt das:

- Die beiden verbliebenen **Freibäder in Solingen** sollen **erhalten** bleiben.
- Wir **unterstützen** den **Förderverein** und die Stadt bei der engagierten Sanierung des **Freibads Ittertäl**. Wir setzen uns dafür ein, dass der Förderverein den Sommer- wie Winterbetrieb trotz Sanierungsmaßnahmen möglichst uneingeschränkt fortsetzen kann.
- Wir setzen uns für **Attraktivierungsmaßnahmen** im **Heidebad** ein. Dabei sollte dessen besondere Lage im FFH-Gebiet stets berücksichtigt werden.
- Die beiden Solinger Hallenbäder sollen gemäß ihren jetzigen Schwerpunkten als Familien- und Rehabad Vogelsang und als Sportbad Klingenhalle (Schulen, Vereine) für die Nutz*innengruppen attraktiv bleiben.
- Die **Realisierung des** bereits geplanten **Therapiebeckens** im Hallenbad Vogelsang wird weiter angestrebt. Geeignete Fördermittel werden sobald vorhanden akquiriert.
- Die **Eintrittspreise** in den städtischen Bädern müssen weiterhin **sozialverträglich** gestaltet werden.

Sporthallen in Form bringen – für heute und morgen

Ob Schul- oder Vereinssport: keine*r kommt beim Erwachsenwerden oder im späteren Leben um die Sporthalle herum. Hier werden neue Sportarten getestet, Freundschaften geschlossen und viele Erinnerungen gesammelt. Umso wichtiger ist es, dass unsere Sporthallen kontinuierlich saniert oder, wo nötig, neugebaut werden.

Konkret heißt das:

- Die **Klingenhalle muss kontinuierlich saniert** werden, um dem vielfältigen Vereinssport erhalten zu bleiben.
- Aufkommende Schäden in städtischen Sporthallen müssen im Bedarfsfall schnell behoben werden, so dass den Schulen und Vereinen ihre Trainings- und Wettkampfstätten zuverlässig zur Verfügung stehen.



- Bei **Sanierungsmaßnahmen** soll fortwährend auch die **Barrierefreiheit** in den Blick genommen werden, damit Sportstätten für alle nutzbar werden.
- Bestehende Sportstätten sollen, wo möglich, nachhaltig ertüchtigt werden (z. B. Prüfung von PV-Anlagen auf Dächern, Tribünen und Nebengebäuden oder Wärmepumpen)
- **Die zügige Realisierung der neuen Sporthallen** für die Theodor-Heuss-Schule, die Albert-Schweitzer-Schule, die Realschule Vogelsang und das Mildred-Scheel-Berufskolleg sowie der Bau einer Turnhalle für die Grundschule Augustastraße werden unterstützt.

Für Bewegung an der frischen Luft

Wenig gibt Sportler*innen ein so gutes Gefühl, wie bei strahlendem Sonnenschein Beachvolleyball zu spielen oder am kühlen Abend beim Fußballtraining ein Tor zu schießen. Damit das auch künftig möglich ist, müssen wir uns konstant um unsere Sportstätten kümmern.

Konkret heißt das:

- Die bestehenden Sport- und Bolzplätze werden gepflegt und erhalten.
- Die an vielen Stellen im Stadtgebiet neu entstandenen **Calisthenicsanlagen** werden **gepflegt** und zusätzlich mit Schildern zu Trainingsvorschlägen versehen.
- Die neuen Outdoor-Bewegungsräume wie die Pumptrack- und die Disc-Golf-Anlage am Bärenloch oder der Multifunktionsplatz am Schützenplatz werden als gelungene Beispiele in ihrer Nutzung begleitet.
- Der nach Schließung des alten **Lukastrails** neu geplante Trail im Raum Ohligs soll für Mountainbiker*innen als Alternative zum Klingentrail **realisiert** werden.
- Das schon so lange geplante **Freizeitgelände in Aufderhöhe** (im alten Freibad) soll endlich **realisiert** werden. Dieses Vorhaben wollen wir mit unseren Möglichkeiten unterstützen.

Für Bewegung auf dem Eis: Unsere Eissporthalle entwickeln

Die Eishalle im Südpark bildet ein Alleinstellungsmerkmal Solingens im Bergischen Land. Der EC Bergisch-Land hat sie nach schwierigen Jahren



übernommen und macht sie nun zukunftsfähig. Diese Entwicklung wollen wir gemeinsam mit der Verwaltung unterstützen.

Konkret heißt das:

- Als wertvolle Sport- und Freizeitstätte muss die Eishalle langfristig erhalten bleiben.
- Wir wollen den EC Bergisch Land weiter mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt unterstützen.
- Zusammen mit dem Stab „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ entwickeln wir die Eishalle klimaneutral mit Wärmepumpe, PV-Anlagen und Wasserstoff: die Eishalle wird zu einem Ort der Zukunft.

12.2. Die Arbeit von Vereinen sichern und fördern

Vereine sind neben Sportstätten die zweite Säule des Solinger Sports. Ohne die vielen ehrenamtlich Verantwortlichen in unseren Vereinen wäre der Solinger Sport nicht lebensfähig. Dieses Engagement wollen wir stärken und den Vereinen als Stadt gemeinsam mit einem starken Sportbund unter die Arme greifen. Die vielfältigen Angebote im Breiten-, Wettkampf-, Nachwuchs- und Leistungssport müssen erhalten bleiben. Die Stärkung des Leistungssports darf dabei nicht auf Kosten des Breitensports gehen.

Jede*r Solinger*in soll schwimmen können

Solingen profitiert von vielen engagierten Schwimmvereinen sowie einem Sportbund, der sich gemeinsam mit der Stadt ambitionierte Ziele vorgenommen hat: jede Solinger*in soll schwimmen können. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir weiterhin die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen und langfristig mehr Personen in die Schwimmvereine bringen.

Konkret heißt das:

- Das **Programm „Jedes Kind soll schwimmen lernen“** wird von der Stadt weiterhin organisatorisch unterstützt. Zusätzlich wollen wir uns bei der Landesregierung für eine darüberhinausgehende Förderung einsetzen.



- **Finanzierung und Ausbildung der Schwimmassistenten** ist unerlässlich und werden mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt gefördert. Auch hier ist eine stärkere Unterstützung durch das Land NRW zwingend erforderlich.
- Die „**Woche des Schwimmens**“ und der „**Tag des Schwimmens**“ werden evaluiert und, falls möglich bzw. sinnvoll, institutionalisiert.

Für Vereinssport und Trendsportarten

Damit sich alle Solinger*innen aufmachen können, ihren Lieblingssport zu praktizieren, müssen die vielfältigen Möglichkeiten an Trendsportarten aufgezeigt werden, die unsere Stadt bereits bietet. Die Disc-Golf-Anlagen und der Pumptrack im Bärenloch sind gute Beispiele dafür. Auch künftig sollen Trendsportarten im Stadtgebiet Berücksichtigung finden. Für die Vereine müssen zugleich Strukturen geschaffen werden, die ihr langfristiges Bestehen sichern.

Konkret heißt das:

- Die **Solinger Sport-App** und **eine Sport- und Freizeitkarte** sollen auf die bereits bestehenden Trendsportarten sowie die Sportangebote in Vereinen angemessen hinweisen.
- Wir setzen uns ein für das **Weiterbestehen einladender Sportprogramme**, die keine Vereinsmitgliedschaft voraussetzen wie „Sport im Park“ sowie „Familiensport“ und betrachten diese als sanfte Einstiegsmöglichkeit in den Vereinssport.
- Die **Nutzungsgebühren** für Hallen und städtische Sportplätze müssen weiterhin **sozialverträglich** bleiben.
- Das Engagement des Sportbundes verdient einer angemessenen finanziellen Ausstattung. Falls notwendig stabilisiert die Stadt den Sportbund aus städtischen Mitteln.
- Die Stadt unterstützt Vereine nach Möglichkeit administrativ und finanziell bei der Ausbildung neuer Trainer*innen, Übungsleiter*innen und Sporthelfer*innen.

Ob Handball, Baseball, Badminton, Fechten oder American Football: **Leistungssport wird von uns möglichst administrativ durch die Verwaltung unterstützt und gestärkt.** Zugleich sichern wir die sportliche Infrastruktur und



erhalten diese gemeinsam mit den Vereinen auf einem für den Leistungssport geeigneten Niveau.

13. Für Herz und Kopf: Kultur stärken

Kultur ist identitäts- und sinnstiftend. Kultur macht aus der Gesellschaft Gemeinschaft. Und Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor.

Solingen hat kulturell viel zu bieten und kann immer wieder mit Neuem überraschen. Trotz großer finanzieller Schwierigkeiten konnten in den vergangenen Jahren wichtige Projekte umgesetzt werden. Besonders hervorzuheben ist die Weiterentwicklung des Zentrums für verfolgte Künste, das internationalen Rang genießt, deutschlandweit einzigartig ist und erfolgreich auch mit örtlichen Schulen zusammenarbeitet. Ein weiterer bedeutender Erfolg ist die entstehende Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum, die aus der Mitte der Gesellschaft entstand und in Zusammenarbeit von Bürger*innen, Politik, Verwaltung und großer Unterstützung der Stadt-Sparkasse auf den Weg gebracht wurde. Zudem wurde das Orchester der Städte Solingen und Remscheid, die Bergischen Symphoniker, nach langem Ringen nicht zuletzt mit Hilfe der MusikerInnen selbst für die nächsten 15 Jahre gesichert.

Neben diesen Leuchttürmen zeigt sich die Solinger Kulturlandschaft vielfältig, lebendig und kreativ. Wir GRÜNE wollen die unterschiedlichen kreativen Milieus erhalten, Kulturschaffende unterstützen und Räume schaffen, in denen auch Subkulturen ihren Platz finden können. Dabei soll die Erinnerung an die Geschichte Solingens als Schneidwarenstandort mit internationalem Ruf über unterschiedliche Formate lebendig bleiben.

Für die Förderung klanglicher Vielfalt

Musik begleitet uns in der Regel von Beginn an. Viele Menschen haben schon einmal ein Instrument gespielt, viele können singen. Die Vielfalt der musikalischen Aktivitäten in Solingen ist schon groß. Das beginnt mit den Bergischen Symphonikern, geht über die Musikschule, diverse Chöre und Bands bis hin zum Musikunterricht in den Schulen. Solingen ist Rock City Nummer 1.



Konkret heißt das:

- Wir wollen die **Bergischen Symphoniker erhalten** und sie noch **stärker** im Musik- und Bildungsangebot der beiden Städte verankern.
- Die Beibehaltung neuer Formate (z. B. On Fire) und die Zusammenarbeit mit Schulen müssen unterstützt werden.
- Das **Probenhaus Monkeys** wollen wir GRÜNE weiterhin stärken, das Jugendkulturfestival jährlich fortführen und jungen Bands Auftrittsmöglichkeiten schaffen.
- Wir machen es uns zur Aufgabe, den **Bestand der Musikschule zu schützen** und ggf. einen neuen Standort zu suchen.
- Die Zusammenarbeit der Musikschule mit den Solinger Grundschulen im Projekt „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ soll erweitert und die Verknüpfung der Freien Szene mit der klassischen Kultur gestärkt werden.

Für mehr Bühne bei der Verwandlung

Selbst Theater spielen oder anderen bei ihrer Verwandlung zuzusehen, erweitert den eigenen Horizont, macht Spaß und fördert die geistigen Kräfte in ganz anderer Weise als etwa die Schule.

Konkret heißt das:

- Wir **GRÜNE sichern ein Theater- und Konzerthaus für Solingen**, das sowohl für ein breites Theaterangebot als auch für große Konzerte u.a. mit den Bergischen Symphonikern gute bühnentechnische und akustische Bedingungen aufweist. Um ein dauerhaftes und kontinuierliches Angebot zu erhalten, müssen zuallererst die brandschutztechnischen Auflagen durch entsprechende Sanierungsarbeiten erfüllt werden.
- Für eine mögliche Verlagerung des Theater- und Konzerthauses braucht es eine umfangreiche Debatte über Vor- und Nachteile.
- Wir wollen ein Programm, das klassische und neue Formen des Schauspiels, des Musiktheaters und des Tanzes präsentiert und das die Nutzungsmöglichkeiten neu und weiterdenkt.



- Kleine Theaterensembles wie das Kammerspielchen Gräfrath müssen weiter unterstützt und die Walder Theatertage genauso gesichert werden wie unabhängige Kulturzentren wie die Cobra, das Waldmeister etc.

Für eine Finanzierung auch in schwierigen Zeiten

In den jetzigen Zeiten und für eine verschuldete Kommune wie Solingen wird deutlich, wie schwierig es ist, Geld für Kultur bereitzustellen.

Konkret heißt das:

- Wir GRÜNE wollen für die Freie Szene und die Kultur in Solingen insgesamt zusätzliche finanzielle Spielräume schaffen,
- **Alle Museen und Spielstätten müssen finanziell abgesichert** werden – hier sind auch Bund und Land gefordert, in Zusammenarbeit mit der Stadt kreative Ideen zur Unterstützung von freischaffenden Künstler*innen zu entwickeln.
- Der **Theateretat muss dringend erhöht** werden, um das Angebot zu erhalten und weiterzuentwickeln.
- Wir wollen für das **Kunstmuseum einen Standort** finden, der die Pflege des Kunstbesitzes und die erfolgreiche kunstpädagogische Arbeit und die Wechselausstellungen des Museums stärkt. Auch die Bergische Kunstaussstellung, die Jahresausstellung des Vereins Solinger Künstler und die Ausstellung „Klasse Kunst“ sollen gesichert bleiben.
- Formate, bei denen die Stadt **ehrenamtlichen Initiativen** Unterstützung leisten kann, sollen so **gefördert** werden, dass sie durch mehr verbindliche Vereinbarungen längerfristig gesichert werden (z. B. Walder Theatertage).
- Wir setzen uns dafür ein, dass noch stärker Fördermöglichkeiten in Anspruch genommen werden und dies am liebsten gemeinsam mit den Kulturschaffenden, ggf. sogar in Form eines etablierten Gremiums innerhalb der künftigen Solinger Gremienstruktur.
- Wir wollen die Kultur noch stärker in den Stadtteilen erlebbar machen.

Für mehr Förderung der Lesekultur

Ein Buch ist ein Buch ist ein Buch – und jedes eröffnet neue Welten. Mal literarisch, mal dokumentarisch, mal lehrreich. Immer aber gibt es diesen



ersten Blick, der erste Absatz, der häufig darüber entscheidet, ob die Zwiesprache funktioniert oder nicht. Auch in unserer durch-digitalisierten Welt hat das Buch seine besondere Bedeutung.

Konkret heißt das:

- Wir werden die **Stadtbibliothek** als Medienzentrum auf ihrem guten Weg weiterhin **unterstützend** begleiten.
- Wir wollen die **Zugänglichkeit zu Büchern** durch Digitalisierung erleichtern.
- Wir werden **mehr Angebote** auch in den Stadtteilen schaffen, wo möglich durch **Stadtteilbibliotheken** in Schulen, um vor allem Kindern das Lesen als eigenen Erfahrungsraum näherzubringen.

Für ein Solingen, das viel zu bieten hat

Wir GRÜNE wollen einen Tourismus fördern, der im Einklang mit unseren natürlichen Ressourcen steht, der Umweltaspekte beachtet und gleichzeitig sowohl unseren Bürgerinnen und Bürgern als auch den Gästen von nah und fern Erholung und Vielfalt bieten.

Konkret heißt das:

- Wir GRÜNE wollen das neue **Schloss Burg als Erlebnis- und Lernort** etablieren.
- Klingenmuseum und Industriemuseum sind wichtige **Identitätsorte der Stadtgeschichte**, die wir sichern und auch gemeinsam und mit ihren jeweils individuellen Stärken im Bewusstsein der Solinger*innen und auch überörtlichen Besucher*innen verankern wollen.
- **Kultureinrichtungen** müssen untereinander stärker **vernetzt** werden.
- Wir wollen gut **ausgeschilderte und intakte Rad- und Wanderwege** und eine stärkere Vernetzung zwischen den drei Bergischen Städten (gemeinsame Kulturkarte o. ä.)
- Wir wollen ein **gutes, ökologisch vertretbares Stellplatzangebot** für Wohnmobile und attraktive Kombi-Angebote aus den Bereichen Kultur, Sport und ÖPNV.
- Die Bewerbung der **Müngstener Brücke als Weltkulturerbe** unterstützen wir; zudem wollen wir einen verbesserten, zielgruppenorientierten



Internetauftritt (auch in Englisch und anderen Sprachen) zur Förderung des Tourismus in Solingen und Umgebung.

- Wir wollen die **Etablierung einer gut erreichbaren und sichtbaren touristischen Anlaufstelle** für Besucher*innen von außerhalb, beispielsweise am Solinger Hauptbahnhof (auch in Zusammenarbeit mit der BSW).
- Wir wollen **Wege und Brücken wieder Instand** setzen, die für eine gute touristische Infrastruktur und innerörtliche Mobilität erforderlich sind.
- Eine **stadtweite Besucherführung** unter Einbeziehung des ÖPNV mit Hinweisschildern und Beschriftungen, die zu den touristischen Zielen leiten, wollen wir erstellen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass dem Thema Tourismus auch in Zukunft in einem Ratsausschuss ein eigenständiger Charakter gegeben und dabei ein stärkerer **Fokus auf nachhaltigen Tourismus** gelegt wird.
- Wir wollen den **Bestand der "Knife"** im kommenden Jahr und für die Zukunft **sichern**.

Für ein starkes Nachtleben

Solingen verdient ein Nachtleben, das pulsiert – mit Raum für Kultur, Respekt für Anwohnende und klarer Unterstützung durch die Stadt. Ob Kneipenabend, Clubnacht oder Jugendparty: Wir wollen Möglichkeiten statt Hürden, Freiräume statt Leerstand.

Konkret heißt das:

- **Nachtbürgermeister*in** für Solingen als Vermittler*in zwischen Gastronomie, Kultur, Partyszene, Verwaltung und Anwohnerschaft
- Sofern die rechtliche Möglichkeit besteht, wollen wir **eine Satzung für abweichende Ruhezeiten** im Gebiet zwischen der unteren Düsseldorfer Straße, dem Ohligser Marktplatz und Talstraße einführen, welche die Bedürfnisse von Gastronomie, Feiernden und Anwohnenden bestmöglich zusammenführt.
- **Jugendpartykultur stärken** durch aktive Beteiligung des Jugendstadtrats (JSR) und gezielte Unterstützung junger Veranstalter
- **Unterstützung von lokalen Kollektiven** die sich für Club-, Kneipen- und Veranstaltungskultur engagieren – ideell, finanziell und strukturell



- **Leerstand als Chance nutzen** z. B. Bunker, Teile der Clemens-Galerien oder andere verlassene Orte als temporäre Partylocations nutzen – mit Hilfe der Stadt
- **Sichere An- und Rückwege** gewährleisten durch besseren Nacht-ÖPNV, Shuttle-Angebote und gut beleuchtete Wege – insbesondere für FLINTA* und Jugendliche

Für mehr Erinnerungskultur in Solingen

Die Verbrechen des Nationalsozialismus bedeuten eine gesellschaftliche und politische Verantwortung, die niemals verjährt. Unter die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen darf kein Schlussstrich gezogen werden. Im Gegenteil: Da nur noch sehr wenige Zeitzeugen leben, gilt es jetzt, neue Vermittlungsformate auch für die Schulen zu entwickeln. Solingen besitzt mit dem Zentrum für Verfolgte Künste eine einmalig künstlerisch und kuratorisch arbeitende Einrichtung, um das Thema Verfolgung aufzuarbeiten.

Konkret heißt das:

- Wir wollen das Zentrum für Verfolgte Künste in Solingen erhalten und gemeinsam mit Landschaftsverband Rheinland, Bund und Land seiner nationalen und internationalen Bedeutung gemäß am Standort weiterentwickeln und ausbauen.
- Wir begleiten die Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum weiter aktiv.
- Das Bildungs- und Forschungspotential beider **Einrichtungen** muss **für Schulen und die Öffentlichkeit nutzbar** gemacht werden.
- Wir freuen uns, dass auch **jüdisches Leben** in unserer Stadt wieder möglich ist und sichtbarer geworden ist und **unterstützen** alle Initiativen, die diese Entwicklung stärken, wie z. B. der jährliche Kippa-Tag, die Verlegung und Pflege von Stolpersteinen und die vielfältigen Aktivitäten des Freundeskreises Solingen/Ness Ziona.
- Wir wollen einen Rundgang zu Orten von Verfolgung und Widerstand in Solingen erarbeiten und das Schulprojekt zur Pflege des Jüdischen Friedhofs in Solingen verstetigen.



Für eine globale Kommune

Solingen pflegt seine Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften. Der ursprüngliche Anlass für diese internationalen Verbindungen war nach dem Zweiten Weltkrieg Frieden durch Versöhnung und Freundschaft. Das ist heute so aktuell wie damals. Die aktuellen politischen Entwicklungen im In- und Ausland zeigen, dass Solidarität zwischen den Nationen unabdingbar ist. Und auch die Herausforderungen des Klimawandels lassen sich nur gemeinsam stemmen. Durch Bürgerreisen, Jugendaustausch, Schulpartnerschaften und Klimaschutzprojekte gelebte Städtefreundschaften fördern das Verständnis für andere Kulturen und komplexe (klima)politische Zusammenhänge. Es entstehen persönliche Kontakte, die unser Leben bereichern.

Konkret heißt das:

- Wir wollen den internationalen **Austausch durch Schulpartnerschaften**, Ausbildungsmöglichkeiten und Jugendaustausch mit den Partnerstädten fördern.
- Wir GRÜNE wollen **den Dialog über Städtepartnerschaften** zwischen Politik und Verwaltung sowie interessierten Bürger*innen im Rahmen eines „Runden Tisches“ institutionalisieren.
- Aktuelle Informationen über **Fördermöglichkeiten für Fördervereine von Städtepartnerschaften** durch die Verwaltung sollen intensiviert, gemeinsame Projekte speziell zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz (z. B. „Junge Expertise“ des Fördervereins Jinotega) gefördert werden.
- Wir wollen eine breite **Diskussion über mögliche weitere Städtepartnerschaften**, z. B. in Italien, Spanien oder der Türkei als den klassischen Herkunftsländern sehr vieler in Solingen ansässiger „Einwanderer“ (z. B. Trappeto/Sizilien) sowie die Wiederbelebung einer Städtepartnerschaft mit Polen als einem Land, dem wir historisch in besonderer Weise verbunden sind.
- In die Bürgerschaft hinein wollen wir einen **mehrsprachigen städtischen Internetauftritt**, insbesondere zum Thema Städtepartnerschaften.
- Wir wollen den **Einsatz digitaler Medien** für einen verstärkten Austausch mit Institutionen, Politik und Verwaltung in den Partnerstädten.



- Im Sinne des Klimaschutzes muss das Reisen in die Partnerkommunen, wenn möglich, mit der Bahn erfolgen.
- Auszubildende und Mitarbeitende der Stadtverwaltung und der städtischen Töchter wollen wir dazu ermuntern bzw. dabei unterstützen, Praktika, Hospitationen, internationale Projekte etc. in Kooperation bzw. im Austausch mit internationalen Partnerkommunen oder Organisationen in einer der Partnerstädte zu absolvieren.
- Solingen soll sich an Programmen wie zum Beispiel „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ oder „Internationale Klimapartnerschaften“ etc. beteiligen.

14. Für eine Stadt, die funktioniert: Digitale Transformation

Die Digitalisierung verändert unsere Stadt – in Verwaltung, Wirtschaft und Alltag.

Wir GRÜNE wollen diese Entwicklung aktiv und nachhaltig fördern. Menschen stehen im Mittelpunkt – Anwendungen, Daten und Infrastruktur sind nur dann wertvoll, wenn sie eine digitale Gesellschaft schaffen, die verbindet, stärkt und niemanden ausschließt.

Menschen Im Mittelpunkt

Wir denken Digitalisierung vom Menschen aus. Wichtig sind dabei die Fragen: Was nützt uns wirklich und wie ermöglichen wir soziale Teilhabe für alle?

Digitalisierung, die unser Leben leichter macht:

Digitale Lösungen sollen im Alltag spürbaren Nutzen bringen – etwa durch einfache digitale Behördengänge, smarte Mobilitätsangebote oder verlässliche Informationskanäle. Digitalisierung soll das Leben der Bürger*innen in Solingen konkret erleichtern – durch Transparenz, Zugänglichkeit und Anwendungen für alle Lebensbereiche.

Soziale Verantwortung und Teilhabe:

Bei allen Vorteilen der Digitalisierung funktionieren Standardlösungen meistens nicht für alle Menschen. Ob kleine Kinder, Senioren, Wohnungslose



oder Menschen mit Beeinträchtigungen. Wir finden Wege, damit alle Menschen teilhaben und ihre Behördengänge erledigen können.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Servicestellen der Stadt dauerhaft erhalten bleiben. Auch bei zunehmender Digitalisierung muss es persönliche Anlaufstellen geben – für Menschen ohne Smartphone, bei technischen Problemen oder wenn eine individuelle Beratung notwendig ist. Digitale Mobilität darf niemanden ausschließen.

Digitale Anwendungen

Kennen Sie schon den Mängelmelder der Stadt Solingen? Wenn ja, wissen Sie, dass wir im Punkt digitale Anwendungen schon erste Schritte erfolgreich umgesetzt haben. Wenn nein, verstehen Sie, warum uns sowohl der Ausbau als auch das Bewerben unserer Digitalen Angebote wichtig ist.

Konkret heißt das:

- **Zur Smart City werden:** Nachhaltigkeit ist der zentrale Maßstab GRÜNER Digitalpolitik: Digitale Technologien sollen Ressourcen schonen, Emissionen senken und dabei soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele miteinander verbinden. Für eine smarte Stadt ermöglichen Daten zu Umwelt, Verkehr oder Infrastruktur eine vorausschauende Steuerung – etwa für automatische Bewässerung von Grünflächen oder gezielte Wetterwarnungen.
- **Mängelmelder weiter ausbauen:** Der Mängelmelder soll zu einer zentralen Plattform ausgebaut werden, auf der alle gemeldeten Mängel samt Bearbeitungsstand einsehbar sind – inklusive Rückmeldung nach Erledigung. (Die Stadt Aachen dient hier als gutes Beispiel.)
- **Digitales Bürgerbüro/ digitale Verwaltung schaffen:**
 - Wir GRÜNE setzen uns für eine moderne, digitale Verwaltung ein, die den Alltag erleichtert. Dazu unterstützen wir den Ausbau von Bürger*innenkonten, die freiwillige digitale Kommunikation sowie den flächendeckenden Einsatz der Bund-ID und der künftigen EU-Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet).
 - Mit Blick auf das Onlinezugangsgesetz (OZG) fordern wir die zügige **Umsetzung digitaler Verwaltungsleistungen** und den **Einsatz der E-**



- Akte**, damit Solingen bei der Digitalisierung vorne mit dabei ist. Vorrangig digitalisieren wir häufig genutzte Vorgänge wie Fahrzeugzulassung, Bürgergeld oder Prozesse rund um Migration und Integration – ohne Terminpflicht. Das entlastet die Verwaltung und schafft Raum für persönliche Beratung.
- Zur Umsetzung fordern wir **mehr Personal für den Bereich Solingen Digital**, um Engpässe zu vermeiden.
 - KI soll die **Suche im Ratsportal vereinfachen** und Ergebnisse verständlicher machen – das stärkt Transparenz und Bürgernähe. Ein KI-Chatbot auf der Webseite der Stadt Solingen kann einfache Anfragen (z. B. zur Ausweisbeantragung) schnell beantworten, Verwaltung entlasten und verlässliche Informationen liefern.
 - **Digitalisierung in der städtischen Politik stärker institutionalisieren:**
 - Der Ausschuss für Städtebau, Stadtentwicklung und Digitale Infrastruktur soll künftig gänzlich für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und die städtische Digitalstrategie zuständig sein.
 - **Digitalisierung in der Mobilität nutzen:**
 - Die Nutzung von Open Data schafft neue Möglichkeiten für eine intelligente Verkehrssteuerung – beispielsweise grüne Wellen auf Hauptstraßen oder bevorzugte Ampelschaltungen für Busse, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten.
 - Busanzeigetafeln sollen zuverlässiger werden und an mehr Haltestellen stehen, damit Fahrgäste aktuelle Abfahrtszeiten jederzeit im Blick haben.
 - Die Einführung digitaler Tickets – per Smartphone-Wallet, Kreditkarte oder Guthabekarte – unterstützen wir. Auch digitale Deutschlandtickets via App oder Wallet machen den Zugang zum Nahverkehr einfacher und flexibler.
 - **Kultur und Freizeit digital gestalten:**

VHS und Bibliotheken passen ihre Angebote an, z. B. durch Online-Kurse und digitale Ausleihe. Wir wollen mit lokalen Attraktionen digitale Eintrittskarten ohne Mehrkosten ermöglichen – für mehr Service, Effizienz und Selbstbedienung.

Daten



Wie in jedem Lebensbereich gilt es auch beim Umgang mit Daten Nutzen und Risiko abzuwägen.

Konkret heißt das:

- **Datenhoheit & Datenminimierung:**
Bürger*innen sollen selbstbestimmt über ihre Daten verfügen können – das stärkt Vertrauen in digitale Lösungen. Durch Datenminimierung werden nur die nötigsten Informationen erhoben, was den Schutz der Privatsphäre verbessert und digitale Angebote sicherer macht.
- **Transparenz:**
Die Stadt Solingen inklusive der städtischen Einrichtungen legt auf Nachfrage offen, welche Daten der Bürger*innen wofür und für wie lange gespeichert werden.
- **Datensicherheit:**
Datensicherheit ist Grundvoraussetzung für Vertrauen in die digitale Verwaltung. Wir GRÜNE fordern strenge Datenschutzrichtlinien und transparente Kontrolle über die Nutzung persönlicher Daten.
- **Chancen nutzen, Risikoabwägung und -vorsorge:**
 - Digitalisierung macht Verwaltung effizienter und erleichtert den Alltag durch einfache, digitale Dienstleistungen. Sie schafft Raum für Innovationen und ermöglicht eine moderne, serviceorientierte Kommune.
 - Neue Technologien müssen begleitet, Chancen und Risiken frühzeitig erkannt und sicher für Bürger*innen und Kommune gestaltet werden. Datenschutz, IT-Sicherheit und soziale Folgen sind zentrale Kriterien jeder digitalen Innovation.
 - Offene Standards, Systemtrennung und europäische Server schützen Daten und Infrastruktur. Cybersicherheit ist grundlegend für eine funktionierende Stadt. Wir GRÜNE setzen uns für den gezielten Schutz kritischer Infrastrukturen wie Energie, Verkehr und Verwaltung ein. Prävention, Monitoring und klare, regelmäßig überprüfte Sicherheitsstandards stehen für uns im Fokus.

Infrastruktur



Unsere digitale Infrastruktur soll darauf abzielen, dass wir jedem Menschen möglichst kosteneffizient gute digitale Lösungen anbieten. Open Data und Open Source Ansätze sind dabei genauso relevant wie die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, dem Land oder dem Bund.

Konkret heißt das:

- **Open Data und Open Source:**

Offene Daten und Open-Source-Software fördern Transparenz, Innovation und digitale Souveränität. Wir GRÜNE wollen, dass nicht-personenbezogene Daten öffentlich bereitgestellt und offene Standards genutzt werden. So werden Daten effizienter, unabhängiger und bürgernäher.

- **Zusammenarbeit:**

Wir fördern die Zusammenarbeit Solingens mit anderen Kommunen und Verbänden in NRW, um digitale Lösungen gemeinsam zu entwickeln, Synergien zu nutzen und unnötige Doppelentwicklungen zu vermeiden. Nachhaltige Digitalisierung steht dabei im Mittelpunkt.

- **Schnelles Internet und flächendeckende Verfügbarkeit:**

- Wir möchten einen vollständigen Glasfaserausbau für alle Haushalte und Unternehmen, die diesen benötigen und wünschen. Wir kümmern uns darum, dass auch Randbezirke versorgt werden, beispielsweise über Förderprogramme wie das "Graue-Flecken" Programm.
- Ein stabiles Internet fördert den Wirtschaftsstandort Solingen gerade in einer Zeit, wo immer mehr Menschen von zu Hause arbeiten.

- **Zugang für alle:**

- Wir bauen "Freifunknetzwerke" und freies WLAN im öffentlichen Raum dort weiter aus, wo sich viele Menschen aufhalten und um Funklöcher zu schließen.
- Wir fördern den grundsätzlichen Zugang zu Online-Diensten und möchten das Angebot der Stadtbibliothek zum freien Internetzugang erhalten und erweitern.

Zur digitalen Gesellschaft – nachhaltig, sozial und bürgernah



Durch Bildung, Teilhabe und Events, wie Hackathons, werden wir zu einer digitalen Gesellschaft wachsen, die sich mit dem richtigen Risikobewusstsein die Vorteile der Digitalisierung zu eigen macht.

Konkret heißt das:

- **Bildung für die digitale Zukunft:**

Alle Schüler*innen sollen den sicheren Umgang mit moderner Technik erlernen. Digitale Kompetenzen müssen fest im Unterricht verankert werden, um Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

- **Schulbildung und Medienkompetenz:**

Unsere Schulen erhalten aktuelle Technik und zuverlässige IT-Infrastruktur. Schüler*innen sollen Informationen im Netz gezielt suchen, bewerten und Gefahren erkennen – ähnlich wie Verkehrsregeln. Wir fördern gezielter pädagogische Konzepte und moderne Plattformen für Kommunikation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen – mit Datenschutz und technischer Unterstützung. Lehrkräfte brauchen dabei Fortbildungen und Unterstützung, um digitale Methoden kompetent einzusetzen.

- **Gleiche Teilhabe für alle:**

- Schüler*innen sollen gleichberechtigt am Unterricht teilnehmen können. Besonders Kinder aus weniger medienaffinen Familien sollen gezielt gefördert werden – durch Leihgeräte und betreute Medienarbeitsplätze.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Medienarbeitsplätze an Schulen auch nach dem Unterricht nutzbar sind. So können Schüler*innen digitale Angebote selbstständig vertiefen. Digitale Bildung soll begeistern, befähigen – und den Schulalltag sinnvoll ergänzen.
- Nicht nur Kinder und Jugendliche brauchen digitale Kompetenzen – auch Erwachsene, insbesondere ältere Menschen, müssen in der digitalen Welt mitgenommen werden. Wir GRÜNE setzen uns für leicht zugängliche Bildungsangebote ein, etwa durch die VHS, Stadtteilzentren oder Bibliotheken. Dabei geht es um praktische Hilfe: vom sicheren Umgang mit Smartphone und Internet bis zur Nutzung digitaler Verwaltungsangebote.

- **Hackathons:**



Wir fördern Hackathons zu digitalen Anwendungen der Stadt, um z. B. Mängelmelder oder das digitale Bürgerbüro zu verbessern. Damit verbessern wir die Bürgerbeteiligung und den Gemeinschaftssinn.

„Wir GRÜNE gestalten Digitalisierung als Chance für eine Stadt, in der Technik den Menschen dient, Teilhabe stärkt und Zukunft möglich macht.“

15. Für eine handlungsfähige Kommune: Finanzen und Verwaltung

Die Aufgaben einer Kommune sind vielfältig. Um sie zu finanzieren, müssen die Kommunalfinanzen auf neue, sichere Füße gestellt werden, damit wir nicht den nachfolgenden Generationen eine vollkommen überschuldete Stadt und eine marode kommunale Infrastruktur überlassen.

Bund und Land müssen uns in die Lage versetzen, die zugewiesenen Aufgaben für die Menschen vor Ort zu erledigen. Im Moment können wir das nur noch begrenzt. Der Ausbau der notwendigen Kinderbetreuungsplätze ist eine immense Anstrengung, der Ausbau und die Sanierung von Schulen ist kaum zu bewältigen, die Modernisierung der Feuerwachen wird mindestens ein Jahrzehnt dauern, weil wir die Investitionen nicht stemmen können (und das Fachpersonal fehlt); der ÖPNV müsste dringend ausgebaut werden, allein: uns fehlt das Geld; die Infrastruktur müsste in allen Bereichen saniert werden, usw. Für all das braucht es mehr Geld.

Es gibt zudem aus der Vergangenheit zu viele Aufgaben, die uns von Land und Bund übertragen wurden, ohne die dafür notwendige Finanzierung zu erhalten.

Die Verletzung des Konnexitätsprinzips („Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch.“) **kostet die Stadt jährlich Millionenbeträge.**

Konkret heißt das:

- Bund und Land müssen bezahlen, was sie bestellen. Wer Aufgaben wie den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab 2026 auf die Kommunen überträgt, muss die Finanzen für die notwendigen Bauten, das notwendige Personal und alle Folgekosten übernehmen.



- Die kommunalen Finanzen müssen auf eine verlässlichere Grundlage gestellt werden. Das jetzige Finanzsystem ist zu kompliziert und die Einnahmen schwanken zu sehr.
- Der seit langem versprochene **Altschuldenfonds** muss jetzt endlich kommen. Das Land hat das Gesetz verabschiedet, jetzt muss der Bund die verabredete zweite Hälfte bewilligen.
- Der **Öffentliche Nahverkehr muss Pflichtaufgabe** werden. Nur so können wir die beständigen Sparrunden im ÖPNV-Angebot abwenden.
- Um die klimaneutrale Umgestaltung aller Bereiche der Stadt zu bewältigen, fordern wir vom Bund einen **Klimafonds**, der die Kommunen in diesem Prozess unterstützt.

Was können wir vor Ort tun für starke kommunale Finanzen?

Es gibt einige Ansätze, wie das Kleinerersetzen der Verwaltung, eine Überprüfung von Investitionsplanungen und Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen, um Ausgaben zu reduzieren. Zugleich sind Maßnahmen zu prüfen, die mehr Einnahmen generieren, wie beispielsweise eine maßvolle Gebührenerhöhung über ein Parkraumbewirtschaftungskonzept oder die Stärkung des Fördermittelmanagements. Alle Maßnahmen zusammen schaffen etwas mehr Raum, um als Kommune handlungsfähig zu bleiben.

Konkret heißt das:

- Konzentration der wenigen Mittel auf Bildungsinvestitionen und Investitionen in Mobilitäts- und Energiewende.
- **Stärkung der Verkehrsbetriebe**, damit weiterhin Dieselbusse durch Batterie-Oberleitungsbusse (BOB) ersetzt werden können.
- Mehr Transparenz durch einen „**wirkungsorientierten**“ **Haushalt** – damit man sehen kann, wofür Geld mit welcher Wirkung eingesetzt wird.
- **Stärkung der Einnahmeseite** durch Erhöhung und Einforderung von Bußgeldern für Ordnungswidrigkeiten (Falschparken, illegale Müllentsorgung etc.)
- **Verhältnismäßige Erhöhung** von Parkschein- und Anwohnerparken.
- **Stärkung der Fördermittelakquise**, um an europäischen, Bundes- und Landesförderprojekten teilnehmen zu können, sowie Einsatz des notwendigen Personals dafür.



- **Fokussierung der Personalplanung** auf dringend notwendige planerische Arbeiten zur klimaresistenten Stadtentwicklung.
- **Keine Privatisierungen städtischer Leistungen** bzw. der Leistungen der städtischen Betriebe.
- Verzicht auf Bauvorhaben im Außenbereich zur Vermeidung der hohen Planungs-, Erschließungs- und Infrastrukturerhaltungsmaßnahmen.
- Unterstützung einer **gerechteren Grundsteuerverteilung** (Stichwort: differenzierter Hebesatz)
- Förderung von **Energiespar- und Energieeffizienzmaßnahmen**
- Unterstützung des Projekts Tiny House zur Reduzierung bzw. besseren Auslastung der verwaltungsseitig genutzten Räumlichkeiten
- Überprüfung und ggf. Justierung des **Feuerwehrentwicklungsplanes**.
- **Attraktivierung von Bundesfreiwilligendienst** sowie Freiwilligem Sozialen Jahr im Konzern Stadt Solingen – durch ein inflationsangepasstes, höheres Taschengeld und die vollständige Übernahme des Deutschlandtickets.
- Ausbau und Attraktivierung von dualen Studiengängen und Werkstudierendenbeschäftigungen im Konzern Stadt Solingen, um Fachkräfte frühzeitig zu sichern.

Demokratie wird in den Städten und Gemeinden gelebt. Von den Menschen, die dort aktiv sind, leben und arbeiten, ihre Kinder zur Schule schicken und alltäglich erleben, wo Demokratie, Politik und Verwaltung funktionieren, und an welchen Stellen es knarzt.

Kommunale Finanzpolitik ist in extremem Maße davon abhängig, was bundes- und landesseitig entschieden wird. Nicht nur, weil nicht ausfinanzierte Aufgaben einfach übertragen werden, frei nach dem Motto: den Letzten beißen die Hunde. Sondern auch, weil vielfach Maßnahmen, deren mittelbare Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen gar nicht so leicht zu erkennen sind, dann eben doch durchschlagen.

Dieses komplizierte Geflecht zu entflechten und die Kommunen finanziell auf verlässliche Beine stellen – das ist unser Ziel. Derweil versuchen wir durch **klare Prioritätensetzung** das Geld, das wir haben, für Solingen einzusetzen. Damit sich die Stadt den Herausforderungen des Klimawandels stellen kann.